



**Kantonsschule
Enge**

Maturitätsarbeit



Sicherheit, NATO, Neutralität

Potential der Schweiz zur Kooperation mit der NATO im Rahmen des Partnership for Peace Programms

Jonas Dastoor, W4e

Kantonsschule Enge

19.12.2023

Betreuer: Nikolai Häne

Inhalt

1	Vorwort.....	4
2	Einleitung.....	5
3	Der Zielkonflikt zwischen Neutralität und Sicherheitsgewährleistung durch Kooperation.....	7
4	Das NATO PfP-Programm.....	8
4.1	Aufbau und Funktionsweise	8
4.2	Aktivitäten	10
4.2.1	NATO-geführte Missionen.....	10
4.2.2	Übungen	11
4.2.3	Kurse	12
4.3	Bedeutung von PfP für die Sicherheit.....	12
4.4	PfP und Neutralität.....	14
5	Kooperationsvergleich der Schweiz und Österreich im Rahmen von PfP.....	16
5.1	NATO-geführte Missionen	17
5.1.1	Bosnien und Herzegowina	17
5.1.2	Kosovo	18
5.1.3	Afghanistan	20
5.1.4	Irak	21
5.1.5	Zwischenfazit	21
5.2	Übungen.....	21
5.2.1	Zwischenfazit	24
5.3	Kurse.....	24
5.3.1	Maison de la paix / Genfer Zentren.....	24
5.3.2	SWISSINT und AUTINT.....	25
5.3.3	Zwischenfazit	27
5.4	Weitere Aktivitäten.....	27
6	Gründe für die Unterschiede.....	29
6.1	Neutralität.....	29
6.1.1	Rechtlich.....	29
6.1.2	Politisch.....	30
6.2	Andere Erklärungsmöglichkeiten.....	31
6.2.1	Europäische Union.....	32
6.2.2	Armeestärke	32

6.2.3	Ursachen spezifisch bezüglich des Bereichs der friedensunterstützenden Operationen.....	33
6.2.4	Ursachen spezifisch bezüglich des Bereichs der Übungen:	33
6.3	Zwischenfazit.....	34
7	Ausblick.....	35
7.1	Trend und Zukunft der schweizerischen Sicherheitspolitik in Bezug auf die NATO	35
7.2	Fazit - Das Potential der Schweiz im Rahmen von PfP	39
7.3	Reflexion	40
8	Literaturverzeichnis	43
9	Grafikverzeichnis.....	53
10	Interviewverzeichnis.....	54
11	Selbständigkeitserklärung.....	56
12	Anhang.....	57
12.1	Interviewtranskription.....	57
12.1.1	Interview – Sicherheitspolitiker Thierry Burkart	57
12.1.2	Interview – Professor Gerhard Mangott, Universität Innsbruck.....	63
12.1.3	Interview – Brigadier Martin Eder	67
12.1.4	Interview – Oberstleutnant Christoph Göd.....	74
12.1.5	Interview – Professor Martin Senn, Universität Innsbruck	80
12.2	Korrespondenzen.....	85
12.2.1	E-Mail des VBS 23. August 2023.....	85
12.2.2	Anhang im E-Mail des Bundesheeres 01. September 2023	85
12.2.3	E-Mail Christoph Göd 18. Oktober 2023	89
12.2.4	E-Mail Christoph Göd 06. November 2023	89
12.2.5	E-Mail des VBS vom 06. November 2023	89

1 Vorwort

Sicherheit: Sie ist das Kernstück des schweizerischen Selbstbewusstseins als souveräner Staat. Sie ist der wichtigste Grundpfeiler einer glücklichen Gesellschaft und ein Privileg in Anbetracht der aktuellen Weltlage. Doch wie wir als neutrale Schweiz unsere Sicherheit eigentlich gewährleisten und in Zukunft gewährleisten wollen, in einer konfliktüberzogenen Welt wie dieser, wird oft vergessen. Das Märchen von der kleinen, sicheren, neutralen Insel im tosenden Weltmeer der Kriege ist nicht mehr überlebensfähig. Die Schweiz muss sich bewusst werden, wie sie ihre Neutralität mit ihrer Verteidigungsfähigkeit vereinbaren möchte. Diese Aufgabe sehe ich als die grösste Herausforderung, die auf uns als Schweiz in den nächsten Jahrzehnten zukommen wird. Da ich zwar seit meiner Geburt in der Schweiz lebe, aber meine genetischen Wurzeln in Österreich habe, beobachte ich diese Neutralitätsproblematik seit Jahren in beiden Ländern. Somit war es mir auch ein Anliegen, diese genauer zu untersuchen.

Besonderer Dank geht an dieser Stelle an meine Betreuungsperson Herrn Häne, welcher mir bei der Arbeit stets mit gutem Rat zur Seite stand. Ebenfalls grosser Dank geht an alle Interviewpartner, welche sich mit ihrer Kompetenz zur Verfügung gestellt hatten. Zudem bedanke ich mich vielmals bei meinen Eltern, welche mir mehrmals konstruktives Feedback gaben.

2 Einleitung

Einführend ist festzuhalten, dass die Thematik der schweizerischen Sicherheitspolitik und Neutralität, selten so prominent in der Wahrnehmung der Bevölkerung war wie im letzten Jahr nach Russlands Angriffskrieg. Dabei löste Russland oder namentlich Vladimir Putin einen Denkanstoss in ganz Europa aus, einen Denkanstoss darüber, wie verteidigungsfähig und militärisch à jour das eigene Land heute eigentlich wäre. Und dies nicht nur bei NATO-Staaten wie Deutschland oder Frankreich. Auch in kleinen, neutralen, unscheinbar wirkenden Ländern wie der Schweiz oder Österreich wurde diese Debatte aufgenommen. Es stellt sich zwangsläufig die Frage, wie wir unsere Sicherheit gewährleisten können. In den meisten europäischen Ländern beantwortet sich diese Frage relativ schnell: durch Solidarität und internationale Kooperation. Doch in einem neutralen Staat stellt sich auch noch eine weitere Frage: Wie weit können wir mit anderen Staaten oder Bündnissen kooperieren, ohne unsere Neutralität zu verletzen? Mit dieser Thematik beabsichtigte ich mich in meiner Arbeit auseinandersetzen. Dazu soll ein Vergleich zwischen der Schweiz und dem ebenfalls neutralen Staat Österreich gezogen werden. Konkret soll sich dieser Vergleich auf die *NATO-Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace)* beziehen. Die Fragestellung dieser Arbeit betrifft das Potential zu weiterer Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen der Neutralität anhand des Beispiels Österreichs:

Wie engagiert kooperiert die Schweiz verglichen mit Österreich mit der NATO im Rahmen des Pfp (Partnership for Peace)-Programms?

Die Arbeit soll in fünf Teile gegliedert sein: Als Erstes soll der allgemeine Zielkonflikt zwischen Neutralität und der Sicherheitsgewährleistung durch Kooperation geschildert werden. Darauf folgt ein Teil, in dem die Thematik *Pfp* sowie deren Bezug zu Sicherheit und Neutralität eingeführt werden. Im dritten Teil werden die Kooperationsaktivitäten der Schweiz und Österreichs im Rahmen von *Pfp* aufgezeigt und verglichen. Diese Aktivitäten werden in drei Hauptgruppen und eine Nebengruppe eingeteilt: Teilnahme an NATO-geführten Operationen, Teilnahme an gemeinsamen Manövern und das Angebot an Kursen¹. Als vierter Punkt kommen vereinzelte weitere Engagements in individuellen Programmen hinzu. Ursprünglich sollte auch der finanzielle Beitrag in Form von Treuhandfonds oder Ausbildungsaufwänden als einzelner Punkt berücksichtigt werden. Die Quellenlage dafür stellte sich unzureichend dar. Für einen besseren Überblick werden bereits Zwischenfazits über die drei Hauptbereiche der Kooperation gezogen. Dazu sollen im vierten Teil der Arbeit ausserdem zum besseren Verständnis die Gründe für die unterschiedlich enge Zusammenarbeit der beiden neutralen Staaten mit der NATO kompakt erläutert werden. Im fünften Teil erfolgt ein Ausblick. Dort wird zum einen beleuchtet, wohin die schweizerische Sicherheitspolitik² in Bezug auf die NATO führen könnte. Zum anderen wird resümiert, in welchen Bereichen die Schweiz noch über Potential zur Zusammenarbeit verfügen würde. Ziel der Arbeit ist zu ergründen, wie viel Potential zur Sicherheitsgewährleistung die Schweiz im Rahmen der Kooperation mit der NATO noch hat.

¹ Die eigene Teilnahme an fremden Kursangeboten liess sich nach mehrfachem Austausch mit dem VBS und Bundesheer nicht genau von beiden Staaten erfassen und wird daher nicht behandelt.

² Auf die filigrane Differenzierung zwischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll in dieser Arbeit aus Platzgründen nicht weiter eingegangen werden. Allerdings ist in Bezug auf das *Pfp-Programm* der Begriff Sicherheitspolitik geeigneter anzuwenden: Zwar sind durch Übungen zur militärischen Interoperabilität Verteidigung und Sicherheit kongruent betroffen, jedoch stellen friedenssichernden Operationen und beispielsweise damit verhinderte Flüchtlingsströme keine verteidigungspolitischen, sondern sicherheitspolitischen Faktoren dar.

Die Beantwortung soll zum einen anhand von Analysen der Berichte von Militär oder Behörden sowie von Fachlektüren oder Zeitungsberichten erfolgen. Zum anderen sollen Interviews mit dem Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission Thierry Burkart, zwei österreichischen Sicherheitsexperten und zwei Mitgliedern des Österreichischen Bundesheeres Informationen liefern. Da sich die Quellenlage gerade in Österreich anspruchsvoller gestaltet als in der Schweiz, fallen die Interviews mit österreichischen Akteuren etwas zahlreicher aus. Österreich wurde als Vergleichsobjekt verwendet, da die österreichische Neutralität generell als die beste Vergleichsbasis für jene der Schweiz gilt. Dies, weil viele der Rahmenbedingungen ähnlich sind und in der Literatur Österreich häufig am ehesten als äquivalent gilt, nicht zuletzt, weil die dauernde Neutralität Österreichs ursprünglich nach Schweizer Muster angedacht war.³ Der rechtliche Aspekt der Materie soll in der Arbeit nicht zu detailliert auseinandergenommen werden (d.h. nur ein Unterkapitel dazu). Grösstenteils sind diese Unterschiede Folge der gewählten Sicherheitspolitik und nicht Ursache jener. Dies bestätigten mir auch mehrere Experten. Der Fokus soll ausserdem auf dem militärischen Bereich der Kooperation liegen, während die politischen Aktivitäten des *PfP* Programmes nicht im Detail behandelt werden sollen. Dies liegt zum einen daran, dass diese für die Neutralität (als militärisches Konzept) meist grössere Bedeutung haben. Zum anderen lassen sich diese militärischen Aktivitäten besser messen und zwischen zwei Staaten vergleichen als politische Aktivitäten wie Konsultationen. Des Weiteren bestätigte Brigadier Eder vom Österreichischen Bundesheer, dass die Bedeutung dieser politischen Konsultationen durch *PfP* eher gering sei.⁴

³ (Bundesrat, Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik, 26. Oktober 2022)

⁴ Interview – Philipp Eder

3 Der Zielkonflikt zwischen Neutralität und Sicherheitsgewährleistung durch Kooperation

Um ein besseres Verständnis für die Komplikation der Thematik Neutralität und NATO zu schaffen, soll noch einmal der Konflikt zwischen Neutralität und Kooperation beschrieben werden. Wie bereits in der Einleitung erläutert, ist das Konzept der Neutralität per Definition ein Hindernis bei militärischen Kooperationen. Es liegt also in der Natur der Sache, dass sich hier ein Zielkonflikt bildet. Nicht zuletzt, weil die Schweiz und Österreich als neutrale Staaten laut Artikel 5 des *Haager Abkommens* dazu verpflichtet sind, ihre Neutralität und somit auch ihr Hoheitsgebiet verteidigen zu können⁵. Autonom ist dies allerdings in der Realität angesichts der Grösse der beiden Staaten faktisch nicht umzusetzen. Etwa vier Wochen könne die Schweiz ihr Territorium laut Armeechef Thomas Süssli verteidigen.⁶ Neutralitätsexperte Martin Senn formulierte überspitzt: «Am Ende des Tages kann man das Argument [bringen], ein neutraler Staat kann nur dann glaubwürdig sein, wenn er eine Großmacht ist.» (Denn sonst kann er sich nicht nach Haager Konventionen autonom verteidigen).⁷ Sicherheitsexperte Professor Gerhard Mangott meint zu dieser Schwierigkeit: «Es ist ein grosses, unlösbares Dilemma. Wenn man die militärische Zusammenarbeit mit Staaten vertieft, wie dies bei *PfP* gemacht wird, dann steigen zwar die (militärischen) Fähigkeiten, welche dann für die Verteidigung genutzt werden können. Aber gleichzeitig nimmt man dadurch auch einen Schaden - nämlich in der globalen Perzeption als neutraler Staat [...] Es ist eine Werteentscheidung, welche Politik man verfolgen möchte.»⁸. Sicherheitspolitiker Thierry Burkart wiederum betont, militärische Kooperation müsse nicht zwangsläufig im Widerspruch zur Neutralität stehen. Eine gewisse Flexibilität habe man bei der Neutralität geschichtlich schon immer gehabt. Denn die Schweiz dürfe bei aller Neutralität nicht vergessen, dass sie im Falle einer Bedrohung für den europäischen Raum mit zur Zielscheibe gehören würde.⁹ Der bulgarische Politologe Ivan Krastev fasste die Komplikation der Neutralität kurz nach Beginn des russischen Angriffskrieges in der Wiener Zeitung sehr passend zusammen: «Neutralität ist wie Schönheit: Sie liegt im Auge der anderen».¹⁰ Daraus folgt: Entscheidend für den Status der Neutralität eines Landes ist nicht die eigene Auffassung darüber, sondern jene der internationalen Gemeinschaft.

⁵ (Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs, 1907)

⁶ (Gerber, 2022)

⁷ Interview – Martin Senn

⁸ Interview – Gerhard Mangott

⁹ Interview – Thierry Burkart

¹⁰ (Schocher, 2023)

4 Das NATO PfP-Programm

Da die Neutralität also eine Mitgliedschaft in einem Militärbündnis generell ausschliesst, muss eine Alternative geschaffen werden. Neutrale Staaten, welche ebenfalls gewisse internationale militärische Kooperation fördern möchten, benötigen dafür einen anderen Weg. Diesen Weg schafft das *Partnership for Peace*-Programm, welches in diesem Kapitel vorgestellt werden soll. Zuerst wird seine allgemeine Struktur und Funktion erklärt. Darauf folgen die Aktivitäten, die das Programm ermöglicht und die Auswirkungen des Programms auf die Sicherheit. Zum Schluss wird gezeigt, wo das Programm zu Schwierigkeiten bei der Neutralitätspolitik führt.

4.1 Aufbau und Funktionsweise

Die zentrale Funktion des 1994 gegründeten *Partnership for Peace*-Programms besteht im Kern darin, der NATO und nicht-NATO-Staaten einen Rahmen zur massgeschneiderten Kooperation zu ermöglichen. Es soll Partnerstaaten zu einem vielseitigen Austausch mit der NATO oder direkt mit anderen Partnerstaaten verhelfen. Die abgedeckten Bereiche sind enorm vielfältig: von ziviler Notstandsplanung über militärische Zusammenarbeit und Verteidigungspolitik bis zu wissenschaftlichen und ökologischen Fragen. Die Bereiche der Zusammenarbeit können vom Partnerstaat frei gewählt werden. Partnerstaaten können selbst entscheiden, wo sie ihr Wissen einbringen möchten und welche Angebote sie nutzen wollen. Sie können auch *individuelle Aktionspläne (IPAPs)* zu spezifischen Themen mit der NATO erstellen und erhalten Zugang zu anderen NATO-Programmen. Im Zweijahresrhythmus erstellt die NATO mit jedem Partnerstaat ein *individuelles Partnerschafts- und Kooperationsprogramm (IPCP)*¹¹. Dort kann ein Land festlegen, wo es seine Schwerpunkte in der Zusammenarbeit zu legen wünscht und an welchen Aktivitäten es teilnehmen möchte.¹² Jährlich bietet die NATO im Rahmen des *PfP*-Programms ein *Partnership Cooperation Menu (PCM)* mit ca. 1.400 Ausbildungslehrgängen, Trainingsprogrammen und sonstigen Veranstaltungen an.¹³ Zudem teilt die NATO durch *PfP* immer wieder klassifizierte Dokumente mit einzelnen Partnerstaaten.¹⁴ Kurz zusammengefasst: Das *PfP*-Programm ermöglicht Partnerstaaten, sich in gemeinsame Strukturen zur Zusammenarbeit einzugliedern. Die fünf Zielsetzungen des NATO-*PfP*-Programms lauten wie folgt:¹⁵

- ❖ Förderung der Transparenz nationaler Verteidigungsplanung und Budgetprozesse
- ❖ Gewährleistung der demokratischen Kontrolle über die Streitkräfte
- ❖ Die Fähigkeit und Bereitschaft zu Einsätzen unter der Autorität der UNO und/oder Verantwortung der OSZE, vorbehalten verfassungsrechtlicher Erwägungen
- ❖ Entwicklung kooperativer militärischer Beziehungen zur NATO mit dem Ziel gemeinsamer Planung, Ausbildung und Übungen, um ihre Fähigkeit für Aufgaben auf dem Gebiet Friedensverwaltung, Such- und Rettungsdienst, humanitäre Operationen und allenfalls andere - noch zu vereinbarende - Aufgaben zu stärken

¹¹ Wird dieses Jahr durch das IPP ersetzt (mehr dazu im Ausblick)

¹² (NATO, Partnership for Peace Programme, 2023)

¹³ (NATO, Partnership tools, 2023)

¹⁴ Interview – Philipp Eder

¹⁵ (Lenzin, 2005), S. 13-14

- ❖ Entwicklung von Streitkräften auf längere Sicht, mit denen die Mitgliedsstaaten der Nordatlantischen Allianz besser gemeinsam operieren können

Es ist anzumerken, dass die ursprüngliche Intention der NATO auch darin bestand, eine Vorstufe der NATO-Mitgliedschaft für östliche Staaten zu schaffen. Diese sollten langsam an die NATO herangeführt werden. Dennoch ist der Beitritt nicht für alle Teilnehmerstaaten vorbestimmt.¹⁶

Das letzte der fünf offiziellen Ziele beabsichtigt in erster Linie die Interoperabilität der Partnerstaaten mit NATO-Truppen. Dafür wurde das **Operational Capabilities Concept Evaluation and Feedback Programme (OCC E&F)** geschaffen, welches Partnerstaaten dabei unterstützt, Land-, See- Luft- oder Spezialkräfte zu bilden, die NATO-Standards erfüllen. Nur mit diesen Standards können Partnertruppen an NATO-geführten Operationen teilnehmen.¹⁷ Brigadier Philipp Eder sagte, er sehe in der Anpassung an NATO-Standards die grösste militärisch-taktische Bedeutung von *PfP* für das Bundesheer.¹⁸

Die administrative Struktur der Kooperation von NATO und Partnerstaaten besteht aus mehreren Institutionen:¹⁹

Der **Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPC)** fungiert als oberstes beratendes Gremium, in dem alle NATO-Mitglieder und Partnerstaaten vertreten sind und ein Mal im Monat eine politische Konsultation durchführen.

Im **Politisch-Militärischen Lenkungsausschuss (PMSC)** in Brüssel findet die konkrete Zusammenarbeit statt. Er trifft sich sachbezogen in verschiedenen Zusammensetzungen, um die entsprechenden Programme zu beratschlagen.

Die Koordination und Planung einzelner militärischer Aktivitäten von *PfP* spielt sich in der **Partnerschaftskoordination zelle (PCC)** ab, welche sich auch an der Analyse und Bewertung der *individuellen Partnerschafts- und Kooperationsprogrammen (IPCP)* beteiligt.

Das **Planungs- und Überprüfungsverfahren (PARP)** wurde 1995 gegründet und ist auf den Verteidigungsbereich fokussiert. In Form von zweijährigen Planungszyklen soll die Kooperationsfähigkeit und Transparenz zwischen NATO und Partnerstaaten optimiert werden. Dies bedeutet, es wird unter anderem das *individuelle Partnerschafts- und Kooperationsprogramm (IPCP)* erstellt.

Es besteht also ein Gremium, das sich vollständig auf die politischen Elemente beschränkt. Ergänzt wird es durch drei weitere Institutionen, welche die militärische Zusammenarbeit planen und individuelle Kooperationsprogramme verwalten. Der *EAPC* lässt sich jedoch nicht zu 100% vom militärischen Teil abkoppeln. So finden sich in den Themenbereichen nach Küpfer²⁰ auch Angelegenheiten wie Verteidigungsplanung und Verteidigungsstrategie. Die Relevanz der politischen Zusammenarbeit im *EAPC* ist für Brigadier Eder allerdings eher gering: «Die wirklichen NATO-Formate, wo die NATO-Mitgliedstaaten am Tisch sitzen, sind viel bedeutender,



Abbildung 1: Treffen des Euro-Atlantischer Partnerschaftsrates in Prag

¹⁶ (Schaub, 1995), S. 65

¹⁷ (NATO, Operations Capabilities Concept - Evaluation and Feedback Programme, kein Datum)

¹⁸ Interview – Philipp Eder

¹⁹ (Lenzin, 2005), S. 16-17

²⁰ (Küpfer, 2002), S. 85

wichtiger und ernstgenommener in der NATO als in den Gesprächen, die es mit den Partnernationen gibt.» Zudem sei *PfP* auch eine Mehrklassengesellschaft in dem Sinne, dass gewisse Dokumente und Informationen nur mit gewissen Partnerstaaten geteilt werden.²¹

4.2 Aktivitäten

Nachdem das Grundgerüst von *Partnership for Peace* erläutert wurde, sollen nun seine Aktivitäten beleuchtet werden. Das militärische Engagement von Partnerstaaten im Rahmen von *PfP* lässt sich grob in drei Bereiche beziehungsweise Aktivitäten einteilen: der Beitrag bei der Teilnahme an NATO-geführten Missionen, die Teilnahme an Übungen (oder auch deren Veranstaltung) und das Angebot an Kursen. Dazu kommen weitere individuelle Aktivitäten durch individuelle Programme, welche aber in Relation eher einen kleinen Anteil ausmachen. Die politischen Aktivitäten hingegen bieten sich durch den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (siehe letztes Kapitel 4.1). In der Grafik unten ist noch einmal ersichtlich, wie sich die verschiedenen Elemente der Zusammenarbeit für Partnerstaaten mit der NATO gestalten.

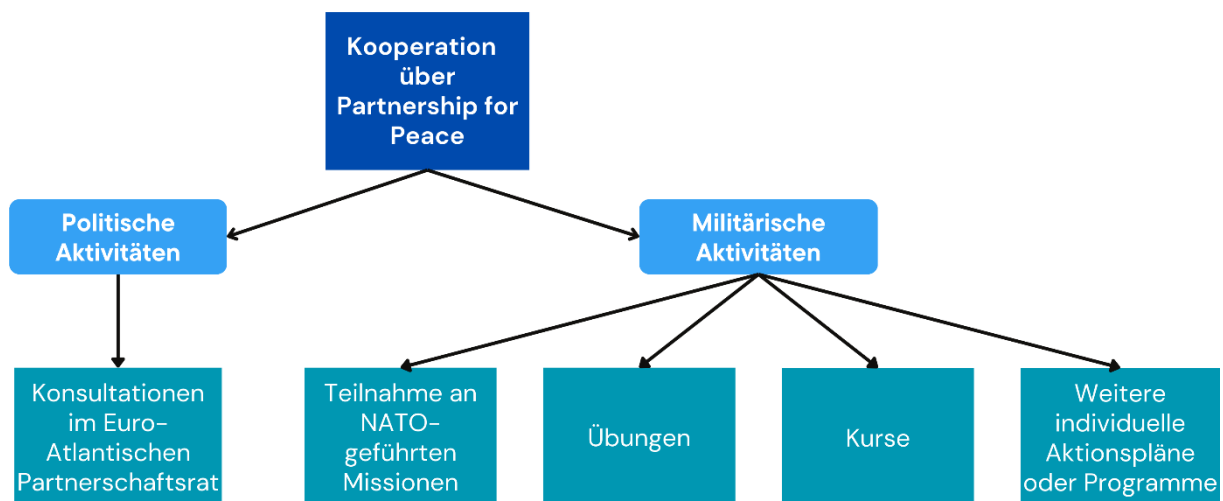


Abbildung 2: Übersicht der Kooperationselemente

4.2.1 NATO-geführte Missionen

PfP ermöglicht es Partnerstaaten, an sogenannten *friedensunterstützenden Operationen* (Englisch: *Peace Support Operations – PSO*) teilzunehmen, welche von der NATO geführt werden.²² Sie sind Teil eines 1999 erarbeiteten strategischen Konzepts der NATO und explizit keine kollektiven Verteidigungsoperationen im Sinne von Artikel 5 des NATO-Vertrages. Die Operationen enthalten militärische und zivile Elemente. Hingegen soll der militärische Teil hauptsächlich den nötigen Rahmen bieten, um im zivilen Wesen sicher operieren zu können und ein langfristig stabiles Umfeld für andere Hilfsorganisationen zu bilden.²³ Oberstleutnant Göd erklärt: «Die NATO als Organisation unterscheidet ihre Einsätze in Artikel 5 (Bündnisverteidigung) und Nicht-Artikel 5. Innerhalb dieser Unterscheidung wird zusätzlich anhand des

²¹ Interview – Philipp Eder

²² (Lenzin, 2005), S. 20

²³ (NATO Peace Support Operations doctrine, 2012)

Charakters des Einsatzes unterschieden. Dieser Charakter kann sich im Laufe des Einsatzes ändern.»²⁴ Die *PSO* gelten als multifunktionelle Operationen, bei welchen die NATO schlichtweg als militärischer, humanitärer oder diplomatischer Arm auf Geheiss eines UNO- oder O-SZE-Mandates agiert. Daher handelt es sich genau genommen nicht um NATO-Missionen, sondern um NATO-geführte Missionen.²⁵ Die ersten Einsätze konzentrierten sich in Folge des Jugoslawienkrieges hauptsächlich auf den Balkan, zum Beispiel in Bosnien und Herzegowina (1995-2004) in Form der *IFOR (Implementation Force)* und später der *SFOR (Stabilization Force)*. Die Friedensunterstützung wurde auf verschiedene Weisen umgesetzt. Es wurden verdächtige Kriegsverbrecher festgenommen, nicht registrierte Waffen eingezogen, Verteidigungseinrichtungen reformiert und lokale Polizeikräfte aufgebaut. Ausserdem fanden regelmässig Patrouillen statt und es wurde für den Wiederaufbau zivil-militärische Zusammenarbeit, beispielsweise im Hochbau und Verkehr, eingeleitet.²⁶ 2004 wurden die vorher von der NATO geführten Truppen durch die EU übernommen, um die NATO zu entlasten. Es war der Start der Folge mission *ALTHEA*, welche nun von der *EUFOR* geleitet wurde.²⁷ Ein kleinerer, aus drei Operationen bestehender Einsatz der NATO fand in Nordmazedonien statt (2001-2003)²⁸. Die grösste und langwierigste Mission im Balkan ist die *KFOR (Kosovo Force)*, welche seit 1999 läuft.²⁹ 2001 startete der Einsatz einzelner NATO-Staaten in Afghanistan infolge der Anschläge am 11. September auf die USA. 2003 übernahm die NATO die Führung über die *ISAF (International Security Assistance Force)*, welche auf Mandat der UNO entstanden war. Die Hauptziele waren die Unterstützung der afghanischen Regierung bei der Sicherheitsgewährleistung und der Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte. So sollte Afghanistan langfristig von Terroristen befreit werden. Im Jahre 2014 wurde die volle Sicherheitsverantwortung den afghanischen Kräften übertragen und die *ISAF*-Mission für beendet erklärt. Dafür startete 2015 die kleinere Mission *Resolute Support*, welche dazu diente, den afghanischen Verbänden weiteres Training und Unterstützung zu gewährleisten. *Resolute Support* wurde 2021 beendet.³⁰ Seit 2018 ist die NATO auch im Irak engagiert, um eine Rückkehr des IS zu verhindern.³¹

4.2.2 Übungen

Eines der Hauptziele der Partnerschaft für den Frieden ist das Erreichen von Interoperabilität der Partnerstaaten, um reibungslos mit NATO-Verbänden operieren zu können. So formulierte es das Transformationskommando der NATO-Kommandostruktur (ACT) wie folgendermassen: «ACT is involved in the development of strategic-level vision, concepts and policy to initiate and promote the transformation of NATO military capabilities for future joint and combined operations. It acts as the primary strategic level coordinator for development and implementation of doctrine, standardisation and interoperability necessary for NATO operations³²». Diese Interoperabilität kann abgesehen von der Anpassung der Systeme nur durch gemeinsames Training erreicht werden. Dort wird die fließende militärische Zusammenarbeit bei Manövern geübt. Grundsätzlich sind NATO-Übungen zu unterscheiden in Artikel 5- und nicht-Artikel-5-

²⁴ Interview – Christoph Göd

²⁵ (Lenzin, 2005), S. 21

²⁶ (NATO, Peace support operations in Bosnia and Herzegovina (1995-2004), 2023)

²⁷ (Pesendorfer, 2005)

²⁸ (NATO, Peace support operations in North Macedonia (2001-2003), 2022)

²⁹ (NATO, NATO Mission in Kosovo (KFOR), kein Datum)

³⁰ (NATO, NATO and Afghanistan, 2022)

³¹ (NATO, NATO Mission Iraq, 2023)

³² (Lenzin, 2005), S. 29

Übungen. Dies hängt davon ab, ob das geübte Szenario einen Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages beinhaltet.³³ Es ist wichtig festzuhalten, dass die exakte Definition als *PfP*-Übung nicht immer klar zu bestimmen ist. So wurde 1999 die Übung *AMADEUS 99* von Österreich als *PfP*-Übung eingestuft, von der Schweiz hingegen nicht. Hinweise lassen sich aus Pressemitteilungen der Bundesbehörden entnehmen, wo *PfP* teilweise explizit erwähnt wird.³⁴

4.2.3 Kurse

Einen weiteren wichtigen Aspekt der Partnerschaft für den Frieden bietet der Austausch von Know-how durch Kurse und Seminare. So können Partnerstaaten ihre Expertise zum Wohl der Staatengemeinschaft einbringen. Für diese Kurse existieren weltweit 34 Weiterbildungs- und Trainingszentren (*Partnership Training and Education Centres - PTECs*) in 27 Ländern, davon 18 in 13 NATO-Staaten und 16 in 14 Partnerstaaten.³⁵ Welchen Kursen man beiwohnen möchte, kann man als Partnerstaat im *Partnership Cooperation Menu (PCM)* auswählen.³⁶ Das Kursangebot fördert die Bestrebungen der NATO in Bereichen der Verteidigungsreform, Krisenmanagement, Cyberverteidigung, Führung bis hin zur Sprachausbildung.³⁷

4.3 Bedeutung von PfP für die Sicherheit

Nachdem die Aktivitäten von *PfP* beschrieben wurden, soll betrachtet werden, welche Auswirkungen *PfP* überhaupt auf die tatsächliche Sicherheitslage haben kann. Denn das Potential der schweizerischen Sicherheitsbemühungen in *PfP* soll auch in Relation gesetzt werden, dazu wie gross der allgemeine Einfluss von *PfP* auf die Sicherheit überhaupt ist. Nur so können umfassende Rückschlüsse für die Zukunft gezogen werden. Dieser Einfluss durch *PfP* soll sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene analysiert werden.

Ein Faktor, welcher für die Sicherheit einzelner partizipierender Staaten ausschlaggebend sein kann, ist die Verteidigungsfähigkeit im Angriffsfall. Da aber ein Land wie Österreich oder die Schweiz dazu kaum autonom im Stande wäre, bedarf es im Angriffsfall der Interoperabilität mit NATO-Truppen. Zudem bieten die angebotenen Seminare viele Möglichkeiten zum Know-how-Austausch und zur Weiterentwicklung bzw. Modernisierung der Armeen der Partnerstaaten. Auch in den Bereichen des Bevölkerungsschutzes, der Katastrophenhilfe, der Notfall- und Katastrophenmedizin sowie des humanitären Völkerrechts wird ausgebildet.³⁸ Durch solche Ausbildungen können auch landesinterne Sicherheitsrisiken besser bekämpft werden. Auch lassen sich bei der Teilnahme an NATO-geführten Missionen wichtige militärische Fähigkeiten in der Praxis erlernen.³⁹ Zusätzlich können Staaten mit individuellen Aktionsplänen akute Herausforderungen direkt angehen. Als problematisch erweist sich für die nationale Sicherheit wiederum das Risiko der Abhängigkeit, beispielsweise im Bereich Cyberabwehr, wo es zu grossem Datenaustausch kommt. So fordert Thierry Burkart etwa, die Lagerung gewisser sensibler Daten in der Schweiz müsse sichergestellt werden, um mehr Unabhängigkeit zu schaffen. Zumindest hätte man die Daten geografisch vor Ort.⁴⁰ Oberstleutnant Göd widerspricht, die Gefahr

³³ Interview – Christoph Göd

³⁴ (Küpfer, 2002), S. 90

³⁵ (NATO, Partnership Training and Education Centres (PTECs), 2023)

³⁶ (NATO, Partnership tools, 2023)

³⁷ (NATO, Partnership Training and Education Centers - Annual Report 2022, 2022)

³⁸ (Küpfer, 2002), S. 94

³⁹ (Michaud, 2023)

⁴⁰ Interview Thierry Burkart

der Abhängigkeit ginge weniger von Interoperabilität im Cyberbereich aus, sondern stärker durch den Kauf von ausländischen Rüstungsgütern. Hier behält sich das Herkunftsland nämlich gewisse Mitspracherechte bei der Verwendung der Rüstungsgüter vor.⁴¹

Es ist in den letzten Jahrzehnten vermehrt ersichtlich geworden, dass internationale Katastrophen in ihrer Handhabung häufig die NATO erfordern, da diese im Gegensatz zu Organisationen wie der EU oder der UNO über die nötigen Truppenkontingente verfügt, welche für Kriegseinsätze oder *friedensunterstützende Operationen* benötigt werden.⁴² Der Bundesrat betonte zudem, er sehe eine eminent wichtige Bedeutung im *PfP*-Programm als Instrument zur Sicherheitsgewährleistung. Dies gerade, weil darin, anders als bei der NATO, auch neutrale, keinem Militärbündnis angehörende Staaten enthalten seien.⁴³ Somit käme diesem Programm eine besondere Rolle zu, wenngleich Professor Mangott diese These stark anzweifelt und sie eher für eine politisch motivierte Aussage hält.⁴⁴ Eine Möglichkeit für Partnerstaaten, zur internationalen Sicherheit beizutragen, gewährleistet das Programm in erster Linie durch Teilnahme an *Peace Support Operations*. Durch die geschaffene Stabilität in Ländern mit Krisensituationen können beispielsweise internationale Flüchtlingsströme verhindert werden. Sie bewahren somit die gesamte internationale Gemeinschaft vor finanziellen oder sicherheitstechnischen Problemen, welche teilweise mit Flüchtlingsströmen kommen. Sie stärken somit auch die internationale Stabilität. Diese Missionen würden zwar auch ohne *PfP* durch NATO-Staaten ausgeführt werden, aber es ist eine Möglichkeit für Partnerstaaten, ebenfalls zum Erfolg der Missionen beizutragen. Besondere Wirkung für die Sicherheit soll das *PfP*-Programm auf (mittel-) osteuropäische Staaten haben, indem diese auf einen NATO-Beitritt vorbereitet werden,⁴⁵ was zweifelsohne zu deren langfristiger Sicherheit dient.

Es kann mit Gewissheit verifiziert werden, dass sowohl Partnerstaaten als auch die internationale Gemeinschaft durch das Partnership for Peace Programm an Sicherheit dazugewinnen. Allerdings ist nicht ganz genau einzuschätzen, bis zu welchem Grad. Denn es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Teilnahme an internationalen Übungen oder Friedenseinsätzen für neutrale Staaten nicht ausschliesslich durch *PfP* ermöglicht wird: Staaten können auch ausserhalb von *PfP* bilateral gemeinsame Manöver durchführen.⁴⁶ Militärische Sicherheitskooperation wurde von diversen europäischen Staaten bereits in den Jahrzehnten vor *PfP* praktiziert.⁴⁷ Und auch die Teilnahme an Friedensoperationen mit UNO- oder OSZE-Mandat war bereits vor *PfP* für neutrale Staaten möglich (Damals bloss noch nicht unter NATO-Führung).⁴⁸ Was jedoch ein Vorteil unter *PfP* darstellt, ist die Anpassung an NATO-Standards und der Zugang zu gewissen NATO-Dokumenten.⁴⁹ Zusätzlich muss an dieser Stelle klargestellt werden, dass etwas gesteigerte Sicherheit und der grundlegende Zustand von Frieden zu unterscheiden sind. Die Absenz von Krieg, welche im Grossteil der Partnerstaaten der NATO herrscht, ist nicht zurückzuführen auf ihre Teilnahme an *PfP*. Der Grund dafür ist die militärische Abschreckung durch die NATO. *PfP* ist kein Verteidigungsbündnis, sondern kann für Partnerstaaten höchstens eine

⁴¹ Interview – Christoph Göd

⁴² (Lenzin, 2005), S.20

⁴³ (Bundesrat, Stellungnahme des Bundesrates zur Motion 14.3746: Austritt aus dem Nato-Programm "Partnership for Peace", 2014)

⁴⁴ Interview – Gerhard Mangott

⁴⁵ Interview – Christoph Schwarz

⁴⁶ Interview – Philipp Eder

⁴⁷ (Küpfer, 2002), S. 85

⁴⁸ (TOP-Medien, 2023)

⁴⁹ Interview – Philipp Eder

Grundlage zur Interoperabilität im Kriegsfall oder verbessertes (inter-)nationales Krisenmanagement ermöglichen.⁵⁰ Dazu kommt, dass die bilaterale militärische Zusammenarbeit meist vielversprechender ist als jene mit einer grösseren Organisation wie der NATO oder der EU. Dies liege hauptsächlich an den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsstaaten, wie Brigadier Eder erklärt. Diese bilaterale Verbundenheit gelte besonders im Zusammenhang mit Rüstungsvorhaben. Denn kauft ein Land ein Rüstungsgut, richtet es sich stark auf die Zusammenarbeit mit dem Herkunftsland aus. Für diesen bilateralen Weg wird *PfP* nicht zwingend benötigt. Hinzu kommt, dass das *PfP*-Programm für die NATO an Bedeutung verloren hat, nachdem mit Finnland und Schweden auch die letzten wirklichen Mitgliedschafts-Aspiranten beigetreten sind. Es verbleiben so kaum noch Staaten, welche in die NATO eingegliedert werden müssten. Ausserdem hat durch den Kriegsausbruch in der Ukraine eine Rückbesinnung auf die effektive Aufgabe als Militärbündnis stattgefunden, wodurch ebenfalls Fokus auf andere Programme verloren geht.⁵¹

4.4 PfP und Neutralität

Der Beitrag von *PfP* zur Sicherheit ist also Realität, wenn auch nicht ganz eindeutig, in welchem Ausmass. Die Sicherheit durch *PfP* beruht auf militärischer Kooperation und birgt somit einen Widerspruch zum Konzept der Neutralität. Dabei sind zwei Gesichtspunkte zu unterscheiden: der neutralitätsrechtliche und der neutralitätspolitische. Rechtlich gesehen gilt zu beachten, dass nicht alle Länder exakt dieselben Rahmenbedingungen haben. Auf diese Unterschiede soll in Kapitel 6 genauer eingegangen werden. Die völkerrechtliche Definition der Neutralität liegt im *Haager Friedensabkommen* von 1907, das bis heute Gültigkeit hat. Hier wird ausschliesslich festgelegt, dass neutrale Staaten keine Kriegshilfe an kriegführende Staaten leisten dürfen.⁵² Doch da bei *PfP* keine Bündnisverpflichtung besteht, ergibt sich kein rechtlicher Konflikt, erklärt Göd.⁵³

Das *PfP*-Programm mag zwar rechtlich ausdrücklich mit der Neutralität zu vereinbaren sein, da keine Beistandspflicht besteht, allerdings konnte es sich in seiner Geschichte der Kritik bezüglich der Neutralitätspolitik nicht immer ganz entziehen. So schildert Lenzin⁵⁴, es habe von Beginn an Bedenken gegeben. Dies, da Staaten bei *friedensunterstützenden Operationen* in die Strukturen und somit in die entsprechende Interventionsdoktrin der NATO eingebunden werden. Ebenfalls häufig kontrovers waren gemeinsame Manöver. Im Jahr 2014 absolvierte die Schweiz die NATO-Übung *Jawtex* in Deutschland, welche als westliche Abschreckübung und Reaktion in Folge der russischen Krim-Annexion galt. Der SVP-Sicherheitspolitiker und Nationalrat Hans Fehr (ZH) kritisierte damals, der Bundesrat würde «unsere Miliz- und Widerstandsarmee quasi zur Nato-Marionette degradieren, um sie bei Auslandseinsätzen modular in Nato-Verbände eingliedern zu können»⁵⁵. VBS-Sprecher Renato Kalbermatten konterte, die Teilnahme an Übungen, die der Ausbildung dienen, seien mit der Neutralität vereinbar. Die Schweiz gehe damit keine Beistandsverpflichtungen ein, und sie beeinträchtige damit auch nicht ihre Fähigkeit, im Falle eines internationalen bewaffneten Konflikts neutral zu sein. Zumal konnte das VBS darauf hinweisen, dass die Einladung nicht von der NATO,

⁵⁰ Interview – Gerhard Mangott

⁵¹ Interview – Philipp Eder

⁵² (Recht der kollektiven Sicherheit und Neutralitätsrecht, kein Datum)

⁵³ Interview – Christoph Göd

⁵⁴ (Lenzin, 2005), S. 46

⁵⁵ (Müller, 2014)

sondern von der deutschen Bundeswehr kam, welche die Übung offiziell geplant und veranstaltet hatte. Denn bei *PfP* können Mitgliedsstaaten auch multilaterale Übungen veranstalten. Dieses Argument war eher fragwürdig, da beim Manöver explizit NATO-Verfahren geübt und NATO-Normen eingehalten worden waren.⁵⁶ Erneute Kritik entstand, als die Schweiz 2015 an der Luftübung *Arctic Challenge Exercise* an der NATO-Ostgrenze zu Russland teilnahm, wo die neutralitätspolitische Glaubwürdigkeit durchaus in Frage gestellt wurde. Dieses Mal zeigte sich das VBS kritikfähiger: Der damalige Verteidigungsminister Ueli Maurer räumte später ein, dieser «Ausflug» sei «nicht sehr klug» gewesen.⁵⁷ Ebenfalls nicht förderlich für den neutralen Status von *PfP* ist das Zitat des ehemaligen US-Verteidigungsministers William Perry, der Unterschied zwischen einer Nato-Mitgliedschaft und einer Beteiligung an der Nato-Initiative 'Partnership for Peace' müsse dünner gemacht werden als ein Blatt Papier.⁵⁸ Dieser Druck seitens der NATO äusserte sich besonders stark, als die Schweiz 2008 aus neutralitätspolitischen Gründen ihren drei Mann starken Verband aus der International Security and Assistance Force (*ISAF*) in Afghanistan zurückzog. Auf Wikileaks erschienene Dokumente bestätigen die deutliche amerikanische Unzufriedenheit nach der Abzugsentscheidung von Bundesrat Samuel Schmid. Dieser begründete, der Charakter der friedenserhaltenden Unterstützungsoperation habe sich im südlichen Teil Afghanistans schrittweise in eine Operation zur Bekämpfung von Aufständischen verwandelt. Diese Aussage deckt sich mit Oberstleutnant Göds Erklärung zur Variabilität des Charakters bei NATO-geführten Operationen. Auch wenn die Schweiz nur mit einem kleinen Kontingent vor Ort war, war dies für die USA und die NATO von Bedeutung. Denn die Teilnahme eines neutralen Staates an einer NATO-geführten Operation in Afghanistan machte sich image-technisch gut.⁵⁹ Dies zeigt: Schon die Assoziierung mit Aktivitäten im Rahmen von *PfP*, welche kritisch für die Neutralität sein könnten, können zu Komplikationen führen. Die Schweiz hat allerdings schriftlich festgehalten, dass sie, sofern ein Widerspruch zur Neutralität entstehen würde, umgehend aus dem *PfP*-Programm austreten würde. Ob es sich dabei um das Neutralitätsrecht oder die aktuelle Definition der Schweizer Regierung der Neutralität handelt, lässt sich nicht bestimmen.⁶⁰

⁵⁶ (Müller, 2014)

⁵⁷ (Ramseyer, 2020)

⁵⁸ (Stamm & Der Bundesrat, 2014)

⁵⁹ (Gafner, 2021)

⁶⁰ (Reimann & Der Bundesrat, 2009)

5 Kooperationsvergleich der Schweiz und Österreich im Rahmen von Pfp

Nachdem Struktur und Bedeutung von *Pfp* erläutert wurden, gilt es zu vergleichen, wie die Schweiz und Österreich sich im Rahmen von *Pfp* engagieren. Dazu werden, wie bereits erwähnt, die drei Schwerpunkte NATO-geführte Missionen, Übungen und Kursangebot behandelt. In einem weiteren Kapitel sollen zudem weniger prominente Nebenaspekte der Kooperation verglichen werden, beispielsweise die Teilnahme an NATO-Programmen im Rahmen von *Pfp*. Grundsätzlich muss einführend erklärt werden, dass sich die Transparenz der beiden Staaten klar unterscheidet. Die Schweiz veröffentlicht jährlich einen Bericht zur Kooperation im Rahmen von *Pfp*, wo sowohl politische Konsultationen im *EAPC* als auch militärische Aktivitäten angeführt sind.⁶¹ Seitens Österreich gibt es zwar eine Liste mit rund 300 Aktivitäten, welche für das *Partnership Cooperation Menu* zur Verfügung gestellt werden. In diesen Aktivitäten erfasst seien Kurse, Konferenzen, Übungen, aber auch Einzelpersonen, wie das Bundesministerium für Landesverteidigung schreibt. Die genaue Liste steht allerdings unter Geheimhaltung.⁶² Oberstleutnant Göd schilderte, dass seines Wissens Übungen im Rahmen von *Pfp* nicht direkt vom Bundesheer erfasst würden.⁶³

Zusätzlich muss im Falle der Schweiz eine Differenzierung gemacht werden. Denn ein Teil der internationalen Aktivitäten wird von der Schweiz nicht als *Pfp*-Aktivitäten definiert. Dies liegt an einer rechtlichen Problematik. Im Normalfall sind internationale Aktivitäten im Rahmen von *Pfp* durch das Rahmenausbildungsabkommen nach Artikel 48 a Absatz 1 des Militärgesetzes möglich. Aktivitäten, welche durch dieses noch nicht abgedeckt werden, müssen jährlich im *Übungsprogramm für die internationale militärische Ausbildungszusammenarbeit* vom Bundesrat genehmigt werden. Aus diesem Übungsprogramm ergibt sich die jährliche *EZAD-Aktivitätenliste*⁶⁴. Im Jahr 2023 sind in dieser 14 Aktivitäten angeführt. Konkret sind dies: fünf Übungen im Ausland, vier Ausbildungskurse im Ausland sowie vier Ausbildungskurse in der Schweiz. Hinzu kommt ein internationaler Scharfschützenwettbewerb in den USA. Ob der militärische oder politische Kontext der Aktivitäten dadurch wirklich ernsthaft verändert wird, ist zumindest fragwürdig. Ein gutes Beispiel dafür ist die Übung *Tiger Meet*: Diese ist explizit in der Liste für Aktivitäten ausserhalb von *Pfp* eingetragen.⁶⁵ Jedoch wird in einem Medienbericht der Bundeskanzlei selbst *Pfp* als Basis für die Übung *Tiger Meet* genannt. Wortwörtlich wird hier festgehalten: «Die Mitgliedschaft im NATO-Programm *Partnerschaft für den Frieden (Pfp)* berechtigt die Schweiz an der Teilnahme des *Tiger Meets*.»⁶⁶ Auch diverse Medienberichte nennen *Pfp* als Rahmen für diese Übung.⁶⁷ Dementsprechend sollen solche Aktivitäten zur Vollständigkeit auch in diesem Kapitel angeführt werden. Davon betroffen sind wie beschrieben in erster Linie Übungen und Kurse. Zudem muss auch die Verzerrung der Aktivitäten durch den Lockdown bereinigt werden. Der aktuellste, bereits verfügbare, *Pfp*-Bericht des Bundesrates betrifft die Jahre 2020-2021, als viele Aktivitäten wegen Covid-19 nicht stattfanden.

⁶¹ (Generalsekretariat Sicherheitspolitik VBS, 2023)

⁶² Siehe Anhang: Korrespondenzen – E-Mail des Bundesheeres 01. September 2023

⁶³ Interview – Christoph Göd

⁶⁴ Wofür die Abkürzung EZAD steht, liess sich nicht recherchieren.

⁶⁵ (Bundeskanzlei, Programm für internationale Übungen der Armee 2023, 2023)

⁶⁶ (Bundeskanzlei, Schweizer Luftwaffe beteiligt sich an internationaler Luftoperationsübung in Italien, 2023)

⁶⁷ (cbe, 2023) (SAMedia GmbH, 2023)

Daher wird primär der Bericht von 2018-2019 als Grundlage verwendet (vor 2018 wurden Übungen im *PfP*-Bericht nicht exakt erfasst).

5.1 NATO-geführte Missionen

Begonnen werden soll der Vergleich mit den Teilnahmen der beiden Staaten an NATO-geführten Missionen. Die Geschichte dieser Einsätze erstreckt sich über mehrere Jahrzehnte. Hier gilt für beide Staaten, dass die Grundlage des Einsatzes jeweils ein UNO-Mandat sein muss, um die Teilnahme zu ermöglichen.⁶⁸ Grundsätzlich gilt für die Soldaten beider Länder, dass sie nicht an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung teilnehmen.⁶⁹ Daher werden sie meistens in Bereichen Logistik, Wiederaufbau und Organisation eingesetzt.⁷⁰

5.1.1 Bosnien und Herzegowina

Bei der Mission der NATO-geführten *Implementation Force (IFOR)* in Bosnien und Herzegowina war die Schweiz 1995 zwar gewillt zu partizipieren. Dies war allerdings nicht umsetzbar, da die *Rules of Engagement* des Einsatzes nur den Einsatz von bewaffneten Truppen erlaubten, welchen die Schweiz erst 2001 mittels Volksabstimmung zur Änderung des Militärgesetzes ermöglichte.⁷¹ Dennoch trug man indirekt zum Erfolg der Mission bei, indem man den Luftraum sowie das Strassen- und Eisenbahnnetz für die *IFOR* öffnete.⁷²

Österreich hingegen hatte mittels des *Entsendegesetzes* die rechtliche Möglichkeit teilzunehmen⁷³ und stellte in Bosnien und Herzegowina mit dem *AUSLOG/IFOR (Austrian Logistics/Implementation Force)* seit Anfang 1996 ein ca. 300 Mann starkes Transportkontingent⁷⁴ mit weit über 100 Fahrzeugen⁷⁵. Infolge der Umstrukturierung der *IFOR* (Implementation Force) zur *SFOR (Stabilization Force)* wurde die gesamte NATO-Friedenstruppe in Bosnien und Herzegowina reduziert. Die *AUSLOG/IFOR* verkleinerte sich dabei erst auf 230, dann auf 180 Mann. Dies wurde begründet durch die Abnahme von Transportaufträgen, welche in der Aufbauphase noch eminent wichtig gewesen waren, nun aber zurückgingen.⁷⁶ 2001 wurde der Einsatz des *AUSLOG/SFOR* mit folgender Bilanz beendet: Unter der Teilnahme von insgesamt fast 2'000 Soldaten wurden knapp sieben Millionen Kilometer zurückgelegt und rund 460 tausend Tonnen Güter aller Art transportiert. 2004 entsandte das Bundesheer erneut Truppen. Diesmal allerdings kein Transport- sondern ein Infanteriekontingent von bis zu 150 Personen. Dabei handelte es sich um eine Infanterie-Kompanie mit ergänzenden Führungs-, Sondereinsatz-, Informationsgewinnungs- und Versorgungselementen. Ende 2004 wurde die *SFOR* schliesslich von der EU übernommen und zu *EUFOR* umbenannt.⁷⁷

⁶⁸ Siehe Anhang: Korrespondenzen – E-Mail des Bundesheeres 01. September 2023

⁶⁹ (Eidgenössisches Departement für Verteidigung, (Senn, Eder, & Kornprobst, 2023), S. 749

⁷⁰ (Senn, Eder, & Kornprobst, 2023), S. 750

⁷¹ (Die Schweiz und die Partnerschaft für den Frieden: Sicherheitspolitische Positionierung eines neutralen Kleinstaats, 2005), (Wenger, Mauer, & Schwerzmann, 2003)

⁷² (NATO, Relations with Switzerland, 2021)

⁷³ (Senn, Eder, & Kornprobst, 2023), S. 749

⁷⁴ (Bundesministerium für Landesverteidigung, Österreichische Beteiligung, kein Datum)

⁷⁵ (Bundesministerium für Landesverteidigung, Bosnienkontingent des Bundesheeres beendet Einsatz, 2001)

⁷⁶ (Bundesministerium für Landesverteidigung, Österreichisches Bosnien Kontingent wird verkleinert, 2000)

⁷⁷ (Bundesministerium für Landesverteidigung, Österreichische Beteiligung, kein Datum)

5.1.2 Kosovo

1999 startete die NATO-geführte Mission im Kosovo, *KFOR (Kosovo Force)*. Hier stellte die Schweiz mit *SWISSCOY (Swiss Company)* einen anfangs unbewaffneten Verband, welcher von einem österreichischen Bataillon geschützt werden musste. Dies führte zu einer Belastung der anderen Verbände und mangelnder Effizienz bei der Arbeit.⁷⁸ Auch wenn die Schweiz zu Anfang eine Last in diesem Bereich darstellte, war sie für die *KFOR* von grosser Wichtigkeit. Denn die Schweiz verfügte über eine Milizarmee und brachte somit Spezialkenntnisse aus einer breiten Berufserfahrung ein. Somit konnte die *SWISSCOY* qualitativ hochstehende Spezialaufgaben im Bereich Transport, Unterhalt und Bau übernehmen. Durch die ausgezeichnete Qualität der schweizerischen Ausrüstung war man bei logistischen und zivilen Spezialaufgaben ebenfalls von Wert.⁷⁹ Die Kompanie *SWISSCOY* besteht aus maximal 195 Personen.⁸⁰ Der aktuell offizielle Stand der NATO 2023 beläuft sich auf 190 Soldaten.⁸¹ Göd erklärt diese Differenz: «Aufgrund von Nichtaufbringung, [...], Rotationen oder temporären Verstärkungen im Einsatzraum schwankt diese Zahl fast täglich»⁸²

Österreich entsandte 1999 mit dem *AUCON KFOR (Austrian Contingent Kosovo Force)* ebenfalls Truppen in den Kosovo. Im Schnitt stellte Österreich bis 2023 ein jährliches Kontingent von 350 Soldaten⁸³. Auf dem Höhepunkt 2009 waren es knapp 700.⁸⁴ Allerdings senkte sich diese Zahl bis 2023 auf nur noch gut 270. Trotzdem ist bis heute Österreich von allen Staaten, welche nicht der NATO angehören, jener mit der höchsten personellen Beteiligung.⁸⁵ Die Senkung des Kontingents wird dadurch relativiert, dass eine Infanteriekompanie bei der NATO angemeldet wurde. Zudem verfügte Österreich auch schon über ranghohe Stabsoffiziere bis hin zum stellvertretenden Kommandanten der gesamten *Kosovo Force*.⁸⁶

Die folgende Tabelle eignet sich sehr gut für einen konkreten 1:1-Vergleich, denn es sind die exakten Elemente, welche die Schweiz und Österreich im Kosovo zur Verfügung stellen, aufgelistet:

⁷⁸ Wie bereits erwähnt ermöglichte die Schweiz erst 2001 das Tragen von Waffen bei Friedensfördernden Einsätzen für Schweizer Soldaten.

⁷⁹ (Wenger, Mauer, & Schwerzmann, 2003)

⁸⁰ (EDA, Swisscoy et KFOR, 2023)

⁸¹ (Contributing Nations, 2023)

⁸² Interview – Christoph Göd

⁸³ (Senn, Eder, & Kornprobst, 2023), S. 749

⁸⁴ (Bundesministerium für Landesverteidigung, Kommandant der 7. Jägerbrigade übergibt Führung der Multinationalen Brigade Süd, 2009)

⁸⁵ (Contributing Nations, 2023)

⁸⁶ (Bundesministerium für Landesverteidigung, "Change of Command": Doppelter österreichischer Führungswechsel im Kosovo, 2018)

Tabelle 1: Vergleich der Truppenstärke der SWISSCOY und des AUCON

<i>SWISSCOY</i> ⁸⁷	<i>AUCON</i> ⁸⁸
<ul style="list-style-type: none"> ❖ 1 Transportzug mit Spezialfahrzeugen ❖ 1 Pionierzug ❖ 4 Verbindungs- und Überwachungsteams (Liaison and Monitoring Teams LMT) an vier Standorten ❖ 1 Explosive Ordnance Disposal (EOD) Team ❖ 1 medizinisches Team ❖ 1 Abteilung der Luftwaffe mit zwei Hubschraubern vom Typ Superpuma. ❖ Teile der internationalen Militärpolizei (IMP) ❖ Stabsoffiziere auf der Ebene des KFOR-Hauptquartiers und einem Joint Regional Detachment (JRD) 	<ul style="list-style-type: none"> ❖ 1 Transportkompanie (bis März 2024) ❖ 1 Infanteriekompanie (bis März 2024) ❖ 1 Aufklärungskompanie ❖ 1 Verbindungs- und Überwachungsteam (LMT) ❖ 1 Explosive Ordnance Disposal (EOD) Team ❖ nationales Element (Verwaltung und Logistik) ❖ Stabsoffiziere auf Ebene des KFOR-Hauptquartiers

Österreich stellt anders als die Schweiz auch ganze Kompanien. Diese bestehen aus: Kompaniekommando, Kommandogruppe, Versorgungsgruppe (Fachpersonal im Bereich Nachschub, Kraftfahrwesen, Sanität), sowie in der Regel drei Züge der jeweiligen Waffengattung. Dafür verfügt Österreich über keine Luftstreitkräfte.⁸⁹ Wenngleich die *SWISSCOY* mit dem kleineren Verband vertreten ist, agiert sie enorm vielfältig. So stellt sie auch einen Pionierzug, der für die allgemeinen Bauprojekte der *KFOR* verantwortlich ist, und ein medizinisches Team. Zum Auftrag des medizinischen Teams gehört die Verteilung von Medikamenten, die Überprüfung der medizinischen Vorräte an verschiedenen Standorten und die Vermittlung von Gesundheitstipps.⁹⁰ Beide Nationen stellen mindestens ein *Verbindungs- und Überwachungsteam (LMT)*, dessen Bedeutung darin besteht, das Gespräch mit der lokalen Bevölkerung und den Behörden zu suchen⁹¹ oder bei Wahlen potentiellen Spannungen entgegenzutreten.⁹² *EOD* Teams, von welchen beide



Abbildung 3: Schweizerischer KFOR-Soldat der Transportkompanie

⁸⁷ (EDA, Swisscoy et KFOR, 2023)

⁸⁸ Siehe Anhang: Korrespondenzen – E-Mail Christoph Göd 18. Oktober 2023

⁸⁹ Siehe Anhang: Korrespondenzen – E-Mail Christoph Göd 06. November 2023

⁹⁰ (Andrist, 2022)

⁹¹ (Stewart-Brutschin, 2019)

⁹² (VBS, SWISSCOY Wochennews 23.10.–29.10.2017, 2017)

Länder je eines stellen, sind zuständig für Kampfmittelbeseitigung.⁹³ Ein Teil der schweizerischen und österreichischen Truppen beteiligt sich an der *Internationalen Militärpolizei (IMP)*. Diese hat neben sicherheits-, verkehrs- und kriminalpolizeilichen Aufgaben innerhalb der *KFOR* auch den Auftrag, die Verbindung zu zivilen und militärischen Polizeibehörden vor Ort sicherzustellen. Der Posten des *Force Provost Marshal* der *IMP* (also das Amt des höchsten Militärpolizisten im Kosovo) wurde mehrfach an schweizerische Soldaten vergeben.⁹⁴

5.1.3 Afghanistan

Die nächste NATO-geführte Mission, bei welcher die Schweiz und Österreich mitwirkten, war die *International Security Assistance Force (ISAF)* in Afghanistan, welche 2001 begann und 2004 von der NATO übernommen wurde.⁹⁵ Für das Engagement bezüglich *PfP* kann also streng genommen bloss der Zeitraum ab 2004 gewertet werden. Der Vollständigkeit halber werden aber auch Aktivitäten davor genannt.

Die Schweiz stellte ab 2003 maximal vier Offiziere gleichzeitig. Der Auftrag lag im Beitrag von Expertise und Unterstützung bei der Kontaktaufnahme und -pflege mit afghanischen Verantwortlichen. Zugeteilt war das schweizerische Kontingent dem von deutschen Truppen geführten Wiederaufbauteam.⁹⁷ Regierungintern wurde diskutiert, ob das Kontingent um 20 bis 30 Armeeingehörige erhöht werden sollte. Doch 2008 kam es zum Abzug der schweizerischen Soldaten, da der schweizerische Verteidigungsminister Samuel Schmid die Operation wegen vermehrter Bekämpfung von Aufständischen nicht mehr für neutralitätskompatibel hielt. Dies führte zu grossem Unmut seitens der USA, für welche die neutrale Schweiz aus Image-Gründen wichtig bei der Operation war (siehe 4.4).⁹⁸

Österreich stellte bereits zwischen 2002 und 2003 einen Verband, welcher aber zurückgezogen wurde, weil der Einsatz an die NATO übertragen wurde.⁹⁹ Im August 2005 wurde ein Kontingent von 82 österreichischen Soldaten des *AUCON 3/ISAF* nach Afghanistan geschickt. Ziel der Mission war, der afghanischen Regierung beim Wiederaufbau sicherheits- und gesellschaftspolitischer Strukturen zu helfen. Dabei war man demselben Wiederaufbauteam wie die schweizerischen Soldaten zugeteilt.¹⁰⁰ Explizit ging es darum, die demokratischen Parlamentswahlen am 18. September in Kunduz zu schützen. Dabei wurde der afghanischen Armee assistiert und Patrouillen in entlegenen Gebieten durchgeführt. Noch im Oktober desselben Jahres wurde nach den Wahlen ein Grossteil der österreichischen Verbände wieder zurückgezogen.¹⁰¹ Man behielt aber nach wie vor bis 2014 einige Soldaten stationiert.¹⁰² Österreich beteiligte sich ausserdem an der Folgemission *Resolute Support* mit einem durchschnittlichen Verband von 10-12 Soldaten pro Jahr. Die Mission, welche von 2015 bis 2021 lief, hatte die Ausbildung von

⁹³ (EDA, Swisscoy et KFOR, 2023)

⁹⁴ (VBS, SWISSCOY Wochennews 29.04.-05.05.2019, 2019)

⁹⁵ (Pesendorfer, 2005)

⁹⁷ (NATO, Relations with Switzerland, 2021)

⁹⁸ (Gafner, 2021)

⁹⁹ (Einsatz des Bundesheeres in Afghanistan, 2022)

¹⁰⁰ (Bundesministerium für Landesverteidigung, Afghanistan-Kontingent macht sich auf den Weg, 2005)

¹⁰¹ (Bundesministerium für Landesverteidigung, Afghanistan-Kontingent kehrt zurück, 2005)

¹⁰² (bmeia, kein Datum)

afghanischen Streitkräften sowie die Beratung und Unterstützung der afghanischen Behörden zum Ziel.¹⁰³

5.1.4 Irak

Abgesehen von den aktuellen und zukünftigen Programmen lohnt sich auch ein Blick in die Zukunft. Für 2024 plant Österreich auch die Beteiligung an der *NATO-Ausbildungs- und -Beratungsmission im Irak (NMI)*. Bis zu zehn Militärangehörige sind dafür vorgesehen.¹⁰⁴ Seitens der Schweiz wurde noch keine zukünftige Beteiligung kommuniziert. Bei der NATO-Mission im Irak handelt es sich um eine nicht-kampfbezogene Operation zum Aufbau von Sicherheitsinstitutionen und Streitkräften. Ziel ist dem Irak zu ermöglichen, eigenständig eine Rückkehr des IS zu verhindern.¹⁰⁵ Die Mission lässt sich also einigermaßen mit *Resolute Support* vergleichen.

5.1.5 Zwischenfazit

Insgesamt ist ersichtlich, dass Österreich im Bereich der NATO-geführten Missionen engagierter beteiligt war und immer noch ist als die Schweiz. Dies zeigt sich schon darin, dass die Schweiz ihre *SWISSCOY*-Truppen anfangs sogar von Österreich schützen lassen musste. Doch auch in den folgenden Jahren blieb Österreich der aktivere Staat auf dem Balkan. Die schweizerischen Beiträge im Kosovo sind trotzdem beachtlich, besonders durch die Vielfalt der eingesetzten Mittel. Es beweist, dass die Schweiz durchaus die Fähigkeit hat, einen wertvollen Beitrag zu leisten. Was beide Staaten gemeinsam haben, ist der Schwerpunkt auf logistischen Aufgaben bei allen Missionen. Dies erscheint durchaus schlüssig als neutraler Teilnehmerstaat, welcher sich nicht an der Friedenserzwingung beteiligt. In Afghanistan zeigte sich wiederum, dass die Schweiz bei aller rechtlichen Vereinbarkeit *PfP* und ihre Neutralitätspolitik nicht immer ganz unter einen Hut bringen kann. Österreich sah mit seiner Neutralitätspolitik keinen Konflikt und blieb bis 2021 in Afghanistan. Auch für die Zukunft plant Österreich mit seiner Beteiligung im Irak das engagiertere Land zu bleiben.

5.2 Übungen

Wie bereits erläutert ist eine internationale Übung nur schwer als *PfP*-Übung zu definieren. Beleg dafür war die Übung *AMADEUS 99* (siehe Kapitel 4.2.2). Weil das österreichische Verteidigungsministerium die Teilnahme an *PfP*-Übungen bis heute gar nicht dokumentiert und nur vereinzelte Berichte darüber im Meldungsarchiv zu finden sind, lässt sich die konkrete Zahl der Übungen im Falle Österreichs nicht genau bestimmen.¹⁰⁶ Österreich hält seine Übungen prinzipiell als Übungen mit bilateraler Einladung eines NATO-Staats ab und nicht als NATO-Übungen.¹⁰⁷ Es existiert also auf beiden Seiten ein gewisser Graubereich bei der Anzahl an Übungen.

Im Bereich der gemeinsamen Manöver gingen die Schweiz und Österreich von Beginn an andere Wege: Während Österreich ab seinem Beitritt 1995 jährlich einige Hundert Soldaten an

¹⁰³ (Senn, Eder, & Kornprobst, 2023), (NATO, NATO and Afghanistan, 2022)

¹⁰⁴ (ORF, 2023), Siehe Anhang: Korrespondenzen - Anhang im E-Mail des Bundesheeres 01. September 2023

¹⁰⁵ (NATO, NATO Mission Iraq, 2023)

¹⁰⁶ Interview – Christoph Göd

¹⁰⁷ Siehe Anhang: Korrespondenzen - Anhang im E-Mail des Bundesheeres 01. September 2023

NATO-Übungen entsandte,¹⁰⁸ sah die Schweiz bis 1999 von einer Teilnahme ab.¹⁰⁹ Das österreichische Militär strebte eine absolute Interoperabilität mit der NATO an, wohingegen die Schweiz den Fokus anfangs explizit auf nicht-militärische Bereiche wie Völkerrecht und Sanitätswesen legte und bloss Militärbeobachter schickte.¹¹⁰ Demzufolge wurde im *Sicherheitspolitischen Bericht* des Bundesrates 2000 auch festgehalten, eine «Verbesserung Multifunktionalität der Interoperabilität in der internationalen Zusammenarbeit sowie weitgehende Struktur- und Qualitätsanpassung» seien nötig. Dies sei unter anderem durch «Ausrüstung der Stäbe im Rahmen von gemeinsamen Truppenübungen der Partnerschaft für den Frieden» zu ermöglichen.¹¹¹ Trotzdem beteiligte die Schweiz sich weiterhin jeweils relativ dezent an NATO-Übungen, hielt auch SRF-Korrespondent Fredy Gsteiger 2014 fest.¹¹²

Laut offiziellem *PfP*-Bericht des Bundesrates nahm die Schweiz in den Jahren 2018-2019 an 11 internationalen *PfP*-Übungen teil, davon dreimal ausschliesslich mit Beobachtern. Meistens handelte es sich dabei um den technischen oder den Cyber-Bereich, abgesehen von zwei computer-unterstützten Stabsübungen. Eine dieser Stabsübungen diene explizit dem Training für Stabsarbeit bei *friedensunterstützenden Operationen*, wie beispielsweise im Kosovo. Die einzige Beteiligung der Luftwaffe war bei einem technischen Versuch von Programmen für Lenkwaffenköpfe. Direkte Kampfübungen sind also im offiziellen *PfP*-Rahmen nicht erfolgt.¹¹³ Zusätzlich nahm die Schweiz im Rahmen des *Übungsprogramms für die internationale militärische Ausbildungszusammenarbeit* in den letzten Jahren jeweils an vier bis acht internationalen Übungen teil. In den meisten Fällen handelte es sich um Manöver der Luftstreitkräfte. Dabei wurden Truppenkontingente von bis zu 80 Armeeingehörigen entsandt, wie bei der dreiwöchigen Übung *Nighthawk* 2021 in Dänemark. Häufig blieb die Zahl der beteiligten Armeeingehörigen jedoch im einstelligen Bereich.¹¹⁴

Die Zurückhaltung der Schweiz lässt sich besonders an einem massiven Kontrast darstellen: Die Schweiz hat bis heute nur an Übungen im Bereich der Cybertechnologie und der Luftwaffe teilgenommen.¹¹⁵ Die totale Verweigerung, Bodentruppen einzusetzen ist besonders überraschend, in Anbetracht der Tatsache, dass die Schweiz gar nicht die geographischen Kapazitäten hat, um Truppenübungen in grossem Stil auf ihrem eigenen Boden auszutragen.¹¹⁶ Eine mögliche Teilnahme von



Abbildung 4: Schweizerische F/A-18C Hornet der Staffel 11 mit Tigerlackierung

¹⁰⁸ (Hauser, 2005)

¹⁰⁹ (Küpfer, 2002), S. 90

¹¹⁰ (Lenzin, 2005), S. 27-28

¹¹¹ (Bundesrat, Die Sicherheitspolitik der Schweiz, 1999)

¹¹² (Nato blüht in Osteuropa auf, 2014)

¹¹³ (Bundesrat, Jahresbericht 2018-2019 des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden, 2020)

¹¹⁴ (Bundeskanzlei, Programm für internationale Übungen der Armee 2021, 2021), (Bundeskanzlei, Programm für internationale Übungen der Armee 2022, 2022), (Bundeskanzlei, Programm für internationale Übungen der Armee 2023, 2023)

¹¹⁵ (Roth, 2022)

¹¹⁶ Interview -Thierry Burkart

schweizerischen Bodentruppen an *PfP*-Übungen wurde zwar vom Armeechef Thomas Süssli gewünscht, aber von mehreren schweizerischen Sicherheitspolitikern stark kritisiert.¹¹⁷ Das VBS schrieb auf Nachfrage, dies könne für die Zukunft durchaus in Betracht gezogen werden.¹¹⁸ Die stärkere internationale Verflochtenheit der Luftwaffe zeigt sich aber auch in anderen Punkten: Gerade die Luftwaffe der Schweiz hat sich mit dem Kauf des F-35 stark auf Verteidigung im Verbund ausgelegt.¹¹⁹ Die NATO-Tigers veranstalten jährlich die Luftübung *Tiger Meet*, an welcher Partnerstaaten im Rahmen von *PfP* teilnehmen können.¹²⁰ Die Schweiz nahm bereits 2003 erstmals aktiv teil, während Österreich bis 2008 nur Beobachter schickte.¹²¹ Bei der *NATO-Tiger Association* handelt es sich um eine 1960 der Royal Air Force gegründete Initiative, um den Zusammenhalt der NATO-Luftstreitkräfte zu stärken.¹²² Die *NATO-Tiger Association* ist aber offiziell kein Teil der NATO-Struktur.^{124 125} Die NATO hob den Beitrag der Schweiz im vergangenen Jahr explizit hervor, was ebenfalls als Annäherung der schweizerischen Luftwaffe zur NATO gedeutet werden kann.¹²⁶

Wie beschrieben beteiligt sich Österreich, anders als die Schweiz, auch regelmässig mit mehreren Einheitstypen an NATO-Übungen. Ein aktuelles Beispiel ist die Übung *Adriatic Air Strike* in Slowenien dieses Jahr, wo das Bundesheer mit Kampfflugzeugen, einem Hubschrauber, mehreren Dutzend Soldaten und einer mobilen Radarstation teilnahm. Elemente des Manövers waren über Funk koordinierte Luftangriffe oder Artillerietrainings inklusive genauer Einschlagsüberwachung durch Aufklärer. Die Schweiz schickte bei dieser Übung hingegen zwei Armeeangehörige.¹²⁷ Die Vielfältigkeit der österreichischen Mitwirkung bestätigt auch die Übung *Precise Response 2022*. Dabei handelt es sich um eine Vorbereitung auf den Umgang mit chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen (CBRN-) Kampfstoffen, bei welcher Österreich in der ersten Phase die Führungsverantwortung über fünf Nationen hatte.¹²⁸ Österreich beteiligte sich schon mit Beobachtern an Artikel-5-Übungen, also Anlässen, bei welchen die NATO den Bündnisfall trainiert.¹²⁹ Die Schweiz zieht für die Zukunft die Teilnahme mit ganzen Einheiten in Erwägung. Jedoch besteht auch politischer Widerstand.¹³⁰ *PfP*-Übungen auf schweizerischem Boden sind bis jetzt noch keine erfolgt.¹³¹ Österreich veranstaltete beispielsweise 2001 die Übung *Cooperative best effort*¹³² oder 2021 *Evaluation Level 2*, bei der 1700

¹¹⁷ (SRF, Süssli: «Armee soll mit Nato-Bodentruppen Trainings durchführen», 2023)

¹¹⁸ Siehe Anhang: Korrespondenzen – E-Mail des VBS vom 06. November 2023

¹¹⁹ (Was eine Nato-Annäherung für die Schweiz bedeuten würde, 2022)

¹²⁰ Wie beschrieben in Kapitel 5, wird diese Übung seitens der Schweiz zwar als «berechtigt durch PfP», aber nicht im Rahmen von PfP ausgetragen.

¹²¹ (NATO Tiger Association , Tiger Meets, 2023), (NATO Tiger Association , Nato Tiger Meet 2008, 2008), (NATO Tiger Association, Nato Tiger Meet 2003, 2003)

¹²² (Bundeswehr, 2023)

¹²⁴ (Bärlocher, 2022)

¹²⁵ Auch dies stellt einen Faktor dar, welcher die Differenzierung zwischen NATO- und nicht-NATO Anlässen erschwert.

¹²⁶ (Bärlocher, 2022)

¹²⁷ (Tikal, 2023), (Bundeskanzlei, Programm für internationale Übungen der Armee 2022, 2022)

¹²⁸ (Kriz, 2022)

¹²⁹ Mit welchen Kontingenten genau liess sich mit Oberstleutnant Göd nicht abschliessend beantworten (Siehe Anhang: E-Mail Christoph Göd 06. November 2023). Brigadier Eder hingegen hatte ausgesagt, dass Übungen nach Artikel 5 im Regelfall nicht genehmigt werden.

¹³⁰ (Rhyn, 2022)

¹³¹ Dies bestätigte Sicherheitspolitiker Hans-Peter Portmann in einem Gespräch.

¹³² (Seidl, 2022)

Soldaten teilnahmen.¹³³ Auch die Vorbereitung von Übungen im Ausland gehörte schon in die österreichischen Kompetenzen.¹³⁴

5.2.1 Zwischenfazit

Zusammengefasst lässt sich zum Bereich der Übungen als Erstes sagen, dass sich die Bewertung im Fall der Schweiz nicht ganz leicht präsentiert. Medien und Bund widersprechen sich sogar teilweise. Der Versuch, die Bedeutung von «innerhalb des...» und «berechtigt durch...» oder «basierend auf» zu differenzieren, sei an dieser Stelle den Sprachwissenschaftlern überlassen. Die Abkopplung gewisser Übungen von *PfP* ist offiziell rechtlich begründet. Die Frage, ob dieses Verfahren auch verwendet wird, um dem neutralen Erscheinungsbild zu dienen, bleibt offen. Ein Anhaltspunkt für diese Vermutung wäre der starke Neutralitätspolitische Diskurs in der Schweiz bezüglich der NATO (dazu mehr in 7.1.2). Doch auch im Falle von Österreich wird die direkte Assoziation mit der NATO vermieden. Die Definition der Manöver als «bilaterale Übungen» lässt sich durchaus als Umgehungsversuch werten. Ausserdem kommt bei Österreich auch die absolute Absenz der Dokumentation von solchen Übungen dazu. Es fällt somit etwas schwerer, ein klares Fazit zu ziehen. Trotzdem lässt sich in der Gesamtheit durchaus aufzeigen, dass die Schweiz weniger stark eine vollkommene Interoperabilität anstrebt. Seit der Teilnahme an *PfP* hielt sich die Schweiz sehr stark zurück bei der Beteiligung an gemeinsamen Trainings. Besonders auffällig ist die absolute Absenz von Bodentruppen an *PfP*-Übungen. Österreich verfolgt das Ziel der Interoperabilität in praktisch allen Bereichen, von normalen Infanterietruppen bis zur Abwehr von Chemie-Angriffen. Einzig bei der Luftwaffe weist die Schweiz Vorteile auf.

5.3 Kurse

Bisher wurden mit Missionen und Manövern vor allem praktische Aktivitäten auf dem Feld behandelt. Darauf soll der eher mit Theorie verbundene Aspekt der Kooperation folgen: die Weitergabe von Know-how. Für Kursangebote verfügen Staaten, wie bereits erläutert, sogenannte *Partnerschafts- Trainings- und Ausbildungszentren PTEC*. Sowohl die Schweiz als auch Österreich verfügen jeweils über ein *PTEC*.¹³⁵ In der Schweiz gibt es zudem die *drei Genfer Zentren* im *Maison de la paix*, wo Ausbildungen durchgeführt werden.¹³⁶ Da anders als bei den Übungen auch in der Schweiz aktuellere Quellen bestehen, stellt sich die Verzerrungsgefahr durch Covid-19 Restriktionen weniger. Zudem sind die Kursbroschüren beinahe jedes Jahr identisch, wenngleich die Übungen in der Realität durch Corona nicht stattfanden.

5.3.1 Maison de la paix / Genfer Zentren¹³⁷

Beim *Maison de la paix* handelt es sich um ein Kompetenzzentrum für Aussen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. Dieses inkludiert unter anderem das *Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP)*, das *Internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD)* und das *Zentrum für die Gouvernanz des Sicherheitssektors (DCAF; früher bekannt als Genfer Zentrum für die*

¹³³ (Oysmüller, 2021)

¹³⁴ (Bundesministerium für Landesverteidigung, Korpskommando I mit bisher größter *PfP*-Übung betraut, 1998)

¹³⁵ (NATO, Partnership Training and Education Centers - Annual Report 2022, 2022)

¹³⁶ (EDA, Maison de la paix, 2023)

¹³⁷ Der Fokus der Arbeit liegt wie in der Einleitung beschrieben auf den militärischen Aspekten der Kooperation und weniger auf den politischen. Bei den Genfer Zentren handelt es sich um eine Mischung, da sowohl militärische als auch politische Ausbildungen stattfinden.

demokratische Kontrolle der Streitkräfte).¹³⁸ Die drei Stiftungen wurden zwischen 1995 und 2000 als Beitrag der Schweiz für die Partnerschaft für den Frieden gegründet.¹³⁹

Das *Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP)* bietet spezifisch Lehrgänge für Diplomaten, Verwaltungs- und Militärmitarbeiter sowie Vertreter internationaler Organisationen.¹⁴⁰ Alleine im Jahr 2022 offerierte das *GCSP* 86 Kurse und veranstaltete mehrere hochrangige Podiumsdiskussionen. Es ist das einzige der drei Zentren, welches auch ausführliche Erwähnung im *PTEC*-Bericht der NATO findet¹⁴¹, womit ihm (für die NATO) offenbar die höchste Bedeutung zukommt.



Abbildung 5: Maison de la paix in Genf

Der Fokus des *Zentrums für die Gouvernanz des Sicherheitssektors* liegt bei der Reform des Sicherheitssektors und Regierungsführung. Es wird in die beiden Hauptschwerpunkte Entwicklung neuer Strategien und operative Arbeit eingeteilt. Das *DCAF* vertritt die Schweiz zudem beim *PfP-Konsortium der Verteidigungsakademien und Institute für Sicherheitsstudien (PfPC)*. Dort leitete das *DCAF* den Vorsitz der *Arbeitsgruppe zur Sicherheitssektorreform (SSR)*.¹⁴² Das *DCAF* beriet unter anderem das ukrainische Parlament bei der Sicherheitssektorreform, organisierte eine Weiterbildung moldauischer Parlamentarier und stärkte die demokratische Kontrolle des Verteidigungssektors in Osteuropa, im Südkaukasusgebiet und in Zentralasien.¹⁴³

Das *Internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung* ist verglichen eher eine Institution mit weniger Bedeutung und findet somit im *PfP*-Jahresbericht auch keine ausführliche Erwähnung. Es wird bei der Liste mit veranstalteten Kursen lediglich darauf hingewiesen, bei welchen Kursen das *GICHD* mit tätig war. Dies war im Schnitt etwa 10-mal pro Jahr der Fall.¹⁴⁴ Des Weiteren unterstützt das *GICHD* beispielsweise die *KFOR* bei der humanitären Minenräumung und Blindgänger-Beseitigung im Kosovo.¹⁴⁵ Seit seiner Gründung hat das *GICHD* 96 *Partnership for Peace*-Kurse veranstaltet.¹⁴⁶

5.3.2 SWISSINT und AUTINT

Das Kompetenzzentrum *SWISSINT* ist neben seiner Aufgabe als Kommandostelle über sämtliche *friedensunterstützenden Operationen* im Ausland auch zuständig für internationale Ausbildungskurse für friedensfördernde Einsätze. Jährlich veranstaltet das *SWISSINT* 11 Kurse (Stand 2023-2024), darunter Fahr-, Medizin-, Waffen- und *PSO*-Einführungskurse.¹⁴⁷ Hinzu kommen auch noch weitere Ausbildungskurse der Schweizer Armee ausserhalb des *SWISSINT*. Hier liegt

¹³⁸ (EDA, Maison de la paix, 2023)

¹³⁹ (Küpfer, 2002), S. 95

¹⁴⁰ (EDA, Maison de la paix, 2023)

¹⁴¹ (NATO, Partnership Training and Education Centers - Annual Report 2022, 2022)

¹⁴² (EDA, Maison de la paix, 2023)

¹⁴³ (Bundesrat, Jahresbericht 2020-2021 über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden, 22. Juni 2022)

¹⁴⁴ (Bundesrat, Jahresbericht 2018-2019 des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden, 2020)

¹⁴⁵ (Küpfer, 2002)

¹⁴⁶ (GICHD, 2023)

¹⁴⁷ (TRAINING CENTRE SWISS ARMED FORCES NATIONAL COMMAND Course guide 2023, 2023)

der Schwerpunkt nicht auf Trainings für *friedensunterstützende Operationen*. Der allgemeine Fokus liegt laut *PfP*-Bericht bei der Gebirgsausbildung, der Führungsausbildung für höhere Unteroffiziere, dem Kriegsvölkerrecht, der zivil-militärischer Zusammenarbeit, der humanitärer Minenräumung und dem Kommunikationstraining. An diesem Fokus hat sich auch in den Jahren zwischen 2018 und 2021 nichts verändert.¹⁴⁸ Wie bereits beschrieben, finden auch vier Kurse offiziell ausserhalb von *PfP* statt, welche der Vollständigkeit halber trotzdem genannt werden sollen. Geboten werden Überlebens- und Fallschirmsprungtrainings im Gebirge sowie Infanterieschiesstrainings und Ausbildungen im Super-Puma-Simulator.¹⁴⁹

Das *AUTINT* stellt das österreichische *PTEC* dar und liegt in Götzendorf. Es bietet jährlich acht verschiedene Kurse an, welche den Fokus besonders auf die Ausbildung für *friedensunterstützende Operationen* legen und sich hauptsächlich an Offiziere oder Unteroffiziere richten. Darunter sind unter anderem Kurse zu *LMTs*¹⁵⁰, zivil-militärischer Kooperation, psychologischen Operationen oder *human intelligence (Humint)*.¹⁵¹ Bei *human intelligence* handelt es sich per Definition der NATO um «eine Kategorie von Informationen, die aus von menschlichen Quellen gesammelten und bereitgestellten Informationen abgeleitet ist».¹⁵² Konkret handelt es sich also um den Aufgabenbereich von *Verbindungs- und Überwachungsteams (LMT)* bei *friedensunterstützenden Operationen*. Die *PsyOps (Psychological Operations)* - Truppe ist ein besonderer Stolz des Bundesheeres. Ihre Spezialisierung liegt in Kommunikationsaktivitäten zur Beeinflussung von Denken, Verhalten und Einstellung festgelegter Zielgruppen, für die sie Zielgruppenanalysen erstellt. Die Analysen sollen Grundlagen für die Entwicklung von *PsyOps*-Produkten und Tätigkeiten ergeben sowie gegnerische Propaganda erkennen, auf welche Soldaten sensibilisiert werden können. Dadurch soll die Truppe zum militärischen Erfolg beitragen.¹⁵³ Diese genannten Kurse sind ausschliesslich jene, welche sich im öffentlich zugänglichen Course Guide des *AUTINT* finden lassen. Ob noch mehr Kurse existieren, lässt sich nicht abschliessend beantworten. Es wurde seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung ausschliesslich kommuniziert, man habe bei der NATO eine Aktivitätenliste für das jährliche *Partnership Cooperation Menu* eingereicht. Bei wie vielen der rund 300 Aktivitäten es sich um Kurse handelt.¹⁵⁴



Abbildung 6: *PsyOps*-Truppe des Bundesheeres

Bezüglich der eigenen Teilnahme an fremden Kursen liess sich ausschliesslich seitens der Schweiz eine Antwort finden. Das VBS schreibt auf Nachfrage von rund 200 Kursen,

¹⁴⁸ (Bundesrat, Jahresbericht 2018-2019 des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden, 2020),

(Bundesrat, Jahresbericht 2020-2021 über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden, 22. Juni 2022)

¹⁴⁹ (Bundeskanzlei, Programm für internationale Übungen der Armee 2023, 2023)

¹⁵⁰ Verbindungs- und Überwachungsteams

¹⁵¹ (Peace Support Club e.v., 2021)

¹⁵² (NATO, AAP-06 Edition 2013, 2013)

¹⁵³ (Bundesministerium für Landesverteidigung, PSYOPS-TRUPPE, 2023)

¹⁵⁴ Siehe Anhang – Korrespondenzen: E-Mail des Bundesheeres 01. September 2023

hauptsächlich in den Bereichen Streitkräfteentwicklung, Ausbildung und Rüstungskooperation.¹⁵⁵ Seitens des Bundesheeres liess sich leider keine genauere Anzahl ermitteln.¹⁵⁶

5.3.3 Zwischenfazit

Gesamtheitlich lässt sich feststellen, dass sich die Schweiz, anders als bei den Übungen oder den Missionen, klar stärker engagiert. Nicht nur durch die zweite Einrichtung in Genf, sondern auch durch die Vielfalt des Angebotes im *SWISSINT*. Man nutzt auch Standortvorteile wie die Gebirgs Erfahrung besser als Österreich und nimmt als neutraler Staat die Förderung der Menschenrechte ins Visier. Mit den *Genfer Zentren* können nicht nur direkt militärische, sondern auch grössere, politische Herausforderungen angegangen werden.

5.4 Weitere Aktivitäten

Abgesehen von diesen drei Hauptaspekten der Kooperation können Partnerstaaten, wie bereits beschrieben, vielen weiteren NATO-Aktivitäten beiwohnen.¹⁵⁷ Dazu gehören auch NATO-Treuhandfonds, die Projekte unterstützen, welche die Reform des Sicherheitssektors und die Vernichtung von jeglichen Waffen- oder Minenbeständen als Ziel haben. Österreich investierte hier unter anderem in die Minen- und Munitionsvernichtung in Albanien, Kasachstan, Montenegro, Serbien und der Ukraine.¹⁵⁸ Die Schweiz fokussierte sich neben der Verwaltung von Munitionsbeständen und sicherer Minenvernichtung auch auf Projekte, bei welchen demobilisierte Militärangehörige in die zivile Arbeitswelt wiedereingegliedert werden.¹⁵⁹ Beide Länder beteiligen sich des Weiteren am *Programm zur Verbesserung der Verteidigungsausbildung (DEEP)*, welches die Reform und Entwicklung der militärischen Bildungsinstitutionen fördert. Weltweit gibt es aktuell Projekte in 15 Ländern, welche bei dieser Entwicklung Unterstützung benötigen.¹⁶⁰ Österreich legt seinen Schwerpunkt beim Beitrag auf Initiativen zur militärischen Berufsausbildung in der Balkanregion.¹⁶¹ Die Schweiz beteiligte sich am *DEEP* im Rahmen des *Partnerschafts- Aktionsplans zum Aufbau von Verteidigungsinstitutionen (PAP-DIB)*, welcher vor allem darauf abzielte, die Korruption im Verteidigungssektor zu bekämpfen.¹⁶² Ähnliche Ansätze hat eine 2007 lancierte *Initiative zur Stärkung der Integrität (Building Integrity)*, für welche auch ein Treuhandfonds angelegt wurde. Das *Building Integrity Programm* wird unter anderem von der Schweiz mitgeführt.¹⁶³ Auch im Bereich der Forschung findet Kooperation statt. So nehmen die Schweiz und Österreich am *NATO Science for Peace and Security Programm* teil. Der Fokus der Schweiz liegt auf fortgeschrittenen Technologien zur Erkennung von Sprengstoffen, chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Bedrohungen (*CBRN-Bedrohungen*) sowie Technologien für ein geschärftes Situationsbewusstsein gegen

¹⁵⁵ Siehe Anhang – Korrespondenzen: E-Mail des VBS 23. August 2023

¹⁵⁶ Interview – Christoph Göd

¹⁵⁷ (NATO, Partnership for Peace Programme, 2023)

¹⁵⁸ (NATO, Relations with Austria, 2022)

¹⁵⁹ (NATO, Relations with Switzerland, 2021)

¹⁶⁰ (NATO, Defence Education Enhancement Programme (DEEP) , 2023)

¹⁶¹ (NATO, Relations with Austria, 2022)

¹⁶² (NATO, Relations with Switzerland, 2021)

¹⁶³ (NATO, Building Integrity, 2021), (Bundesrat, Jahresbericht 2020-2021 über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden, 22. Juni 2022)

unbemannte Luftsysteme.¹⁶⁴ Österreich spezialisiert sich ebenfalls auf die Bekämpfung von *CBRN-Bedrohungen*, beispielsweise mit der Mitentwicklung einer Sensortechnologie zum Nachweis von *CBRN-Kampfmitteln*.¹⁶⁵

¹⁶⁴ (NATO, Relations with Switzerland, 2021)

¹⁶⁵ (NATO, Relations with Austria, 2022)

6 Gründe für die Unterschiede

Als nächster Schritt gilt es zu ergründen, worin die Ursachen für die Diskrepanzen in den Kooperationen liegen könnten. Welche Voraussetzungen sind also unterschiedlich zwischen der Schweiz und Österreich? Zum einen existieren Gründe bezüglich der Neutralität der beiden Staaten. Zusätzlich gibt es aber noch andere Ursachen für die Unterschiede.

6.1 Neutralität

Sehr entscheidend für die Betrachtung des Agierens der beiden Staaten in Bezug auf die NATO sind der Ursprung und Wandel der jeweiligen Neutralität der beiden Länder. Damit kann die Intensität des Engagements mit der NATO zum Teil erklärt werden. Dabei ist grundsätzlich zu unterteilen in den neutralitätsrechtlichen und -politischen Aspekt.

6.1.1 Rechtlich

Begonnen werden soll mit den rechtlichen Unterschieden. Neutralitätsrechtlich sind die Voraussetzungen der beiden Länder nur durch das Neutralitätsgesetz Österreichs zu unterscheiden. Dieses besagt folgendes:¹⁶⁶

(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach aussen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seine Gebiete nicht zulassen.

In diesem Gesetz lässt sich kein Widerspruch zur Teilnahme an *PfP* finden. In der Verfassung der Schweiz ist die Neutralität weder im Zweckartikel noch in den Zielen der Aussen- oder Sicherheitspolitik verankert, sondern liegt bloss in den Kompetenzen des Bundesrates.¹⁶⁷ Somit ist sie nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Der Zweck wäre die Sicherheitsgewährleistung des Landes.¹⁶⁸ Ansonsten gelten für beide Länder die *Haager Friedenskonventionen*. Diese verbieten ausschliesslich die Unterstützung von kriegführenden Mächten. Die Rechtslage stellt somit (wie bereits im Kapitel 4.4 dargelegt) kein Problem bei der Teilnahme bei *PfP* dar, weil es sich bei der NATO um keine kriegführende Macht handelt. Dieses *Haager Recht* gilt allerdings nur auf einen Konfliktfall bezogen, wie Professor Senn erklärt: «Für beide Staaten, für Österreich und die Schweiz, wäre im Konfliktfall, weil sie permanent neutrale Staaten sind, das *Haager Recht* relevant. [...] Der wesentliche Unterschied ist, dass in der Schweiz die Neutralität nicht direkt rechtlich festgehalten ist»¹⁶⁹ Es gilt also für beide Staaten im Prinzip dieselbe Spielregel. Bei der Schweiz ist bloss nirgends rechtlich verankert, ob sie überhaupt Spieler im Sinne eines neutralen Staates ist. Die Verpflichtung der Schweiz zur immerwährenden Neutralität durch den *Wiener Kongress* 1815 kann durch die neuen Rahmenbedingungen in Europa

¹⁶⁶ (Hipold, 2023), S. 270

¹⁶⁷ (Hipold, 2023), S. 282

¹⁶⁸ Interview – Thierry Burkart

¹⁶⁹ Interview – Martin Senn

kaum noch als gültig angesehen werden.¹⁷⁰ Die Schweiz dürfte also auch zum jetzigen Zeitpunkt rechtlich entgegen dem handeln, was rechtlich als neutral gilt. Österreich könnte sein Neutralitätsgesetz jederzeit aufheben, ist also auch international in keiner Weise dazu verpflichtet.¹⁷¹

6.1.2 Politisch

Auf den rechtlichen Teil folgt der politische Blickwinkel. Die Neutralitätspolitik hat, anders als das Neutralitätsrecht, klare Auswirkungen auf die Intensität des Engagements. Dies ist eindeutig ersichtlich am erwähnten Beispiel des schweizerischen Truppenabzugs aus der *ISAF*. Beim politischen Aspekt ist logischerweise auch grob der geschichtliche Hintergrund zu beachten.

Als Erstes ist anzuführen, dass die Schweiz ihre Neutralität bereits weitaus länger praktiziert als Österreich. Die Neutralität wurde u.a. im Tagsatzungsbeschluss von 1674 erstmals erwähnt und der Schweiz später beim *Wiener Kongress* 1815 auch von den europäischen Grossmächten zugeschrieben (was aber rechtlich, wie im vorherigen Kapitel beschrieben, keinen eindeutigen Bestand mehr hat). Somit entstand in der Schweiz eine lange, traditionelle Verbundenheit zur Neutralität. Österreich kam erst 1955 zu seiner Neutralität. Diese war Bedingung für den Abzug der Besatzungstruppen nach dem Zweiten Weltkrieg und somit der vollen Souveränität Österreichs. Insbesondere die Sowjetunion war stark an der österreichischen Neutralität interessiert, da man einen Anschluss an die NATO fürchtete. Im *Moskauer Memorandum* vom April 1995 wurde stipuliert, dass Österreich sich verpflichtet: «immerwährend eine Neutralität der Art zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird». Das österreichische Neutralitätsgesetz aus dem Oktober selbigen Jahres ist, wie im vorherigen Abschnitt zu sehen, sehr kompakt gehalten. Die österreichische Neutralitätsauffassung durchlief nach dem Ende des Kalten Krieges einen starken Wandel. Man sah die Neutralität nach der Auflösung des Ost-West-Konfliktes als eine kleinere Notwendigkeit und reduzierte die eigentliche Neutralitätspolitik auf die im Neutralitätsgesetz verankerten Punkte: Nichtteilnahme an Kriegen, die Allianzfreiheit und das Stützpunktverbot.¹⁷³ Eine komplette Abkehr von der Neutralität wollte man jedoch vermeiden. Dafür gab es verschiedene Gründe. Zum Teil lag dies am Nachhallen des Kalten Krieges, welches noch sehr tief in der Bevölkerung verankert war. Ein weiterer Faktor war das Vorgehen der NATO im Kosovo, welches ein stark negativ geprägtes Bild der NATO erzeugte und somit eher den Glauben an die Neutralität stärkte. Auch entscheidend war, dass in der österreichischen Umgebung durchaus Konflikte existierten, beispielsweise die Balkankriege. Hier war es von Vorteil, unparteiisch zu sein.¹⁷⁴

Professor Gerhard Mangott kritisiert jedoch diese Hoffnung, sich durch Unparteilichkeit zu schützen. Insbesondere problematisch sei die Transparenz der Regierung gegenüber der Bevölkerung in Bezug auf die erlangte Sicherheit durch den neutralen Status. Dieser werde von der Regierung beinahe euphemistisch als Schutz vor jeglicher Involvierung in Konflikte dargestellt, was geschichtlich hinreichend widerlegt sei. Dieses Problem der Ehrlichkeit mit den Bürgern sieht er nicht nur bei Österreich, sondern bei allen Regierungen neutraler Staaten. Zusätzlich sei aber im Falle von Österreich das Narrativ, man habe die Neutralität aus freien Zügen gewählt, nach wie vor Programm der Regierung, wenngleich sie de facto in erster Linie

¹⁷⁰ (Hipold, 2023), S. 281

¹⁷¹ Interview – Gerhard Mangott

¹⁷³ (Schaub, 1995), S. 35

¹⁷⁴ Interview – Martin Senn

Bedingung zum Abzug sowjetischer Besatzung und damit zur Unabhängigkeit darstelle. Ausserhalb der österreichischen Bevölkerung habe die globale Perzeption der österreichischen Neutralität gerade durch den EU-Beitritt definitiv Schaden genommen. (Dazu mehr in Kapitel 6.1.2).¹⁷⁵ Der österreichische Publizist Robert Misik schrieb dazu 2022: «Hatten wir früher Neutralitätspolitik, sind wir heute neutral, aber ohne Politik.»¹⁷⁷ Eine weitere Schwierigkeit liegt auch darin, dass die Thematik beziehungsweise Problematik in der österreichischen Bevölkerung wenig behandelt wird.¹⁷⁸ Entscheidend dafür ist die Tatsache, dass die österreichische Politik die Neutralität auch nicht zum Thema machen möchte. So kann in der Bevölkerung der Glaube aufrechterhalten werden, durch die Neutralität geschützt zu sein.¹⁷⁹ Es herrscht also kein wirkliches Bewusstsein über die eigentliche globale Auffassung zum neutralen Status Österreichs.

Das schweizerische Neutralitätsbild hätte hingegen weniger Schaden erlitten, meint Mangott. So sei der neutrale Status der Schweiz in der globalen Wahrnehmung weniger angetastet als jener Österreichs, was auch am längeren Bestehen und der damit verankerten Tradition liege.¹⁸⁰ Auch Burkart betont, die Schweiz lebe ihre Neutralität gerade zur jetzigen Zeit enorm dogmatisch, unter Miteinbezug der Vergangenheit, wo man die Neutralität oft als flexibleres Instrument gehandhabt habe. Die Neutralität sei kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Der Zweck wäre die Sicherheit unseres Landes. Speziell verwies er auf die Bereitschaft, sich auf Bedrohungen in Koordination mit europäischen Partnern vorzubereiten, so wie es die Armee schon unter General Guisan im Zweiten Weltkrieg in Form der *Operation H* tat, welche im Falle eines deutschen Angriffs eine gemeinsame Verteidigungsstrategie mit Frankreich vorsah. Um nichts anderes handle es sich bei der Thematik der NATO: Man müsse im Falle eines Angriffs fähig sein, mit NATO-Streitkräften effektiv kämpfen zu können.¹⁸¹ Es ist aber auch zu spüren: Das Thema NATO und Neutralität ist in der Schweiz weitaus heikler als in Österreich. Daher wird es auch ausführlicher diskutiert: Im Schweizer Parlament gab es bereits mehrere Interpellationen und Postulate an den Bundesrat, bei welchen die Kooperation mit der NATO kritisch hinterfragt wurde.¹⁸² Österreichs Bundesregierung möchte die Neutralität erst gar nicht zum Thema machen. Diese beiden unterschiedlichen Vorgehensweisen widerspiegeln sich besonders in der Kommunikation zu Aktivitäten im Rahmen von *PfP*. Während die Österreichische Bundesregierung diese geheim hält, wird in der Schweiz jedes Jahr ein ausführlicher Bericht abgelegt. Zusammengefasst: In der Schweiz wird sehr kritisch über Neutralitätsfragen diskutiert, in Österreich werden diese schlichtweg vermieden.

6.2 Andere Erklärungsmöglichkeiten

Abgesehen von der Neutralität lassen sich auch andere Erklärungsansätze für eine engere NATO-Kooperation finden: Zum einen die Europäische Union, wo Österreich im Gegensatz zur Schweiz Mitglied ist. Zum anderen die unterschiedliche Wehrfähigkeit der beiden Länder. Es werden aber auch Gründe für spezifische Teilbereiche der Kooperation ermittelt.

¹⁷⁵ Interview – Gerhard Mangott

¹⁷⁷ (Misik, 2022)

¹⁷⁸ Interview – Martin Senn

¹⁷⁹ Interview – Philipp Eder

¹⁸⁰ Interview – Gerhard Mangott

¹⁸¹ Interview – Thierry Burkart

¹⁸² (Stamm & Der Bundesrat, 2014), (Reimann & Der Bundesrat, 2009), (Baumann & Der Bundesrat, 2004), (Reimann & Der Bundesrat, 2017)

6.2.1 Europäische Union

Eine mögliche Begründung wäre die EU-Mitgliedschaft Österreichs. Der Beitritt Österreichs zur EU hatte jedoch eher wirtschaftliche Hintergründe und war weniger auf militärische Aspekte ausgelegt. Allerdings war er der Ursprung für eine Einschränkung der Neutralität, welcher Brüssel eher skeptisch gegenüberstand. Diese Einschränkung war schlussendlich Bedingung für den EU-Beitritt. Erste Reaktion war der Artikel 23 J in der österreichischen Bundesverfassung, welcher besagt, man nehme an der gemeinsamen Auslandssicherheitspolitik der EU teil. Beim Vertrag von Lissabon wurde Österreich im Artikel 42.7 zudem offiziell zum Beistand gegenüber EU-Staaten im Kriegsfall verpflichtet. Es gäbe dafür zwar in der Theorie die irische Klausel, mit welcher sich neutrale Staaten von dieser Pflicht entbinden könnten, doch ob auf diese zurückgegriffen würde, ist fragwürdig, da man sich damit umgekehrt den Beistand der EU-Staaten verspielen würde.¹⁸³ EU und NATO können in Bezug auf Neutralitätspolitik nicht immer isoliert betrachtet werden. Es erfolgt durch die militärische Annäherung an EU-Staaten zwangsläufig auch eine Annäherung an NATO-Staaten, da ein Grossteil der EU-Staaten Teil der NATO ist. Brigadier Eder betonte zudem, dass Österreich durch die EU-Mitgliedschaft sehr «militärisch eng» mit vielen NATO-Staaten geworden ist.¹⁸⁴ So hat die EU auch einen Grossteil der Capability Codes and Statements für Truppeneinheiten übernommen.¹⁸⁵ Die EU spielt also mit Sicherheit eine entscheidende Rolle für die militärische Ausrichtung Österreichs.

6.2.2 Armeestärke

Die Stärke der Armeebestände könnte natürlich ebenfalls als naheliegender Faktor für militärische Kooperation gewertet werden. Bekannterweise hielt die Schweiz lange das Bild des souveränen, sich selbst verteidigenden, tapferen Landes hoch. Dementsprechend lag das Militärbudget weit höher als in Österreich.¹⁸⁶ Der Chefredaktor der österreichischen Ausgabe der ZEIT bezeichnete die Schweizer Armee im Vergleich mit der österreichischen schon als eine «US-Army».¹⁸⁷ So gab es auch das schöne Zitat: «Die Schweiz hat keine Armee, die Schweiz ist eine Armee.» Bei einer genauen Betrachtung hat die Schweiz im Jahre 2022 allerdings mit einem Wehretat von 0.8% des BIP keine Ansprüche mehr auf die Illusion einer Selbstverteidigungsfähigkeit.¹⁸⁸ Der Ansatz, die Schweiz kooperiere weniger mit der NATO, da sie selbst bereits eine so starke Verteidigungsfähigkeit erlangt hat, ist also falsch. Ausserdem können für den Neutralitätsexperten Martin Senn die Armeebestände nicht direkt als Begründung für die engere Zusammenarbeit gesehen werden. Sie sind eher als Folge der gewählten Neutralitätspolitik zu werten. Die Schweiz vertrat stets eher die Ansicht, Neutralität mit Waffengewalt verteidigen zu müssen, um sie glaubwürdig zu gestalten. Daher wurden auch die Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit im Vergleich zu Österreich höher gehalten. Österreich förderte für diese Glaubwürdigkeit hingegen eher das Mittel der internationalen Kommunikation als die militärische Dimension.¹⁸⁹ Es handelt sich dabei also eher um eine Frage der Mentalität. Somit sind die Armeebestände nicht verantwortlich für einen Unterschied in der Kooperation – zumindest nicht direkt. Der Aufbau der Armee spielt nämlich eine wichtige Rolle. Die Ursache liegt im

¹⁸³ Interview – Martin Senn

¹⁸⁴ Interview – Philipp Eder

¹⁸⁵ Interview – Christoph Göd

¹⁸⁶ Interview – Philipp Eder

¹⁸⁷ (Jacobsen, Gasser, & Daum, 2022)

¹⁸⁸ (Hipold, 2023), S. 283

¹⁸⁹ Interview – Martin Senn

schweizerischen Milizsystem, welches nur sehr wenig Berufsmilitärpersonal beinhaltet. beschränkt sich auch die Verfügbarkeit von Truppen für Auslandseinsätze massiv. Österreich hat ebenfalls ein Milizsystem, jedoch ist der Berufskaderanteil immens grösser.¹⁹⁰ Auch als Grund für die Ausschliesslichkeit von Luft- und Cyberübungen nennt das VBS auf Nachfrage den hohen Milizanteil in der Armee. So ist es mit Berufssoldaten, insbesondere mit der Luftwaffe, einfacher an Manövern teilzunehmen. Langfristig könnten allerdings auch Milizverbände in Betracht gezogen werden.¹⁹¹ Das Milizsystem liefert aber auch Vorteile durch grosses Know-how. Dadurch ist das schweizerische Kontingent (insbesondere ab 2024) etwas diverser als das österreichische. Es enthält beispielsweise ein medizinisches Team und einen Pionierzug für Bauprojekte.

6.2.3 Ursachen spezifisch bezüglich des Bereichs der friedensunterstützenden Operationen

Es existieren auch Gründe, welche nur einzelne Aspekte der Kooperation betreffen.¹⁹² Bei den *friedensunterstützenden Operationen* zeigte sich eine stärkere Präsenz Österreichs auf dem Balkan. Oberstleutnant Göd betonte, dass der Balkan ein Schwerpunktgebiet der österreichischen Aussenpolitik sei und man sich auch dementsprechend dort engagieren möchte.¹⁹³ So ist auch die Vertretung bei Missionen auf dem Balkan immer sehr hochgehalten worden, sowohl bei NATO-geführten Missionen als auch bei Missionen der EU (*EUFOR*).¹⁹⁴ Im Falle von Bosnien war zudem entscheidend, dass die Schweiz rechtlich gar nicht die Möglichkeit hatte, sich bei der *IFOR* zu beteiligen. Dies, weil laut *Rules of Engagement* nur bewaffnete Truppen gestattet waren. Österreich hatte mit dem *Entsendegesetz* (Bundesverfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen) eine Grundlage zur Teilnahme. Dieses Gesetz existiert seit 1965 und wurde 1997 mit dem *verbesserten Entsendegesetz* erneuert.¹⁹⁵

6.2.4 Ursachen spezifisch bezüglich des Bereichs der Übungen:

Brigadier Eder sieht zudem einen ausschlaggebenden Faktor darin, dass die potenzielle Bedrohung für die Schweiz durch Bodentruppen, welche etwa von Russland aus mehrere NATO-Staaten durchdringen müssten, weitaus geringer ist als durch Cyber- oder Luftangriffe. Zudem sei Luftverteidigung eine Aufgabe, welche man nur im europäischen Kollektiv angehen könne.¹⁹⁶ In Sachen Cyberübungen lässt sich ein weiterer Punkt vermuten: Die Schweizer Regierung hat weniger Bedenken, bezüglich ihrer Neutralitätspolitik. Denn Bedrohungen wie Hackerangriffe lassen sich eher als internationalen Terrorismus betrachten, der im Kollektiv bekämpft werden muss. Bei Hackerangriffen kann sich jeder Bürger als direkt betroffen sehen und wird deren Bekämpfung befürworten.

Die Absenz von NATO-Übungen auf schweizerischem Staatsgebiet liegt mitunter an mangelndem Gelände. Dies betrifft vor allem Artillerieübungen, wo grosse Flächen benötigt werden,

¹⁹⁰ Interview Philipp Eder

¹⁹¹ Siehe Anhang: E-Mail des VBS vom 06. November 2023

¹⁹² Für den Bereich der Kurse wurden keine expliziten Ursachen gefunden. Eine Vermutung wäre allerdings, dass sich beim Wissensaustausch weniger neutralitätspolitische Konflikte ergeben. Dadurch wäre die Schweiz weniger gehemmt stärker beizutragen.

¹⁹³ Interview – Christoph Göd

¹⁹⁴ Interview – Philipp Eder

¹⁹⁵ (Österreich: 60 Jahre Teilnahme an internationalen Einsätzen, 2020)

¹⁹⁶ Interview – Philipp Eder

um etwa eine ganze Panzerdivision aufzufahren.¹⁹⁷ Die dichte Besiedlung ist auch ein Hindernis bei Übungen der Luftwaffe, da Rücksicht auf die Lärmbelastung der Bevölkerung genommen werden muss. Dazu kommen der dichte Flugverkehr über der Schweiz und strenge rechtliche Auflagen, bei welchen nicht auf international gültigen Standards trainiert werden kann. Diese Auflagen betreffen vor allem Höhen- und Geschwindigkeitslimits, die Anzahl Flugbewegungen auf den Flugplätzen und eingeschränkte Flugbetriebszeiten.¹⁹⁸

6.3 Zwischenfazit

Für eine bessere Einordnung soll auch aus den Ursachen für die Unterschiede ein Zwischenfazit gezogen werden. Wenngleich die rechtlichen Rahmenbedingungen der beiden Staaten nur in einem Punkt voneinander abweichen (und Österreich sogar Neutralität nach Schweizer Muster anstrebte), ist die Umsetzung der Neutralitätspolitik klar differenzierbar. Während sich Österreich möglichst schnell der Weltpolitik öffnen wollte, blieb die Schweiz beharrlicher beim Image als neutraler Staat. Gerade die Mitgliedschaft in der EU lässt das Zugehörigkeits- und Solidaritätsgefühl Österreichs zur internationalen Gemeinschaft stark wachsen. Rechtlich gesehen ist die Neutralität zwar eigentlich tiefer in Österreich verankert, jedoch wurde sie durch den Vertrag von Lissabon auch rechtlich eingeschränkt. Was aber in der Praxis die grössten Auswirkungen hat: Die Neutralität scheint tiefer in der schweizerischen Mentalität zu liegen als in jener Österreichs. Innenpolitisch ist die Verankerung der Neutralität in der Bevölkerung sozusagen eine Fettnapf. Signalisiert die Regierung beispielsweise enge Kooperation mit der NATO, so kann dies zu Unmut im Volk führen. Dies ist durchaus ein Erklärungsansatz in Bezug auf den Rückzug der *ISAF*-Truppen oder der Deklaration von *PfP*-Übungen. Selbstverständlich gibt es solche Risiken auch in Österreich, jedoch ist die Tradition der Neutralität weniger tief im Selbstbild der Österreicher integriert. Das liegt auch daran, dass das Thema Neutralität von der österreichischen Politik generell lieber vermieden wird. Das zeigt sich an mehreren Stellen: Wie in 5.2.1 erläutert, scheut die Österreichische Bundesregierung, gemeinsame Übungen als *PfP*-Übungen anzuerkennen und hält auch seine Aktivitätenliste für das *PMC* geheim. Neben der Neutralität folgt das schweizerische Milizsystem als zweiter grösserer einschränkender Faktor für die Schweiz. Umgekehrt führt der Beitritt zur EU zu einer stärkeren militärischen Nähe Österreichs zu vielen NATO-Staaten.

¹⁹⁷ Interview – Thierry Burkart

¹⁹⁸ (SAMedia GmbH, 2023)

7 Ausblick

7.1 Trend und Zukunft der schweizerischen Sicherheitspolitik in Bezug auf die NATO

Bevor ein endgültiges Schlussfazit gezogen wird, soll dargelegt werden, was die neuesten Entwicklungen der schweizerischen Sicherheitspolitik in Bezug auf die NATO sind, und wohin der Weg zeigen könnte. Darauf können sowohl landesinterne sowie -externe Faktoren Einfluss haben. Am *World Economic Forum* im Mai 2022 brachte der damalige Bundespräsident Ignazio Cassis das Konzept beziehungsweise die Begrifflichkeit der «Kooperativen Neutralität» auf. Die Schweiz sei kooperativ als neutrales Land, welches sich für die Sicherung eigener und gemeinsamer Friedensbemühungen einsetze.¹⁹⁹ Wie stark er in dieser Aussage politische Kooperation oder militärische Kooperation etwa im Rahmen von *PfP* beabsichtigte, bleibt jedoch offen. Obwohl zugegebenermassen im Kontext des *WEF* Ersteres naheliegender erscheint. Ähnlich brisant war wiederum der Neutralitätsbericht des (von Cassis geleiteten) Aussendepartements vom Juli 2022, wo sogar die Beteiligung an Art. 5-Übungen vorgeschlagen wurde, also an Manövern, bei welchen für den Bündnisfall nach NATO-Artikel 5 mit zwingender Beistandspflicht geprobt wird.²⁰⁰ Im Bericht des Bundesrates aus dem Oktober 2022 zur *Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik* wird beschrieben: «Neutralitätsrechtlich steht einer engeren Zusammenarbeit mit der NATO oder der EU nichts entgegen. [...] Konkrete Vorhaben zur Teilnahme an Übungen und Einsätzen müssen in jedem Fall aus Neutralitätssicht genau geprüft werden.» Der Schweiz stehe es im Angriffsfall frei, mit anderen Staaten oder Bündnissen zu kooperieren. Dafür müsse die Armee aber auch international interoperabel sein.²⁰¹ Dies sei bereits der Fall, hatte Verteidigungsministerin Viola Amherd im Mai bereits betont. Der Kauf des F-35 leiste einen wichtigen Beitrag dazu, denn auch viele europäische Länder haben sich diesen bereits angeschafft oder werden dies noch tun.²⁰² Durch den F-35-Kauf orientiert sich die Schweiz auch klar in Richtung Amerika und nicht Europa, wo Deutschland, Italien oder Österreich auf den Eurofighter setzen.²⁰³ All dem ist zu entnehmen, dass die Schweiz durchaus eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit der NATO anstrebt und dies auch langfristig planen möchte. Thierry Burkart erwähnte diesbezüglich, NATO-Generäle hätten ihm mehrfach bestätigt, man wäre sehr interessiert am Know-how, welches die Schweiz einbringen könnte. Die Schweiz habe durch ihr Milizarmeesystem, da Soldaten durch ihren Beruf spezialisiert seien, den Vorteil von sehr hoher Expertise in vielen Fachbereichen, von welcher man gerne profitieren würde. Die NATO würde Wünsche der Schweiz gerne in die Kooperation miteinbeziehen. Dafür müsste sie diese aber auch konkret kennen. Die Schweizer Regierung müsse sich laut Burkart zwangsläufig mit einer klaren Deklaration der neutralitätspolitischen Ziele annehmen, anstatt um diese Frage herum zu mäandrieren. Denn neutralitätsrechtlich ist der Handlungsspielraum theoretisch kaum begrenzt, solange es sich bei der NATO nicht um eine offizielle Kriegspartei handelt. Gerhard Mangott brachte an, die Ausgangssituation für neutrale Staaten werde durch die geopolitischen Bedingungen wie die Konfrontation Russlands mit dem Westen zunehmend schwieriger. Der Druck, sich zu positionieren, aber auch seine Verteidigungsvorsorge durch Übungen mit der NATO auszubauen,

¹⁹⁹ (Washington, 2022)

²⁰⁰ (Rhyn, 2022)

²⁰¹ (Bundesrat, Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik, 26. Oktober 2022)

²⁰² (Roth, 2022)

²⁰³ Interview – Brigadier Eder

steige.²⁰⁴ Burkart wiederum verspürt keinen wirklichen Druck seitens der NATO, sondern eher das Gefühl, man würde eine ausgeweitete Zusammenarbeit begrüßen.²⁰⁵ Faktisch ist jedoch noch keine deutliche Kommunikation für die Umsetzung des neutralitätspolitischen Konsenses bezüglich der NATO-Zusammenarbeit erfolgt.²⁰⁶

Es ereignete sich jedoch bereits ein wichtiger Schritt zur gemeinsamen Zielsetzung mit der NATO und damit in die richtige Richtung für eine Festlegung der Neutralitätspolitik: Die NATO schloss mit der Schweiz und Österreich dieses Jahr erstmals ein *Individually Tailored Partnership Programme (ITPP)* ab. Dabei handelt es sich um die erneuerte Form des *individuellen Partnerschafts- und Kooperationsprogramms (IPCP)*. Darin werden erstmals konkrete Ziele zur Zusammenarbeit festgehalten. Verpflichtend wird das Programm aber nach wie vor nicht sein.²⁰⁷ Im September dieses Jahres veröffentlichte das Generalsekretariat des VBS bereits ein Faktenblatt zu den *Zielsetzungen der Kooperation zwischen der Schweiz und der Nato für 2023 und 2024*. Darin wurde in 29 Punkten offengelegt, wo die Schweiz ihre Zukunft mit der NATO sieht. Die Hauptthemen sind folgende:

- Weitere strategische Annäherungen in Form von Dialog, Interoperabilität und Zusammenarbeit in «zukünftigen Bereichen von gemeinsamem Interesse»
- Humanitäres Engagement
- Beitrag und Ausbildung für *friedensunterstützende Operationen*
- Stärkung der eigenen militärischen Fähigkeiten, beispielsweise Cyberabwehr oder Spezialkräfte

Es wurde allerdings in diesem Dokument nicht mit einem Wort die Neutralität der Schweiz erwähnt. Ob diese Thematik also mit der NATO geklärt wurde, ist nicht abschliessend zu beantworten. Der einzig auffällige Punkt bezüglich der Neutralität ist Ziel 11: *Beitrag kampfunterstützender Elemente zu Einsätzen der militärischen Friedensförderung*. Dabei stellt sich klar ein Widerspruch zum bisherigen Credo, sich nicht an Friedenserzwingung zu beteiligen. Grosse Veränderungen zur bisherigen Kooperation lassen sich in diesem Faktenblatt ansonsten nicht finden.²⁰⁸ Das Bundesheer erläuterte zu *ITPP*, die NATO sei aufgrund der letzten Entwicklungen und dem 360° Ansatz der NATO vermehrt an individuellen Partnerschaften interessiert, die nach dem Prinzip *One Partner, One Plan* maximalen Nutzen für Organisation und Partner bringen würden. Brigadier Eder vermutet, dass das Hauptinteresse der NATO künftig darauf liegt, genau Bescheid zu wissen, mit wie vielen Soldaten sich ein Partnerstaat an NATO-geführten Missionen beteiligen kann. Dies soll im *ITPP* daher wahrscheinlich festgelegt werden.²⁰⁹ Im Faktenblatt findet sich darüber zwar nichts, jedoch ist auch nicht klar, ob im Faktenblatt der gesamte Inhalt des *ITPP* publiziert wurde.

²⁰⁴ Interview – Gerhard Mangott

²⁰⁵ Interview – Thierry Burkart

²⁰⁶ Interview – Thierry Burkart

²⁰⁷ Siehe Anhang: Anhang im E-Mail des Bundesheeres 01. September 2023, E-Mail des VBS vom 06. November 2023

²⁰⁸ (Generalsekretariat VBS, Faktenblatt: Zielsetzungen der Kooperation zwischen der Schweiz und der Nato für 2023 und 2024, 2023)

²⁰⁹ Interview – Philipp Eder

Ein Signal gegen engere Kooperation erhielt die Schweiz allerdings direkt von ganz oben, nämlich von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Dieser teilte im März dieses Jahres nach einem Treffen mit Bundesrätin Viola Amherd mit, mehrere Verbündete hätten Vorbehalte, da die Schweiz ihnen die Munitions-wiederausfuhr an die Ukraine verbiete.²¹⁰ Hier zeigt sich, wie verflochten die Zusammenhänge der Neutralitätspolitik sein können. Partnership for Peace lässt sich nicht als vollkommen isolierter Faktor im schweizerischen Verhältnis mit der NATO betrachten.



Abbildung 7: NATO-Generalsekretär und VBS-Chefin Viola Amherd beim Treffen im NATO-Hauptquartier im März 2023

Ebenfalls ausschlaggebend für die Zukunft der schweizerischen NATO-Kooperation könnte die Wichtigkeit des *PfP*-Programmes für die NATO sein. Wie in 5.3 erörtert, rechnet die NATO dem *PfP*-Programm keine grosse Bedeutung mehr zu. Selbst die Vereinigung der Schweizerischen Nachrichtensoffiziere schrieb bereits 2016: «Die *PfP* ist im sicherheitspolitischen Umfeld der NATO, wie es sich 2016 präsentiert, ein bedeutsames, aber aufgrund ihres Entstehungskonzepts anfangs der 1990er Jahre nicht mehr zukunftsweisendes Partnerschaftsformat.»²¹¹ Ein Lösungsansatz wäre hier, stärker bilaterale Wege zu suchen. Dies geschieht bereits, beispielsweise zwischen der Schweiz und Österreich.²¹² Ein Punkt, welcher im Blick auf die Zukunft häufig aufkommt, ist das Risiko der geschaffenen Abhängigkeit (siehe Kapitel 4.3). Hierzu meint Burkart, kooperieren dürfe nicht heissen, sich auszuliefern. Jedoch dürfe nicht ausgeblendet werden, dass die Schweiz in den letzten 30 Jahren ihre Verteidigungsfähigkeit unter der Friedensdividende stark eingeschränkt habe und diese Lücke somit kurzfristig nicht allein schliessen könne. Langfristig sollte man sich seiner Meinung nach aber darum bemühen. Trotzdem sei die Schweiz bei Bedrohungen grösserer Dimensionen wie Satellitenüberwachung oder Langstreckenraketen als Kleinstaat gar nicht im Stande, diese allein zu bewältigen.²¹³ Eine weitere Option zum Ausbau der Beziehungen mit der NATO wäre der Status als *Enhanced Opportunities Partner (EOP)*. Zu diesem wäre die Schweiz durch ihre Teilnahme an der *Partnership Interoperability Initiative (PII)* seit 2014 berechtigt. In der *PII* befinden sich 22 Staaten, die daran interessiert wären, die Zusammenarbeit mit der NATO als *Enhanced Opportunities Partner* auszuweiten. *EOP* würde weitere Möglichkeiten, wie regelmässige politische Konsultationen zu Sicherheitsthemen oder den genaueren Informationsaustausch mit der NATO ermöglichen. Für diesen engeren Kreis der *EOP* wurden bis jetzt nur fünf Nationen ausgewählt (davon zwei mittlerweile beigetreten).²¹⁴

Zur Abrundung des Gesamtbildes soll noch kompakt die Stimmung in der Bevölkerung untersucht und verglichen werden, da auch diese eine Wirkung auf das politische Vorgehen haben kann. Im März 2023 stimmten in der jährlichen Sicherheitsstudie des *ETH-Center for Security Studies (CSS)* mit 55% der Teilnehmer eine knappe Mehrheit für eine Annäherung zur NATO. 91% der Befragten stimmten für den Beibehalt der Neutralität. Dies erscheint zwar als ein hoher

²¹⁰ (Nato dämpft Schweizer Erwartungen an Teilnahmen bei Übungen, 2023)

²¹¹ (Büchi, 2016)

²¹² Interview – Philipp Eder

²¹³ Interview – Thierry Burkart

²¹⁴ (NATO, Partnership Interoperability Initiative, 2023)

Wert, jedoch sank die Zustimmung damit um sechs Prozentpunkte zum Januar des Vorjahres.²¹⁵ In diesem Vorjahr war der Wert bei der Nachbefragung zur Sicherheitsstudie im Juli 2022 zwischenzeitlich sogar auf 89% gefallen. Die Ursache dafür lag im Ausbruch des Ukraine-Krieges.²¹⁶ Wie stark die Bevölkerung in Zukunft an der Neutralität festhalten möchte, wird sich zeigen. Ein entscheidender Wendepunkt wäre die Abstimmung zur *Neutralitätsinitiative*. Diese wurde im Herbst 2022 lanciert und müsste spätestens bis zum 8. Mai 2024 100'000 Unterschriften erhalten, um vor die Urne zu kommen.²¹⁷ Im Vorschlag, welcher der Bundeskanzlei aktuell vorliegt, steht folgende Verfassungsänderung:²¹⁸

Art. 54a Neutralität

Die Schweiz ist neutral. Sie verfolgt den Grundsatz der immerwährenden bewaffneten Neutralität.

Art. 58

Die Armee leistet Einsätze im Ausland ausschliesslich im Rahmen der Katastrophenhilfe.

Besonders der zweite Punkt hätte gravierende Auswirkungen auf das Engagement im Rahmen von *PfP*. Ob ein Einsatz im Kosovo zum jetzigen Zeitpunkt als Katastrophenhilfe gelten würde, ist unklar. Trainings im Ausland wären ebenfalls nicht mehr möglich, falls diese als «Einsätze» definiert würden.

Die grundsätzlichsste Frage, welche man sich in meinen Augen als Schweizer Regierung stellen muss, ist folgende: Möchte man gegenüber der NATO weiterhin bloss als friedlicher Wissensvermittler und gelegentlicher Unterstützer bei internationalen Einsätzen fungieren oder will man für den Fall einer kollektiven Bedrohung Europas die nötige Interoperabilität haben, um sich im Verbund wehren zu können? Will man bloss präventiv mithelfen, internationale Stabilität zu schaffen, damit es hoffentlich nie zur Bedrohungslage kommt? Oder möchte man sich selbst auch für den tatsächlichen Bedrohungs- bzw. Angriffsfall vorbereiten? Es ist, wie Professor Mangott erläuterte, zwar ein Dilemma, aber eine Werteentscheidung, welcher man nicht entkommen kann.²¹⁹ Die Chance für eine solche tatsächliche internationale Bedrohung mag zwar klein sein. Doch allein das Stichwort *Cyberangriffe* legt offen, wie stark die Schweiz schon heute auf internationale Zusammenarbeit angewiesen ist. Sicherlich nicht zielführend ist es, Interoperabilität mit der NATO zu skandieren, ohne jemals an einer NATO-Bodentruppenübung teilgenommen zu haben. Es muss nicht eine absolute Solidarität mit der NATO bekundet werden und an jeder neutralitätspolitisch fragwürdigen Abschreckungsübung an der baltischen Ostgrenze teilgenommen werden. Jedoch ist es für alle Parteien hilfreich, wenn die Schweiz klar kommuniziert, was sie von der Zusammenarbeit mit der NATO möchte. Dies geschah zu

²¹⁵ (Generalsekretariat VBS, BABS - Bundesamt für Bevölkerungsschutz, & Gruppe Verteidigung, Studie «Sicherheit 2023»: knappe Mehrheit für Nato-Annäherung – kritischere Bewertung der Neutralität, 2023)

²¹⁶ (Generalsekretariat VBS & Gruppe Verteidigung, Nachbefragung «Sicherheit 2022»: Kritischere Betrachtung der Neutralität, grösserer Pessimismus und stärkere Befürwortung der Armee infolge des Krieges in der Ukraine, 2022)

²¹⁷ (SRF, Darum geht es bei der Neutralitätsinitiative, 2022)

²¹⁸ (Bundeskanzlei, Eidgenössische Volksinitiative 'Für eine neutrale weltoffene und humanitäre Schweiz (Neutralitätsinitiative)', 2023)

²¹⁹ Interview – Gerhard Mangott

einem Teil im *ITPP*. Wie man in Sachen Neutralität mit der NATO verweilen möchte, blieb dabei aber aus.

7.2 Fazit - Das Potential der Schweiz im Rahmen von Pfp

Zum Schluss der Arbeit sollen die gesammelten Erkenntnisse noch einmal resümiert werden. Grundsätzlich muss als Erstes klargestellt werden, dass *Pfp* keine Verteidigungsorganisation im eigentlichen Sinne ist. *Pfp* war dafür gedacht, den Weg in eine solche Verteidigungsorganisation, nämlich die NATO zu ebnen. Das Programm hat für die NATO durch den Beitritt der meisten Mitgliedschafts-Aspiranten an Bedeutung verloren und ist selbst laut schweizerischen Militärvertretern nicht mehr zukunftsfähig. *Pfp* ist auch nicht der entscheidende Faktor für europäische Sicherheit. Das Programm ermöglicht in erster Linie Partnerstaaten eine Aufwertung der eigenen Verteidigungsfähigkeit durch Know-how und internationale Interoperabilität. Zusätzlich können potentielle Sicherheitsrisiken aus der Ferne bekämpft werden, indem man sich an Missionen in den Krisenregionen beteiligt. *Pfp* bringt aber den Vorteil, dass NATO-Standards etabliert werden können, und vereinzelt klassifizierte Dokumente der NATO mit Partnerstaaten geteilt werden. *Pfp* beruht stark auf der Freiwilligkeit der teilnehmenden Staaten und überlässt jedem Partnerstaat frei, wo er seine Schwerpunkte in der Kooperation setzen möchte. Somit besteht per Definition kein Konflikt zwischen *Pfp* und dem Neutralitätsrecht. Neutralitätspolitisch hingegen stellten sich in der Vergangenheit jedoch deutliche Herausforderungen. Diese Herausforderungen lassen sich zumindest im Falle der Schweiz aufzeigen.

Die Fragestellung der Arbeit lautete:

Wie engagiert kooperiert die Schweiz verglichen mit Österreich mit der NATO im Rahmen des Pfp (Partnership for Peace)-Programms?

Für eine differenzierte Beantwortung der Fragestellung sollen, alle drei Hauptteilbereiche und der Nebenbereich der Aktivitäten einzeln verglichen werden. Bezüglich der internationalen Operationen unter NATO-Führung hinkte die Schweiz gegenüber Österreich von Beginn an hinterher. So war es ihr rechtlich in Bosnien und Herzegowina erst gar nicht möglich, an der *IFOR (Implementation Force)* teilzunehmen. Der einzige Beitrag war die Öffnung der schweizerischen Transportwege für die *IFOR*-Mission, während hingegen Österreich 2'000 Soldaten beisteuerte. Auch im Kosovo war Österreich anfangs klar stärker vertreten. Sinnbild hierfür war der Schutz unbewaffneter schweizerische Soldaten durch österreichische Truppen in den ersten Jahren. Obwohl die *SWISSCOY* dem *AUCON* zahlenmässig unterlegen blieb, konnten (und können) die schweizerischen Truppen durch das breite Wissen im Milizsystem wichtige Aufgaben übernehmen. Hier zeigt sich das mögliche Potential der Schweiz bis heute. In Afghanistan war die Schweiz nur sehr kompakt und nur sehr kurzzeitig vertreten. Österreich blieb bis 2021 konstant an der *ISAF* und später *Resolute Support Mission* beteiligt. Dies, weil die Schweizer Regierung Bedenken bezüglich des neutralen Wirkens der Schweiz hatte. Hier zeigte sich, dass *Pfp* zwar rechtlich mit der Neutralität vereinbar sein mag, aber neutralitätspolitisch kein leichtes Unterfangen darstellt. Doch es veranschaulichte auch, wie unterschiedlich die Neutralitätspolitik in der Schweiz und Österreich definiert wird. Die Erkenntnis ist: Die Schweiz hätte im Bereich der NATO-geführten Einsätze noch Ausbaubedarf bei ihrem Beitrag. Dies liegt abgesehen von neutralitätspolitischen Gründen in erster Linie am schweizerischen Milizsystem, welches nur kleine Truppenkontingente ermöglicht. Offen bleibt, ob die Schweiz dem österreichischen Vorbild folgen wird und sich ebenfalls im Irak beteiligt.

In Sachen gemeinsame Manöver mangelte es der Schweiz von Anbeginn ihrer Teilnahme an *Ambition*. Es wurde stur auf nicht-militärischen Bereichen beharrt. So absolvierte die Schweiz erst vier Jahre nach ihrem Beitritt zu *PfP* ihre erste Übung. Österreich hatte indes von Anfang an auf volle Interoperabilität gesetzt. Demensprechend kritisch war der *Sicherheitspolitische Bericht 2000*. Doch als wirklichen Weckruf, kann man diesen nicht sehen. Die Schweiz hat bis heute noch keine Bodentruppen an *PfP*-Übungen geschickt. Wie schon im Kosovo erweist sich die Luftwaffe als einziger Vorsprung der Schweiz auf Österreich. Diese ist, wie beschrieben, durch den F-35 auch für die Zukunft am stärksten auf internationale Zusammenarbeit ausgerichtet. Verbesserungspotential besteht also in erster Linie bei der Interoperabilität der Bodentruppen. Doch auch abgesehen von der Interoperabilität, wären Trainings im Ausland von immenser Bedeutung, da der Raum dafür in der Schweiz schlicht nur begrenzt gegeben ist. Ob dieser Schritt in Zukunft gemacht wird, bleibt zu erwarten. Dies wurde zwar gefordert, jedoch existieren neutralitätspolitische Bedenken, und das schweizerische Milizsystem erschwert, wie erwähnt, grössere Truppenkontingente.

Bezüglich des Kursangebotes ist die Schweiz im Vergleich am engagiertesten aufgestellt. Sowohl die Schweiz als auch Österreich haben sich auf Ausbildungen spezialisiert, welche nicht direkt mit Kampfhandlungen in Verbindung stehen. Daher werden eher Kurse zur Minenräumung, zu internationalem Völkerrecht oder für *friedensunterstützende Operationen* offeriert. Die Schweiz ist allerdings mit den drei *Genfer Zentren* hierfür mit noch mehr Kompetenz aufgestellt. Man kann auf schweizerischer Seite also zufrieden mit seinem Beitrag bei diesem Aktivitätenbereich sein.

Was weitere Kooperationen im Rahmen von *PfP* angeht, sind beide Staaten einigermaßen gleich auf. Die Schweiz und Österreich beteiligen sich an gemeinsamen Forschungs-, Entminungs- oder Reformprogrammen im militärischen Sektor. Doch der Vergleich lässt sich schwieriger ziehen, da nicht genau zu bestimmen ist, mit wie viel Kapazitäten und Ressourcen sich die beiden Länder an welchen Programmen beteiligen. Dafür kann anhand dieser weiteren Programme die Vielfältigkeit des *PfP*-Programms ersichtlich gemacht werden.

Die Schweiz nutzt also alles in allem nur einen Teil der Möglichkeiten, welche sie noch im *PfP*-Programm hätte. Dabei lässt sich hauptsächlich die Neutralitätspolitik als Grund nennen. Obwohl man rechtlich ursprünglich mehr Spielraum hatte als Österreich, ist das Dogma des ewig Neutralen in der schweizerischen Mentalität omnipräsent. In Österreich hingegen wird jegliche Debatte zur tatsächlichen Wahrnehmung der österreichischen Neutralität vermieden. Es stimmt zumindest beruhigend, dass in der Schweiz Diskussionen geführt und auch von der Politik gefördert werden. Das Faktenblatt zur geplanten Kooperation der Schweiz mit der NATO lässt hoffen, dass die Schweiz sich einer klaren Neutralitätspolitik bezüglich der NATO bewusst werden kann. Abschliessend kann gesagt werden: Es besteht zwar Hoffnung auf grosses noch vorhandenes Potential in der Zusammenarbeit, aber auch Ernüchterung über beschränkte Relevanz des Programmes für die zukünftige Sicherheit.

7.3 Reflexion

Voranzustellen ist bei der Betrachtung meines Arbeitsprozesses, dass sich mir zwar oft mühselige Herausforderungen stellten, es mich aber stets begeisterte, an diesem Thema zu arbeiten. Begonnen mit den Überlegungen zu meinem Thema hatte ich sicherlich früh genug, jedoch gelang es mir lange nicht, eine Einschränkung auf die genaue Thematik zu finden. Die Reduktion auf das Wesentliche stellte sich als weitaus schwieriger heraus, als erwartet. Dies lag auch

daran, dass beim Thema Sicherheitspolitik sehr viele Faktoren berücksichtigt werden müssen. Zudem gelang es mir lange nicht ein umfassendes Verständnis für die Abgrenzung zwischen Neutralitätspolitik und Neutralitätsrecht zu erlangen. Ähnlich schwer gestaltete es sich bei militärischen und politischen Aktivitäten im *PfP*-Programm. Schlussendlich kostete es mich etwa bis Ende der Sommerferien, bis ich mehr oder weniger konkret wusste, welche Fragestellung ich behandeln mochte. Ich denke, die Zeit in den Sommerferien war zwar wenig von produktiver Arbeit geprägt. Ungeachtet dessen war sie nötig, um eine Weile in der Vielfalt des Themas zu wühlen und ein gutes Gesamtbild zu erlangen. Ich stiess zwar noch im November auf Aspekte der Thematik, welche ich übersehen oder nicht ausführlich genug dargelegt hatte. Im Nachhinein ist es sicher unglücklich, dass ich das Interview mit Thierry Burkart bereits im Sommer geführt hatte, da mein Wissensstand damals noch sehr begrenzt war. Rückblickend betrachtet, wäre sein fundiertes Wissen eher für einzelne Details im späteren Verlauf des Prozesses dienlich gewesen. Der Hauptfaktor, welcher meine Arbeit nach den Sommerferien verzögerte, war die Korrespondenz mit dem Österreichischen Verteidigungsministerium. Die ursprünglich erhofften Informationen liessen sich auch nach zwei Interviews, dutzenden Mails, etlichen Telefonaten und endloser Suche im Medienarchiv des Ministeriums nur zum Teil beschaffen. In dieser Sache ging sicherlich viel überflüssige Energie im Arbeitsprozess verloren. Der positive Aspekt findet sich einzig in der humoristischen Zusammenfassung dieser Odyssee in der aktuellen Ausgabe der Schülerzeitung. Durch diesen Zeitverlust sah ich mich in den Herbstferien gezwungen, die 14 Tage hauptsächlich ins Vorankommen der Arbeit zu stecken. Zudem wusste ich bereits, dass die zeitliche Koordination nach den Herbstferien schwieriger werden würde, da nebenbei viele Abgabetermine der Schülerzeitung und Spieltermine im Volleyballclub anfallen würden. Dadurch hatte ich nach den Herbstferien auch das Gefühl, auf einem guten Weg zu sein, hatte alle Interviews geführt und konnte auch die meisten Kapitel für die Rohfassung fertigstellen. Doch einige Wochen nach der Abgabe der Rohfassung erlebte ich ein Vakuum in meinem Arbeitsprozess, da ich das Gefühl hatte, kaum noch Zeit für die Maturarbeit zu finden. Der terminliche Druck durch Vorbereitung auf Interviews war ebenfalls weniger gegeben. Meine Prognose bezüglich des Aufwands durch die Schülerzeitung hatte sich mehr als nur bewahrheitet. Somit geriet ich Ende November doch noch etwas in Rücklage, was zum Teil auch an meinen eigenen Anforderungen lag. Ursprünglich war mein Ziel gewesen, die Arbeit rund zwei Wochen vor Abgabe mehr oder weniger fertig zu haben. Ich glaube, dass ich insbesondere die Transkription der Interviews und das Schreiben des Schlussfazits etwas unterschätzt hatte. Aber auch das Abklären von Detailfragen, wie der Definition von «NATO-Übung», «*PfP*-Übung» oder «bilaterale Übung», waren oft aufwändiger als erwartet. Rückblickend würde ich vor allem zwei Dinge anders umsetzen: Zum einen hätte ich das Interview mit Thierry Burkart später geführt, gerade um Detailfragen bezüglich der Schweiz zu stellen. Zum anderen hätte ich nach der Abgabe der Rohfassung direkt das Schlussfazit schreiben sollen, da ich theoretisch vom Auslastungsgrad noch gewisse Kapazitäten hatte, bevor die stressige Phase begonnen hatte. Die Verteilung auf vier österreichische und einen schweizerischen Interviewpartner würde ich im Prinzip so beibehalten. Denn durch die Komplexität der Quellenbeschaffung über Österreich und die vergleichsweise starke Transparenz der Schweizer Armee war die Kompensation durchaus nötig. Es war mir bei dieser Arbeit nicht schlichtweg das Ziel, eine einfache Vergleichs-Frage aufzustellen und knapp zu beantworten. Es war mir stets wichtig, einen umfangreichen Kontext zum Verständnis der Fragestellung und Antwort zu liefern. Sowohl eine Ergründung der Unterschiede als auch ein allgemeinerer Blick auf die schweizerische Sicherheitspolitik waren mir wichtig. Natürlich

schuf dies einen nicht geringen Mehraufwand, doch allein schon für meine persönlichen Erkenntnisse daraus war es mir das wert.

8 Literaturverzeichnis

Generalsekretariat VBS , BABS - Bundesamt für Bevölkerungsschutz , & Gruppe Verteidigung (Hrsg.). (16. März 2023). *Studie «Sicherheit 2023»: knappe Mehrheit für Nato-Annäherung – kritischere Bewertung der Neutralität* . Abgerufen am 01. Dezember 2023 von admin.ch:
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-93735.html>

Generalsekretariat VBS , & Gruppe Verteidigung (Hrsg.). (14. Juli 2022). *Nachbefragung «Sicherheit 2022»: Kritischere Betrachtung der Neutralität, grösserer Pessimismus und stärkere Befürwortung der Armee infolge des Krieges in der Ukraine* . Abgerufen am 01. Dezember 2023 von admin.ch:
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-89703.html>

Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs. (18. Oktober 1907). Von Admin.ch:
https://fedlex.data.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/cc/26/499_376_481/19100711/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-cc-26-499_376_481-19100711-de-pdf-a.pdf abgerufen

Andrist, A. M. (5. Mai 2022). *Im Dienste des Kontingents*. (VBS, Herausgeber) Abgerufen am 23. Oktober 2023 von admin.ch:
<https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/news.detail.news.html/vtg-internet/verwaltung/2022/22-05/swissint-22-05-04.html>

APA. (24. Mai 2017). *Nato-Streit: Österreich bleibt trotz neuer Regeln vorerst außen vor*. Abgerufen am 10. Oktober 2023 von derstandard.at:
<https://www.derstandard.at/story/2000058208652/ausbildungsprogramme-oesterreich-bleibt-trotz-neuer-nato-regeln-vorerst-ausgeschlossen>

Bärlocher, M. (18. Mai 2022). *Nato zeigt sich begeistert über «Partner Switzerland»*. Abgerufen am 16. Oktober 2023 von nau.ch:
<https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/nato-zeigt-sich-begeistert-uber-partner-switzerland-66180288>

Baumann, A., & Der Bundesrat. (7. Mai 2004). *Umgang mit der Nato. Wahrung der Neutralität*. (S. Parlament, Herausgeber) Abgerufen am 11. Dezember 2023 von parlament.ch: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20041060>

bmeia (Hrsg.). (kein Datum). *Operationen mit UN-Sicherheitsratsmandat unter NATO-Führung* . Abgerufen am 28. Oktober 2023 von bmeia.gv.at:
<https://www.bmeia.gv.at/oev-nato-bruessel/oesterreich-und-die-nato/operationen-mit-un-sicherheitsratsmandat-unter-nato-fuehrung/>

- Büchi, N. (11. Oktober 2016). *Die Schweiz unter Partnern bei der NATO*. (V. –V. Nachrichtenoffiziere, Herausgeber) Abgerufen am 11. Dezember 2023 von swissint.ch: <https://www.swissint.ch/?p=795>
- Bundeskanzlei (Hrsg.). (17. Februar 2021). *Programm für internationale Übungen der Armee 2021*. Abgerufen am 12. Dezember 2023 von admin.ch: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-82349.html#downloads>
Link zum Dokument: <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/65277.pdf>
- Bundeskanzlei (Hrsg.). (16. Februar 2022). *Programm für internationale Übungen der Armee 2022*. Abgerufen am 12. Dezember 2023 von admin.ch: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87192.html>
Link zum Dokument: <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/70223.pdf>
- Bundeskanzlei (Hrsg.). (27. November 2023). *Eidgenössische Volksinitiative 'Für eine neutrale weltoffene und humanitäre Schweiz (Neutralitätsinitiative)'*. Abgerufen am 01. Dezember 2023 von admin.ch: <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis416t.html>
- Bundeskanzlei (Hrsg.). (15. Februar 2023). *Programm für internationale Übungen der Armee 2023*. Abgerufen am 11. Dezember 2023 von admin.ch: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-93069.html>
Link zum Dokument: <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/65277.pdf>
- Bundeskanzlei (Hrsg.). (2. Oktober 2023). *Schweizer Luftwaffe beteiligt sich an internationaler Luftoperationsübung in Italien*. Abgerufen am 28. Oktober 2023 von admin.ch: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-98009.html>
- Bundesministerium für Finanzen (Hrsg.). (7. Dezember 2023). *Interessanterweise ermöglichte Österreich mittels des Truppenaufenthaltsgesetzes sogar die zwischenzeitliche Beherbergung fremder Truppen auf österreichischem Staatsgebiet*. Abgerufen am 7. Dezember 2023 von bka.gv.at: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20001369>
- Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.). (1998. Mai 1998). *Korpskommando I mit bisher größter Pfp-Übung betraut*. Abgerufen am 23. Oktober 2023 von bmlv.gv.at: <https://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=1596>

- Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.). (20. Januar 2000). *Österreichisches Bosnien Kontingent wird verkleinert*. Abgerufen am 20. Oktober 2023 von <https://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=1723>
- Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.). (26. Februar 2001). *Bosnienkontingent des Bundesheeres beendet Einsatz*. Abgerufen am 20. Oktober 2023 von [bmlv.gv.at: https://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=1825](https://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=1825)
- Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.). (2. November 2005). *Afghanistan-Kontingent kehrt zurück*. Abgerufen am 21. Oktober 2023 von [bmlvl.gv.at: https://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=2491](https://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=2491)
- Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.). (1. August 2005). *Afghanistan-Kontingent macht sich auf den Weg*. Abgerufen am 21. Oktober 2023 von [bmlv.gv.at: https://www.bmlv.gv.at/ausle/isaf/artikel.php?id=1495](https://www.bmlv.gv.at/ausle/isaf/artikel.php?id=1495)
- Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.). (29. Mai 2009). *Kommandant der 7. Jägerbrigade übergibt Führung der Multinationalen Brigade Süd*. Abgerufen am 21. Oktober 2023 von [bmlv.gv.at: https://www.bmlv.gv.at/ausle/kfor/artikel.php?id=2826](https://www.bmlv.gv.at/ausle/kfor/artikel.php?id=2826)
- Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.). (6. Oktober 2018). *"Change of Command": Doppelter österreichischer Führungswechsel im Kosovo*. Abgerufen am 29. Oktober 2023 von [bmlv.gv.at: https://www.bmlv.gv.at/ausle/kfor/artikel.php?id=5266](https://www.bmlv.gv.at/ausle/kfor/artikel.php?id=5266)
- Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.). (2023). *PSYOPS-TRUPPE*. Abgerufen am 23. Oktober 2023 von [bundesheer.at: https://www.bundesheer.at/unser-heer/waffengattungen/psyops-truppe#c3191](https://www.bundesheer.at/unser-heer/waffengattungen/psyops-truppe#c3191)
- Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.). (kein Datum). *Österreichische Beteiligung*. Abgerufen am 20. Oktober 2023 von [bmlv.gv.at: https://www.bmlv.gv.at/ausle/eufor/beteiligung.shtml](https://www.bmlv.gv.at/ausle/eufor/beteiligung.shtml)
- Bundesrat. (1999). *Die Sicherheitspolitik der Schweiz*.
- Bundesrat. (19. November 2014). Stellungnahme des Bundesrates zur Motion 14.3746: Austritt aus dem Nato-Programm "Partnership for Peace". Bern, Schweiz.
- Bundesrat. (2018). *Jahresbericht 2017 des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und der Partnerschaft für den Frieden*. VBS, EDA, Bern. Abgerufen am 30. Oktober 2023 von <https://backend.pfp.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-pfpch-files/2023/07/25/86d839ba-a035-4f9b-a0d0-bcd27bf7373d.pdf>
- Bundesrat. (2020). *Jahresberich 2018-2019 des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden*. Bundesrat, Bern. Abgerufen am 30. Oktober 2023 von <https://backend.pfp.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-pfpch-files/2023/07/25/7ac285d0-0379-41ab-a2be-4b088f4d99c0.pdf>

Bundesrat. (22. Juni 2022). *Jahresbericht 2020-2021 über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden*. VBS, EDA, Bern.

Bundesrat. (26. Oktober 2022). *Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik*. Bern.

Bundeswehr (Hrsg.). (2023). *NATO-Übung Tiger Meet*. Abgerufen am 3. Dezember 2023 von bundeswehr.de: <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/team-luftwaffe-auf-uebung/nato-uebung-tiger-meet>

cbe. (3. Oktober 2023). *Luftwaffe übt mit Nato in Südtalien*. *Zuger Zeitung*.

Contributing Nations. (Oktober 2023). Abgerufen am 21. Oktober 2023 von nato.int: <https://jfcnaples.nato.int/kfor/about-us/welcome-to-kfor/contributing-nations>

Die Schweiz und die Partnerschaft für den Frieden: Sicherheitspolitische Positionierung eines neutralen Kleinstaats. (2005). *Die Schweiz und die Partnerschaft für den Frieden: Sicherheitspolitische Positionierung eines neutralen Kleinstaats*, 10. Zürich, Zürich, Schweiz: Universität Zürich.

EDA (Hrsg.). (23. März 2023). *Maison de la paix*. Abgerufen am 12. Oktober 2023 von eda.admin.ch: <https://www.eda.admin.ch/missions/mission-nato-brussels/fr/home/dossiers/maison.html>

EDA (Hrsg.). (12. Oktober 2023). *Swisscoy et KFOR*. Abgerufen am 18. Oktober 2023 von eda.admin.ch: <https://www.eda.admin.ch/missions/mission-nato-brussels/fr/home/dossiers/swisscoy.html>

Eidgenössisches Departement für Verteidigung (Hrsg.). (3. Mai 2023). *Vereinbarungen zwischen der Schweiz und der NATO zur Regelung der schweizerischen Beteiligung an der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan*. Abgerufen am 21. Oktober 2023 von admin.ch: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-4940.html>

Einsatz des Bundesheeres in Afghanistan. (16. Juni 2022). Abgerufen am 21. Oktober 2023 von wikipedia.org: https://de.wikipedia.org/wiki/Einsatz_des_Bundesheeres_in_Afghanistan

Friedenskooperative, N. (Hrsg.). (kein Datum). *Zeitleiste Afghanistankrieg 2001-2021*. Abgerufen am 16. Dezember 2023 von friedenskooperative.de: <https://www.friedenskooperative.de/monitoring-projekt-Afghanistan/Zeitleiste>

Gafner, B. (17. August 2021). *Afghanistan – wie die Schweiz ohne blaues Auge davonkam*. Abgerufen am 13. Oktober 2023 von tagesanzeiger.ch.

Generalsekretariat Sicherheitspolitik VBS (Hrsg.). (25. Juli 2023). *Dokumentation*. Abgerufen am 12. Dezember 2023 von pfp.admin.ch: <https://www.pfp.admin.ch/de/dokumentation>

- Generalsekretariat VBS (Hrsg.). (19. September 2023). *Faktenblatt: Zielsetzungen der Kooperation zwischen der Schweiz und der Nato für 2023 und 2024*. Abgerufen am 15. Dezember 2023 von admin.ch:
<https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/83300.pdf>
- Gerber, J.-C. (23. November 2022). *Wie lange könnte die Armee die Schweiz verteidigen?* Abgerufen am 20. Oktober 2023 von 20 Minuten online:
<https://www.20min.ch/story/wie-lange-koennte-die-armee-die-schweiz-verteidigen-535995991261>
- GICHD (Hrsg.). (2023). *96th Partnership for Peace Course on International Mine Action Standards (IMAS) and Conformance*. Abgerufen am 18. Oktober 2023 von gichd.org:
<https://training.gichd.org/en/my-training/detail/action/show/view/Training/training/87th-partnership-for-peace-course-on-international-mine-action-standards-imas-and-conformance/>
- Häsler Sansano, G., & Mijnsen, I. (23. April 2021). *Bringt die Renaissance der militärischen Logik eine Renaissance der bewaffneten Neutralität?* (N. Z. Zeitung, Herausgeber) Abgerufen am 7. Dezember 2023 von NZZ.ch: <https://www.nzz.ch/schweiz/uebung-defender-21-us-durchmarsch-durch-oesterreich-ld.1613334?reduced=true>
- Hauser, G. (2005). Österreich - Zehn Jahre Mitgliedschaft in der NATO-Partnerschaft für den Frieden. *Österreichische Militärische Zeitschrift*.
- Hipold, P. (2023). Ausschnitt aus dem Archiv des Völkerrechtes. *Das Neutralitätsrecht Österreich und der Schweiz im weiten Feld des internationalen Rechts: aktuelle Entwicklung im Vergleich*, 270, 281, 282, 283.
- Jacobsen, L., Gasser, F., & Daum, M. (März 2022). Servus Grüezi Hallo. *Wie Kann man da neutral sein*. Abgerufen am 15. Oktober 2023 von gichd.org.
- Keystone-SDA. (2. Oktober 2023). *Switzerland to take part in NATO air exercise in Italy* . Abgerufen am 16. Oktober 2023 von Swissinfo.ch.
- Kriz, R. (24. August 2022). NATO-Übung: Precise Response 2022. (Bundesministerium für Landesverteidigung, Hrsg.) *TRUPPENDIENST*. Abgerufen am 30. Oktober 2023 von <https://www.truppendienst.com/themen/beitraege/artikel/nato-uebung-precise-response-2022>
- Küpfer, G. (2002). *Völkerrechtliche, staats- und verwaltungsrechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen militärischer Sicherheitskooperation der Schweiz insbesondere Partnerschaft für den Frieden*. Bamberg: Difo-Druck GmbH.
- Lenzin, M. (2005). Die Schweiz und die Partnerschaft für den Frieden: Sicherheitspolitische Positionierung eines neutralen Kleinstaats. 10, 13, 16, 17, 20, 21, 26, 27, 28, 29, 46. (U. Zürich, Hrsg.) Zürich, Zürich, Schweiz.
- Michaud, L. (21. März 2023). *SWISSCOY: Wichtige Erfahrungen für unsere Armee*. (VBS, Hrsg.) Abgerufen am 28. Oktober 2023 von admin.ch:
<https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/news.detail.news.html/vtg->

internet/verwaltung/2023/23-03/23-03-21-Kdo-Op-SWISSCOY-Wichtige-Erfahrungen.html

- Misik, R. (29. Mai 2022). *Die Neutralität macht uns zu Hinterwäldlern*. Abgerufen am 23. Oktober 2023 von zeit.de: https://www.zeit.de/2022/22/oesterreich-ukraine-krieg-neutralitaet?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.ecosia.org%2F
- Müller, A. (15. Mai 2014). «*Übung erhöht die militärische Einsatzfähigkeit*». (Tamedia, Herausgeber) Abgerufen am 18. Oktober 2023 von Tagesanzeiger.ch: <https://www.tagesanzeiger.ch/uebung-erhoeht-die-militaerische-einsatzfaehigkeit-639951774106>
- NATO (Hrsg.). (11. März 2010). *Towards a Partnership for the 21st Century*. Abgerufen am 12. Oktober 2023 von NATO.int: https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_27434.htm
- NATO (Hrsg.). (4. Januar 2011). *Partnership for Peace Training and Education*. Abgerufen am 16. Oktober 2023 von NATO.int: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_69723.htm
- NATO (Hrsg.). (2013). AAP-06 Edition 2013. *NATO GLOSSARY OF TERMS AND DEFINITIONS*, 2-H-5.
- NATO (Hrsg.). (9. Dezember 2021). *Building Integrity*. Abgerufen am 22. Oktober 2023 von nato.int: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_68368.htm
- NATO (Hrsg.). (1. April 2021). *Relations with Switzerland*. Abgerufen am 18. Oktober 2023 von NATO.int: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_52129.htm
- NATO (Hrsg.). (31. August 2022). *NATO and Afghanistan*. Abgerufen am 18. Oktober 2023 von NATO.int: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_8189.htm
- NATO. (2022). *Partnership Training and Education Centers - Annual Report 2022*. NATO. Abgerufen am 30. Oktober 2023 von <https://www.nato.int/topics/ptec/230720-PTEC-Annual-Report-2022.pdf>
- NATO (Hrsg.). (19. Mai 2022). *Peace support operations in North Macedonia (2001-2003)*. Abgerufen am 10. Oktober 2023 von NATO.int: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_52121.htm
- NATO (Hrsg.). (23. Mai 2022). *Relations with Austria*. Abgerufen am 22. Oktober 2023 von https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_48901.htm
- NATO (Hrsg.). (5. Oktober 2023). *Defence Education Enhancement Programme (DEEP)*. Abgerufen am 21. Oktober 2023 von nato.int: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_139182.htm
- NATO (Hrsg.). (1. Dezember 2023). *NATO Mission Iraq*. Abgerufen am 13. Dezember 2023 von nato.int: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_166936.htm

NATO (Hrsg.). (11. April 2023). *Partnership for Peace Programme*. Abgerufen am 17. Oktober 2023 von NATO.int: https://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_50349.htm

NATO (Hrsg.). (25. April 2023). *Partnership Interoperability Initiative*. Abgerufen am 31. Oktober 2023 von nato.int: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_132726.htm

NATO (Hrsg.). (16. August 2023). *Partnership tools*. Abgerufen am 14. Oktober 2023 von NATO.int: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_80925.htm

NATO (Hrsg.). (20. Juli 2023). *Partnership Training and Education Centres (PTECs)*. Abgerufen am 12. Oktober 2023 von NATO.int: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_187359.htm

NATO (Hrsg.). (11. April 2023). *Peace support operations in Bosnia and Herzegovina (1995-2004)*. Abgerufen am 10. September 2023 von NATO.int: https://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_52122.htm

Nato blüht in Osteuropa auf. (14. Mai 2014). (SRF) Abgerufen am 20. Oktober 2023 von SRF.ch: file:///C:/Users/jonas/Downloads/srf_20140514_82193_1_1.pdf

Nato dämpft Schweizer Erwartungen an Teilnahmen bei Übungen. (23. März 2023). Abgerufen am 19. Oktober 2023 von swissinfo.ch: <https://www.swissinfo.ch/ger/alle-news-in-kuerze/nato-daempft-schweizer-erwartungen-an-teilnahmen-bei-uebungen/48384610>

NATO (Hrsg.). (kein Datum). *NATO Mission in Kosovo (KFOR)*. Abgerufen am 10. Oktober 2023 von shape.nato.int: <https://shape.nato.int/ongoingoperations/nato-mission-in-kosovo-kfor->

NATO (Hrsg.). (kein Datum). *Operations Capabilities Concept - Evaluation and Feedback Programme*. Abgerufen am 12. Oktober 2023 von NATO.int: <https://lc.nato.int/operations/military-partnership/the-partnership-for-peace/occ-ef>

NATO Peace Support Operations doctrine. (31. Mai 2012). Abgerufen am 10. Oktober 2023 von publicintelligence.net: <https://publicintelligence.net/nato-peace-support-operations-doctrine/>

NATO Tiger Association (Hrsg.). (2008). *Nato Tiger Meet 2008*. Abgerufen am 12. Dezember 2023 von natotigers.org: <https://www.natotigers.org/tiger-meet/ntm2008>

NATO Tiger Association (Hrsg.). (2023). *Tiger Meets*. Abgerufen am 16. Oktober 2023 von natotigers.org: <https://www.natotigers.org/tiger-meet>

NATO Tiger Association (Hrsg.). (kein Datum). *History*. Abgerufen am 3. Dezember 2023 von natotigers.org: <https://www.natotigers.org/history>

NATO Tiger Association (Hrsg.). (2003). *Nato Tiger Meet 2003*. Abgerufen am 12. Dezember 2023 von natotigers.org: <https://www.natotigers.org/tiger-meet/ntm2003>

ORF (Hrsg.). (14. Juni 2023). *Heer beteiligt sich an NATO-Ausbildungsmission im Irak*. Abgerufen am 13. Dezember 2023 von orf.at: <https://orf.at/stories/3320193/>

- (2020). *Österreich: 60 Jahre Teilnahme an internationalen Einsätzen*. Bundesministerin für Landesverteidigung, Wien. Abgerufen am 31. Oktober 2023 von https://www.bmlv.gv.at/ausle/pdf/60_jahre_ausle.pdf
- Oysmüller, T. (24. November 2021). *NATO-Übung in Niederösterreich – 1.700 Soldaten*. Abgerufen am 30. Oktober 2023 von [zackzack.at](https://zackzack.at/2021/11/24/nato-uebung-in-niederoesterreich-1-700-soldaten): <https://zackzack.at/2021/11/24/nato-uebung-in-niederoesterreich-1-700-soldaten>
- Peace Support Club e.v. (Hrsg.). (2021). *Courses*. Abgerufen am 28. Oktober 2023 von [autint.at](http://www.autint.at/images/pdf/courseguide/courseguide2021.pdf): www.autint.at/images/pdf/courseguide/courseguide2021.pdf
- Pesendorfer, M. (2005). IFOR - SFOR - EUFOR Österreichische Soldaten im Friedenseinsatz im ehemaligen Jugoslawien. (B. f. Landesverteidigung, Hrsg.) *TRUPPENDIENST*.
- Ramseyer, N. (15. März 2020). *Amherd geht zu Trumps Säbelrasseln gegen Putin auf Distanz*. Abgerufen am 12. Oktober 2023 von [infosperber.ch](https://www.infosperber.ch): <https://www.infosperber.ch/politik/welt/amherd-geht-zu-trumps-saebelrasseln-gegen-putin-auf-distanz/>
- Recht der kollektiven Sicherheit und Neutralitätsrecht*. (kein Datum). Abgerufen am 19. Oktober 2023 von [Admin.ch](https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/themen/internationale-beziehungen/das_kriegsvoelkerrecht/grundrechte_und_kollektive.html): https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/themen/internationale-beziehungen/das_kriegsvoelkerrecht/grundrechte_und_kollektive.html
- Reimann, L., & Der Bundesrat. (29. September 2017). *Schweizer Jugend will Neutralität statt Partnership for Peace der Nato*. (S. Parlament, Herausgeber) Abgerufen am 11. Dezember 2023 von [parlament.ch](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20173921): <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20173921>
- Reimann, M., & Der Bundesrat. (11. Juni 2009). *Teilnahme der Schweiz an Nato/PfP-Übungen und -Manövern. Bericht*. (S. Parlament, Herausgeber) Abgerufen am 11. Dezember 2023 von [parlament.ch](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20093620): <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20093620>
- Rhyn, L. (22. Juli 2022). *Schweiz soll an Nato-Manövern teilnehmen – das sagen die Parteien*. (SRF) Abgerufen am 20. Oktober 2023 von [srf.ch](https://www.srf.ch/news/schweiz/zukunft-der-neutralitaet-schweiz-soll-an-nato-manoevern-teilnehmen-das-sagen-die-parteien): <https://www.srf.ch/news/schweiz/zukunft-der-neutralitaet-schweiz-soll-an-nato-manoevern-teilnehmen-das-sagen-die-parteien>
- Roth, J. (25. Mai 2022). Wie viel NATO braucht die Schweiz. *Neue Zürcher Zeitung*, S. 1.
- SAMedia GmbH (Hrsg.). (22. Oktober 2023). *Schweizer Luftwaffe am Tiger Meet*. Abgerufen am 28. Oktober 2023 von [cockpit.aero](https://www.cockpit.aero/rubriken/detailseite/news/schweizer-luftwaffe-beteiligt-sich-an-internationaler-luftoperationsuebung-in-italien): <https://www.cockpit.aero/rubriken/detailseite/news/schweizer-luftwaffe-beteiligt-sich-an-internationaler-luftoperationsuebung-in-italien>
- Schaub, A. R. (1995). 2.3.3.2 NATO. In A. R. Schaub, *Neutralität und Kollektive Sicherheit* (S. 32-35, 63-66). Basel: Helbing und Lichtenhahn.
- Schocher, S. (28. April 2023). Wir sind am Aufwachen. *Wiener Zeitung*, S. 8.

- Seidl, C. (19. November 2022). *Wie passt die Zukunft unserer Sicherheit mit der Neutralität zusammen?* (STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., Herausgeber) Abgerufen am 30. Oktober 2023 von [derstandard.at](https://www.derstandard.at/story/2000141001735/wie-passt-die-zukunft-unserer-sicherheit-mit-der-neutralitaet-zusammen):
<https://www.derstandard.at/story/2000141001735/wie-passt-die-zukunft-unserer-sicherheit-mit-der-neutralitaet-zusammen>
- Senn, M., Eder, F., & Kornprobst, M. (2023). *Handbuch Außenpolitik Österreichs*. (M. Senn et al., Hrsg.) Wiesbaden: Springer VS. doi:<https://doi.org/10.1007/978-3-658-37274-3>
- SRF (Hrsg.). (08. November 2022). *Darum geht es bei der Neutralitätsinitiative*. Abgerufen am 01. Dezember 2023 von [srf.ch](https://www.srf.ch/news/schweiz/initiative-lanciert-darum-geht-es-bei-der-neutralitaetsinitiative): <https://www.srf.ch/news/schweiz/initiative-lanciert-darum-geht-es-bei-der-neutralitaetsinitiative>
- SRF (Hrsg.). (23. März 2023). *Süssli: «Armee soll mit Nato-Bodentruppen Trainings durchführen»*. (SRF) Abgerufen am 11. Dezember 2023 von [srf.ch](https://www.srf.ch/news/schweiz/zusammenarbeit-schweiz-nato-suessli-armee-soll-mit-nato-bodentruppen-trainings-durchfuehren):
<https://www.srf.ch/news/schweiz/zusammenarbeit-schweiz-nato-suessli-armee-soll-mit-nato-bodentruppen-trainings-durchfuehren>
- Stamm, L., & Der Bundesrat. (18. September 2014). *Austritt aus dem Nato-Programm "Partnership for Peace"*. Abgerufen am 20. Oktober 2023 von [parlament.ch](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20143746):
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20143746>
- Stewart-Brutschin, S. (2. Oktober 2019). *Die Swisscoy: Seit 20 Jahren in stetem Wandel*. (VBS, Herausgeber) Abgerufen am 23. Oktober 2023 von [admin.ch](https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/news.detail.news.html/vtg-internet/verwaltung/2019/19-10/20191002-die-swisscoy-seit-20-jahren-in-stetem-wandel.html):
<https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/news.detail.news.html/vtg-internet/verwaltung/2019/19-10/20191002-die-swisscoy-seit-20-jahren-in-stetem-wandel.html>
- Tikal, P. (9. Juni 2023). *Warum das Bundesheer eng mit der NATO übt*. (Krone Multimedia GmbH & Co KG, Herausgeber) Abgerufen am 30. Oktober 2023 von [krone.at](https://www.krone.at/3028179):
<https://www.krone.at/3028179>
- TOP-Medien (Hrsg.). (27. Juli 2023). *Knapp 14'000 Soldatinnen und Soldaten für Frieden im Einsatz*. Abgerufen am 16. Oktober 2023 von [toponline.ch](https://www.toponline.ch/news/schweiz/detail/news/knapp-14000-soldatinnen-und-soldaten-fuer-frieden-im-einsatz-1-00217523/):
<https://www.toponline.ch/news/schweiz/detail/news/knapp-14000-soldatinnen-und-soldaten-fuer-frieden-im-einsatz-1-00217523/>
- (2023). *TRAINING CENTRE SWISS ARMED FORCES NATIONAL COMMAND Course guide 2023*. SWISSINT. Abgerufen am 31. Oktober 2023 von file:///C:/Users/jonas/Downloads/82_031_e_SWISSINT_Kursbroschuere_2023_web.pdf
- Trust Funds: supporting demilitarization and defence transformation projects*. (15. Februar 2021). Abgerufen am 19. Oktober 2023 von [NATO.int](https://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_50082.htm):
https://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_50082.htm
- VBS (Hrsg.). (30. Oktober 2017). *SWISSCOY Wochennews 23.10.–29.10.2017*. Abgerufen am 23. Oktober 2023 von [admin.ch](https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/news.detail.news.html/vtg-internet/verwaltung/2019/19-10/20191002-die-swisscoy-seit-20-jahren-in-stetem-wandel.html):

<https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/news.detail.news.html/vtg-internet/verwaltung/2017/17-10/17-10-30-swissint.html>

VBS (Hrsg.). (6. Mai 2019). *SWISSCOY Wochennews 29.04.-05.05.2019*. Abgerufen am 23. Oktober 2023 von admin.ch:

<https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/news.detail.news.html/vtg-internet/verwaltung/2019/19-05/swissint-19-05-06.html>

Was eine Nato-Annäherung für die Schweiz bedeuten würde. (13. September 2022). (SRF) Abgerufen am 10. Oktober 2023 von srf.ch: <https://www.srf.ch/news/schweiz/krieg-und-neutralitaet-was-eine-nato-annaeherung-fuer-die-schweiz-bedeuten-wuerde>

Washington, O. (24. Mai 2022). «*Kooperative Neutralität*»: *Cassis überrascht mit neuem Begriff*. (SRF) Abgerufen am 20. Oktober 2023 von srf.ch: <https://www.srf.ch/news/schweiz/neue-neutralitaetsdefinition-kooperative-neutralitaet-cassis-ueberrascht-mit-neuem-begriff>

Wenger, A., Mauer, V., & Schwerzmann, D. (2003). Ressortforschung. *Die Schweiz und friedensunterstützende Operationen*.

9 Grafikverzeichnis

Titelbild © METAMORPHIC MEDIA, abgerufen von <https://warontherocks.com/2015/07/nato-is-not-a-real-military-actor/> am 1. Dezember 2023

Abbildung 1: Treffen des Euro-Atlantischer Partnerschaftsrates in Prag © NATO, abgerufen von <https://www.nato.int/docu/review/articles/2007/04/01/ten-years-of-the-euro-atlantic-partnership-council-a-personal-reflection/index.html> am 1. Dezember 2023

Abbildung 2: Übersicht der Kooperationselemente Selbst erstellte Grafik mithilfe von canva.com

Abbildung 3: Schweizer KFOR-Soldat der Transportkompanie © Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, abgerufen von <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/einsaetze-und-operationen/militaerische-friedensfoerderung/missionen/swisscoy.html> am 10. Dezember 2023

Abbildung 4: Schweizer F/A-18C Hornet der Staffel 11 mit Tigerlackierung © Markus Guntli, abgerufen von <https://eastwings.blogspot.com/2019/07/fa-18c-hornet-swiss-air-force-tiger-cs.html> am 1. Dezember 2023

Abbildung 5: Maison de la Paix in Genf © Enerconom AG, abgerufen von <https://www.enerconom.ch/projekte/maison-de-la-paix-geneve> am 13. Dezember 2023

Abbildung 6: PsyOps-Trupp des Bundesheeres © 2023 Bundesministerium für Landesverteidigung, abgerufen von <https://www.bundesheer.at/unser-heer/waffengattungen/psyops-truppe#c3191> am 1. Dezember 2023

Abbildung 7: Treffen des Euro-Atlantischer Partnerschaftsrates in Prag © NATO, abgerufen von https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_213105.htm am 11. Dezember 2023

Tabelle 1: Vergleich der Truppenstärke der SWISSCOY und des AUCON

10 Interviewverzeichnis

Thierry Burkart
FDP-Parteipräsident, Ständerat, lic. iur., Rechtsanwalt, LL.M.
sekretariat@thierry-burkart.ch

NATO - Partnership for Peace Programm in Bezug auf die Neutralität

Teams-Meeting, 10. August 2023, 17:00-17:45

Gerhard Mangott
Professor für Internationale Beziehungen, Universität Innsbruck
Gerhard.Mangott@uibk.ac.at

NATO - Partnership for Peace Programm in Bezug auf die Neutralität

Teams-Meeting, 7. September 2023, 14:00-15:00

Philipp Eder
Bundesheer, Brigadier
philipp.eder@bmlv.gv.at

Vergleich der Kooperation der zwei neutralen Staaten Österreich und der Schweiz bei Pfp

Teams-Meeting, 27. September 2023, 16:00-16:30

Christoph Göd
Bundesheer, Oberstleutnant
christoph.goed@bmlv.gv.at

Rückfragen bezüglich: Vergleich der Kooperation der zwei neutralen Staaten Österreich und der Schweiz bei Pfp

Teams-Meeting, 12. Oktober 2023, 10:00

Martin Senn
Universität Innsbruck, Professor für Politikwissenschaft
martin.senn@uibk.ac.at

Die Neutralität im Zusammenhang mit dem NATO-PfP-Programm

Teams-Meeting, 11. Oktober 2023, 16:00

11 Selbständigkeitserklärung

«Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benützung anderer als der angegebenen Quellen oder Hilfsmittel verfasst bzw. gestaltet habe.»

Kantonschule Enge, 15.12.2023 Jonas Dastoor

12 Anhang

12.1 Interviewtranskription

12.1.1 Interview – Sicherheitspolitiker Thierry Burkart

Zum Anfang mal: Wie würdest du beschreiben, wie ist denn die Haltung von der FDP generell zum Thema Neutralität beziehungsweise Partnership for Peace und unterscheidet sich diese generell in der Haltung der offiziellen Haltung des Bundesrates?

Also, grundsätzlich stehen wir zur Neutralität. Die Neutralität ist eine lange Tradition der Schweiz. Sie dient der Sicherheit unseres Landes und damit auch der Bevölkerung unseres Landes. Die Neutralität ist aber kein Selbstzweck, sondern sie ist Mittel zum Zweck. Das haben übrigens bereits unsere Verfassungsgründer 1848 so besprochen und entsprechend auch festgelegt, dass es nicht in der Zweckbestimmung der Bundesverfassung aufgenommen wird, die Neutralität, sondern lediglich in den Kompetenzen des Bundesrates und der Bundesversammlung, weil eine gewisse Flexibilität vorhanden sein muss, denn sie dient der Sicherheit unseres Landes.

Insofern ist die Neutralität insbesondere in erster Linie ein militärisches Konzept. Das heißt, wir halten uns aus dem Krieg raus, wir beginnen selber keinen Krieg, wir unterstützen militärisch nicht eine Kriegspartei zulasten der anderen und wir schützen, das ist auch wichtig, wir schützen die Neutralität. Das heißt, wir sind bewaffnet, damit wir unsere Unabhängigkeit, unser Land, unsere Neutralität schützen können, deshalb bewaffnete Neutralität. Insofern unterscheidet sich diese Auffassung von Neutralität von der zurzeit gelebten bundesrätlichen Neutralität.

Der Bundesrat hat sich zwar den Sanktionen gegen die Ukraine angeschlossen, das haben wir gefordert. Wir waren, glaube ich, sogar eine der ersten Parteien, die das gefordert haben. Aber darüber hinaus ist man gerade in Bezug auf die Waffenwiederausfuhr sehr restriktiv. Wir kommen wahrscheinlich nachher noch darauf zurück. Man muss sehen, wenn ich vielleicht etwas ausholen darf: die Schweiz hat die Neutralität nie so streng gelebt, wie sie zurzeit unter anderem auch von der SVP gepredigt wird.

Ich möchte daran erinnern, dass man zum Beispiel 1951 sich den Boykott gegenüber allen kommunistischen Staaten angeschlossen hat.

Ich möchte daran erinnern, dass man nach dem Zweiten Weltkrieg gewisse Waffenlieferungen zugelassen hat an einzelne Kriegsparteien.

Ich möchte daran erinnern, dass die Amerikaner ein Nachrichtenbüro in der Schweiz hatten, ganz offiziell, was neutralitätsrechtlich auch verboten wäre. Also eine gewisse Flexibilität hatten wir immer.

Und insofern ist für uns klar, Neutralität darf kein Widerspruch sein für die Sicherheit unseres Landes.

Und die Sicherheit unseres Landes bedingt auch, dass man Zusammenarbeiten pflegen kann. Das heißt einerseits zum Beispiel Zusammenarbeit in Bezug auf mögliche Gefahren. Das hat übrigens General Guisan schon gemacht. So wurde die Operation H geplant mit den Franzosen, damit im Falle eines deutschen Angriffs, man sich zusammen mit den Franzosen dagegen wehren könnte. Und das ist nichts anderes als das, was ich fordere oder die FDP fordert im Zusammenhang mit der NATO.

Wir müssen zusammen trainieren können, wir müssen zusammen Vorbereitungen treffen können, damit man im Fall der Fälle auch zusammenarbeiten kann im

Dienst der Sicherheit unseres Landes, aber auch im Dienst der Sicherheit und Stabilität Europas. Und insofern haben wir immer Partnerships for Peace unterstützt.

Insofern fordern wir aber auch eine engere Zusammenarbeit mit der NATO über Partnership for Peace hinaus, um zusammenarbeiten zu können im Falle von kollektiven Bedrohungen oder einer Bedrohung für die Schweiz.

Denn etwas müssten wir sehen. Zurzeit ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Schweiz singulär angegriffen wird, eher klein.

Dass, wenn aber die Schweiz bedroht ist, weite Teile Europas oder ganz Europa bedroht ist, diese Wahrscheinlichkeit ist größer. Entsprechend muss man sich auch darauf vorbereiten können. Unter Wahrung der Neutralität. Aber diese Neutralität darf nicht im Widerspruch zu unserer Sicherheit sein.

Du hast zwei Dinge erwähnt, die du auch in den Interviews damals erwähnt hattest, und zwar die kollektive Bedrohung und eben die Zusammenarbeit. Und im Rahmen von Partnership for Peace ist ja festgehalten, dass jedes Land einen Beitrag leisten muss. Bis zu welchem Rahmen, lässt sich das für uns umsetzen, ohne dass wir die Neutralität verletzen? Denn es nahmen seitens der Schweiz bis jetzt beispielsweise noch nie Bodentruppen an Übungen teil?

Die Sicherheit in Europa wird im Wesentlichen garantiert durch die NATO.

Man kann das toll oder nicht toll finden, aber das ist eine Realität.

Ohne die NATO gibt es keine Sicherheit im militärischen Sinn in Europa.

Und wir haben von dieser Sicherheit und dieser Stabilität profitiert, weil wir mitten in Europa sind.

Insofern ist es auch eine Frage der Solidarität.

Wenn wir von etwas profitieren, wofür sich andere Länder engagieren:

Ist es nicht auch eine Frage der notwendigen Solidarität, der Pflicht des Beitrags, dass wir unseren Teil auch dazu beitragen?

Und insofern, wichtig ist, was die Schweiz will.

Darüber habe ich schon mit NATO-Generälen und mit dem stellvertretenden Generalsekretär gesprochen. Und sie haben mir auch gesagt, dass es wichtig sei, zu sagen was wir wollen.

Und genauso wichtig ist auch, dass wir sagen, was wir nicht wollen.

Und hier können wir definieren, also insofern haben wir relativ große Möglichkeiten, um zu sagen, was dient unserem Land und wo hat es neutralitätsrechtliche Grenzen.

Um es etwas ganz vereinfacht zu sagen:

Die eine Seite ist, weshalb sollen Bodentruppen nicht auch an gemeinsamen Übungen teilnehmen, wenn das die Luftwaffe kann? Das ist ja eigentlich überhaupt kein Unterschied.

Es ist eine andere Dimension, nämlich Boden und Luft, genauso wie Cyber.

Aber was für Cyber und Luftwaffe möglich ist, sollte auch für Bodentruppen möglich sein.

Aber die andere Seite ist: Wahrscheinlich macht es keinen Sinn, als neutraler Staat, der sich nicht per se der kollektiven Verteidigung unterwirft - wir treten der Nato ja nicht bei - dass wir an Übungen an der Ostflanke Europas teilnehmen.

Das heisst, hier gilt es klar zu definieren, was wir wollen und was wir nicht wollen. Es gilt zu definieren, was im Interesse der Schweiz auch ist, und wo wir unseren Beitrag leisten können, ohne dass das neutralitätsrechtlich problematisch ist.

Das gilt jetzt zu definieren. Da sind wir dran.

Eine hundertprozentige mathematische Definition wird es nicht geben, aber eine politische Willensbildung, die jetzt voranschreiten muss.

Du hast jetzt die baltische Grenze angesprochen: In der Praxis gab es ja schon PfP-Übungen an der baltischen Grenze mit Schweizer Beteiligung. 2015

diese Arctic Challenger Exercise. Wie bewertest du die Problematik der politischen Botschaft hinter einem solchen Manöver und dem Widerspruch zur Neutralität?

Wir haben das zurzeit ja nicht definiert und das ist genau das Problem. Rechtlich ist so gut wie alles möglich, solange es keinen Krieg gibt. Diese politische Deklaration, was wir wollen, was wir nicht wollen, ist ja nicht vorgenommen.

Deshalb gehen wir vielleicht am einen oder anderen Ort mit der Luftwaffe weiter, als man das vielleicht möchte.

Aber das stört ja offenbar auch niemanden. Und bei den Bodentruppen machen wir gar nichts.

Statt dass man klar definieren würde, was ist im Interesse der Schweiz, wo ist es neutralitätsrechtlich problematisch und wo nicht?

Klar ist für mich beispielsweise, es gibt Bedrohungssituationen, denen wir uns übrigens als Kleinstaat gar nicht mehr entgegensetzen können.

Zum Beispiel Raketenangriffe, Interkontinental-Raketen.

Da können wir keinen Schutzschirm alleine aufbauen, ohne Koordination, ohne Zusammenarbeit, ohne Unterstützung auch der NATO.

Ich möchte ein anderes Beispiel nehmen. Wir mieten uns ein in die Technologie der Franzosen im Bereich der Satellitenüberwachung.

Auch da, wir werden die Mittel nicht haben, um eigene Satelliten in den Weltraum zu schießen, aber man muss feststellen, dass die Waffentechnologie immer mehr auf Satelliteninformationen angewiesen ist.

Also das zeigt, wir haben Bedürfnisse für unsere Sicherheit.

Und wenn man Bedürfnisse hat, kann man die natürlich einerseits pekuniär abgelten. Aber wahrscheinlich ist mehr gefragt, dass wir auch Know-how einbringen können.

Und hier ist genau ein großer Benefit unsererseits, der Schweiz.

Wir können relativ viel Know-how einbringen. Unser großer Vorteil ist, dass wir in einer Milizarmee sind.

Und in der Milizarmee ist ein sehr hohes Know-how vorhanden, weil das sind ja Berufsleute.

Das sind Profis in ihrem zivilen Leben, die das Know-how in diesen Bereichen dann auch in die Armee hineintragen.

Und das sagen mir auch immer wieder NATO-Vertreterinnen und Vertreter.

Die sagen, genau an diesem Know-how wäre man sehr interessiert.

Aber, auf die Frage zurückzukommen, wir mäandrieren um die Frage herum, was wir von der NATO wollen und was nicht, weil man Angst vor der neutralitätspolitischen Debatte hat, statt dass wir es einmal genau definieren würden.

Das wäre zum Nutzen der NATO, aber auch zum Nutzen der Schweiz.

Du hast öfters diesen Handlungsbedarf in Sachen Zusammenarbeit mit der NATO erwähnt, schlichtweg aus dem Grund, dass die Schweiz eine zentrale Lage in Europa hat. Die Frage, die mir dabei aufgekommen war: machen wir uns nicht gerade durch eine stärkere Kooperation und stärkere Solidarisierung mit westlichen Ländern eigentlich viel mehr zur Zielscheibe?

Das ist die These der SVP. Sich aus allem heraushalten und dann könne einem selbst nichts mehr passieren. Nun, ich bezweifle diese These in zweierlei Hinsicht.

Erstens, in Kriegen wie wir sie jetzt sehen, ein illegaler Aggressionskrieg von Russland gegenüber der Ukraine. Und wir halten uns vollständig raus.

Also vermeintlich, indem wir sogar anderen Ländern verbieten, Waffen weiterzugeben, die sie einmal vor Jahren von uns gekauft haben, dann torpedieren wir ja aktiv sogar die Sicherheitsbemühungen der westlichen Staaten. Insofern helfen wir dann Russland, sind wir dann wirklich neutral?

Ist es möglich, dass wir uns überhaupt völlig heraushalten können in einer so vernetzten Welt? Und am Schluss ist einfach klar, und das ist der zweite Punkt, wenn es dann aber zu Bedrohungen kommt, dann sehe ich nicht, wer unserer Partner sind, außer die westlichen Partner.

Ist es Russland? Nein. Es war schon im Kalten Krieg so. Man war möglichst neutral, aber man war immer mit dem Westen quasi verbündet. Man wusste immer, mit wem man zusammenarbeitet, zum Beispiel im nachrichtendienstlichen Sinn. Man hat ganze Truppenübungen der Schweizer Armee gegen Osten ausgerichtet. Also man wusste immer klar, wer im Notfall an unsere Verbündete sind und wer nicht.

Und dieser Realität können wir uns einfach nicht entziehen.

Dazu kommt, dass die Waffensysteme heute so vernetzt sind.

Also die Zeit von nur Handgranaten und Gewehren, die ist vorbei und von singulären Artilleriekanonen.

Heute sind das ganze vernetzte Systeme, bei denen man auch auf Zusammenarbeit angewiesen ist.

Rein schon technologisch.

Die Schweiz nahm bereits in den 80ern relativ erfolgreich an UNO-Missionen in Namibien, in Kashmir, in der Westsahara, wo eben solche friedenssichernde Operationen bereits bestanden.

Wofür benötigte man in diesem Aspekt theoretisch noch die NATO? Beziehungsweise: Wären Einsätze wie die Swisscoy im Kosovo als UNO-Missionen in ihren Augen möglich gewesen? Hätte man dafür Partnership for Peace gebraucht?

Das sind NATO-Truppen und dort beteiligen wir uns, aber ich meine, es besteht ein UNO-Mandat, dass die NATO hier überhaupt aktiv wird und das ist ein gutes Beispiel, dass es eben in unserem Interesse ist, dass wir dort für Stabilität und Frieden mit sorgen können, denn die größte Diaspora von Kosovo-Albanern ist in der Schweiz. Das heisst, Instabilität in Kosovo hat zur Folge, dass wir mit grossen Flüchtlingsströmen dann konfrontiert sind, dann unter anderem auch mit Sicherheitsproblemen in unserem Land.

Also wir tun gut daran, dort unseren Beitrag zu leisten. Das wird auch sehr geschätzt. Die Schweiz hat dort eine besondere Stellung. Wir haben ein sehr hohes Ansehen in Kosovo. Deshalb können wir hier einen echten Beitrag zum Frieden und Stabilität im Kosovo leisten.

Und dies wäre nicht durch UNO-Blauhelm-Truppen usw. möglich gewesen?

Jaja, nur die Frage, wer führt sie dann, oder? Die UNO hat ja selber keine Truppen. Das heisst, sie muss jemanden beauftragen mit den Operationen, das ist dann eben meistens die NATO.

Du hast von dieser Vernetztheit geredet, dass in gewisser Weise automatisch eine Abhängigkeit entsteht.

Nimmt man jetzt das Beispiel Cyber-Security: Da weisst du wahrscheinlich besser als ich, dass die Schweiz nicht zwingend auf einem sehr zeitgemässen Stand ist.

Ist es nicht hier besonders gefährlich oder problematisch, dass man sich durch diese Verteidigungsbündnisse abhängig macht, weil man beispielsweise einen Computer hat, der von irgendwo aus Amerika kontrolliert werden kann?

Kooperation darf nicht dazu führen, dass man abhängig wird.

Kooperation darf kein Widerspruch zur Unabhängigkeit sein.

Wir haben in unserer Bundesverfassung klar den Auftrag für die Unabhängigkeit unseres Landes zu sorgen.

Die Frage ist nur, wie erreichen wir diese Unabhängigkeit.

Und diese Unabhängigkeit im Cyberbereich erreicht man insbesondere, indem wir einen möglichst guten Schutz im Cyberbereich aufbauen können. Dafür ist man auf Zusammenarbeit angewiesen und vor allem auf die Expertise. Im Cyber Center der NATO in Tallinn glaube ich, dort können wir sehr viel davon profitieren.

Wir können auch eine Erfahrung einbringen natürlich, aber es heißt nicht, dass wir uns systemisch anderen Ländern ausliefern.

Das darf es nicht sein.

Wir brauchen zum Beispiel, meine Meinung ist klar:

Gewisse Daten müssten in der Schweiz gelagert sein und dürfen nicht irgendwie ausgelagert werden in irgendwelche Länder, egal welche, sondern hier braucht es eine gewisse, auch geografische Unabhängigkeit.

Darauf muss man achten, aber ich glaube, es ist ein Missverständnis, wenn er meint, Kooperation sei ein Widerspruch zur Unabhängigkeit.

Mit jemanden, die die Option haben, zusammenarbeiten zu können, heißt nicht zwingend, dass man es muss und dass man sich ausliefert, sondern es heißt, dass man im Notfall bereits schon eingeübt ist und daher schlagkräftiger ist gemeinsam.

Das meine ich auch mit der NATO-Zusammenarbeit im Sinne der Option:

Das heißt nicht, dass wir im kollektiven Verteidigungsfall teilnehmen müssen, weil wir nicht NATO-Mitglied sind, sondern dass, wenn wir bedroht sind, dass wir zusammenarbeiten können.

Und wer zusammenarbeiten will, der tut gut daran, das vorher schon trainiert zu haben.

In welchem Bereich auch immer. Luftwaffe, Bodentruppen, aber auch Cyber. Aber keine Auslieferung.

Also in dem Sinne würde ich nicht unterstützen, dass wir auf gewisse Fähigkeiten verzichten, weil andere die dann für uns übernehmen. Wir brauchen ein funktionierendes Gesamtsystem, aber wir können mit Zusammenarbeit unser Gesamtsystem stärken.

Zudem gibt es halt eben auch Fähigkeiten, die wir nicht erlangen können.

Ich habe vorhin ein Beispiel genannt mit Satelliten-Technologie oder auch Bedrohungssituationen durch Langstrecken-Raketen, dort sind wir dann auf die Zusammenarbeit angewiesen. Aber im Wesentlichen bin ich dafür, dass unser Verteidigungssystem als Gesamtsystem grundsätzlich funktioniert und die Zusammenarbeit unsere Fähigkeiten verstärkt.

Es gäbe ja noch die erweiterte Möglichkeit als Enhanced Opportunities Partner: Wäre die Teilnahme an Manövern als EOP-Staat verpflichtend, denn Partnership for Peace beruht ansonsten auf Freiwilligkeit?

Also es ist so: EOP ist ein Programm, wo man sehr spezifisch definieren kann, wie diese Zusammenarbeit aussieht. Deshalb kann man klar definieren, dass es keinen Automatismus geben muss. Und das müssen wir genau sagen.

Denn ein Automatismus für kollektive Verteidigungsoperation im Sinne von Artikel 5, das wäre natürlich neutralitätsrechtswidrig.

Aber ich sage es einmal so: EOP ist Haute-Couture und nicht Prêt-à-porter.

Das heißt, es ist Tailor-made. Man kann sich zusammen mit der NATO klar definieren, wie das Programm aussehen soll, im Einzelfall.

Die Ukraine ist ja genau ein Beispiel, die sind dort dabei. Aber es kommt ja nicht zu einem kollektiven Verteidigungsfall.

Wenn du in die Zukunft schaust, glaubst du, dass der Druck auf weitere Annäherungen an die NATO eher nationaler Natur sein wird? Oder dass es eher externe Faktoren wie die NATO oder Amerika sein werden, die dazu führen würden?

Ich glaube, spezifisch auf die NATO gerichtet, spüre ich keinen Druck aus internationaler Sicht. Dort würde man es begrüßen, die Zusammenarbeit zu intensivieren, aber es ist kein Druck.

Der Druck findet natürlich viel mehr in anderen Bereichen statt, zum Beispiel in der Waffen-Wiederausfuhr-Thematik.

Das hat keinen direkten NATO-Zusammenhang, aber es hat natürlich mit der Zusammenarbeit, mit dem Verständnis der Zusammenarbeit innerhalb des westlichen Lagers zu tun. Und für mich ist es klar, wir dürfen den Westen nicht torpedieren und behindern in ihren Bemühungen für Stabilität und Sicherheit in Europa. Aus grundsätzlicher Sicht nicht, aus neutralitätsrechtlicher Sicht auch nicht, aber vor allem auch aus Sicherheitsinteressen der Schweiz nicht. In diesem Bereich der Waffenlieferungen wird sicher der Druck stärker zunehmen. Ich vermute aus dem Ausland, aber auch aus dem Inland, allerdings nicht in Bezug auf die NATO.

Ich glaube eher, wir tun gut daran, wenn wir uns selber hier etwas bewegen. Wir haben zurzeit keine Verteidigungsfähigkeit.

Wir haben in den letzten 30 Jahren unsere Verteidigungsfähigkeit abgebaut unter dem Aspekt der sogenannten Friedensdividende und insofern tun wir gut daran, diese Verteidigungsfähigkeit, diese Lücke irgendwie kurzfristig zu schließen. Langfristig müssen wir sie schließen mit eigenen Bemühungen wieder aufbauen. Kurzfristig können wir sie aber sicher auch etwas überbrücken, indem wir die Zusammenarbeit verstärken.

Du hältst das Partnership for Peace, in der jetzigen Form für eine ungenügende Verteidigungsvorsorge. Trotzdem: Welche Chancen oder welches Potential siehst du noch im Rahmen von Partnership for Peace?

Nun, Partnership for Peace ist kein Verteidigungsprogramm im eigentlichen Sinne. Es ist ein Zusammenarbeitsprogramm, um Know-how auszutauschen, das nützt natürlich etwas, aber es ist auch eben gerade auch für Aktivitäten wie Kosovo und so weiter gedacht.

Und insofern sind wir im Bezug auf die Verteidigung immer noch sehr, sehr, sehr autonom, das wollen wir auch bleiben, aber wir sind auch sehr wenig vernetzt mit Ausnahme der Luftwaffe und Cyber.

Insofern finde ich Partnership for Peace eine gute Sache.

Aber das alleine reicht nicht, um die Verteidigungsfähigkeit zu erlangen, die wir haben müssen, insbesondere angesichts der sich verändernden geopolitischen Situation, Stichwort Russland natürlich, aber insbesondere auch Stichwort China.

Zudem: Eine ganz profane Boots-on-the-Ground-Betrachtung. Die Schweiz hat für grosse Truppenübungen gar nicht mehr das Gelände. Wo will man denn zwei oder drei Panzerbrigaden auffahren lassen?

Nur schon aus diesem Grund, um selber schon üben zu können, sind wir auf Gelände im Ausland angewiesen. Nur schon aus diesem Grund ist eine engere Zusammenarbeit mit der NATO auch für Bodentruppen in unserem Interesse.

Das ist sicher richtig. Das heißt eben, Sie denken, in diesem Fall wäre ein Programm wie EOP nötig, damit solche Dinge möglich wären?

Ja, gut. Es hat vor kurzem eine Übung gegeben, eine Truppenübung, glaube ich, vor allem in Frankreich.

Oculus hieß die. Und wir haben dort leider nichts eingenommen. Wir hätten die Möglichkeit gehabt.

Also es wäre schon heute mehr möglich, als was wir tatsächlich tun.

Ist für dich die Abschaffung der Neutralität jemals ein Punkt gewesen, den du in Betracht gezogen hättest?

Nein, ich stehe zu Neutralität. Aber ich stehe zu Neutralität im Sinne des militärischen Verständnisses und nicht des Abseitsstehens generell oder sogar das Hindern anderer Staaten an gewissen Sicherheitsbemühungen, wie bei der Frage der Winterausfuhr. Dort hindern wir gewisse Staaten in ihren gemeinsamen Bemühungen. Das ist gar nicht neutral.

Insofern, meine ich, müssen wir uns klar werden, was ist Neutralität und was ist Neutralität nicht. Und ich sehe keinen Widerspruch von Sanktionen.

Ich habe es vorher schon erwähnt: Selbst im Kalten Krieg haben wir uns an Sanktionen bzw. an Boykotten beteiligt. Ich sehe keinen Widerspruch zur Neutralität.

Für mich ist die Neutralität ein militärisches Konzept. Daran sollten wir uns auch festhalten. Das schließt aber nicht aus, dass wir uns in anderen Bereichen als den militärischen sehr wohl auch um Sicherheit, Frieden und um die Verteidigung unserer Werte bemühen können.

12.1.2 Interview – Professor Gerhard Mangott, Universität Innsbruck

Wie bewerten Sie die bisherige Kooperation Österreichs mit der NATO neutralitätstechnisch?

Neutralitätsrechtlich ist diese Kooperation zweifellos möglich.

Österreich hat mit der NATO, wie viele andere Staaten auch, das Partnership for Peace-Programm ausgehandelt und da festgelegt, welche Aktivitäten es mit dem Militärbündnis gemeinsam durchführen möchte.

Neutralitätsrechtlich ist das deswegen möglich, weil Österreich unter den Neutralitätsrechten nur dazu verpflichtet ist, keine Militärbasen auf seinem Territorium zuzulassen und an keinem Militärbündnis mitzuwirken. Und die Partnership for Peace-Aktivitäten, die sind nicht gleichzusetzen

mit der Mitwirkung in einem Militärbündnis, denn streng genommen heißt es im österreichischen Neutralitätsrecht nur: «Mitgliedschaft in einem Militärbündnis». Also neutralitätsrechtlich ist das zweifelsohne gedeckt. Neutralitätspolitisch kann man sich natürlich die Frage stellen, ob das tatsächlich sicherstellt, dass die Perzeption des österreichischen Staates global gesehen als eines neutralen Staates dadurch verstärkt wird oder geschwächt wird.

Und die Antwort ist sicherlich, dass die Perzeption dadurch geschwächt wird. Das hat Österreich aber aus politischen Gründen so entschieden, genauso wie es aus politischen Gründen entschieden hat der Europäischen Union beizutreten. Auch das hat die Neutralitätspolitik Österreichs deutlich verändert, dramatisch verändert, weil ja innerhalb der Europäischen Union Solidarität gelten soll, nicht Neutralität, so die Haltung aller österreichischen Bundesregierung seit dem Beitritt zu 1995. Aber natürlich auch ist das neutralitätspolitisch ein Schritt gewesen, der dazu geführt hat, dass die Perzeption Österreichs als neutraler Staat global eben auch zurückgegangen ist.

Also man muss da ganz klar unterscheiden zwischen einer Verletzung des Neutralitätsrechts. Letzteres liegt zweifelsohne nicht vor.

Man muss ja auch sagen: Österreich könnte dieses Neutralitätsgesetz jederzeit aufheben. Aber neutralitätspolitisch haben diese Entscheidungen EU-Beitritt und Partnership for Peace sicherlich sehr viel am Image Österreichs verändert.

Wie rechtfertigt denn die österreichische Regierung jegliche Annäherungen zu der NATO? Wird das so aufgenommen oder gilt das noch als glaubwürdig?

Nun, das Problem ist, dass die Regierungen allesamt gegenüber der Bevölkerung nicht wirklich ehrlich sind.

Also in ihrer Kommunikation mit der Bevölkerung ist es weiterhin so, dass man sagt: Wir sind immer neutral, das war so, das ist so, das wird so bleiben. Und das heißt, wir können nicht in einen Krieg hineingezogen werden, was natürlich rechtlich gesehen ein Unsinn ist.

Aber in der österreichischen Bevölkerung verfängt diese Kommunikation jetzt schon seit vielen Jahrzehnten, eigentlich seit 1955.

Die große Mehrheit der österreichischen Bevölkerung glaubt eben, wir sind militärisch geschützt, weil wir neutral sind. Historisch sind immer wieder neutrale Länder militärisch überfallen worden, denken wir an den Ersten und an den Zweiten Weltkrieg.

Also in der Bevölkerung ist jedenfalls der Wunsch sehr stark, die Neutralität beizubehalten, so wie sie in der Bevölkerung irrigerweise verstanden wird. Und jegliche Abkehr von dieser so verstandenen Neutralität ist in der Bevölkerung höchst umstritten. Daher ist, obwohl die Österreichische Regierungsrundung das Jahr 2000 der Regierung von Kanzler Schüssel einmal über eine NATO-Mitgliedschaft nachgedacht hat, diese jetzt seit vielen Jahren vom Tisch. Keine Regierung, keine Partei in Österreich möchte mit diesem Vorstoß der NATO beizutreten, tatsächlich Wahlen schlagen, denn das würde den Wahlkampf Erfolg dieser Parteien erheblich schwächen.

Da gibt es nur eine Partei, die NEOS, das ist eine kleine Partei von etwa 9%. Die diskutieren ziemlich offen einen NATO-Beitritt Österreichs, aber die sind nicht regierungsrelevant.

Selbst wenn sie irgendwann einmal in der Regierung aufgenommen werden sollten, dann werden sie sich sicherlich in dieser Frage gegenüber den Koalitionspartnern nicht durchsetzen können.

Das Problem ist nur, dass die Regierung diese Kommunikation so betreibt, um die Bevölkerung zu beruhigen und ihr etwas mitteilt, nämlich: «ihr seid militärisch geschützt», obwohl es natürlich nicht stimmt. Die Tatsache, dass auch die Neutralitätspolitik durch den EU-Beitritt und Partnership for peace mit der NATO weniger glaubwürdig geworden ist, das wird den Diskurs in Österreich völlig vermieden.

Bei meiner Recherche kam ich immer mehr zur Auffassung, Österreich würde enger mit der NATO kooperieren insgesamt.

Sehen sie dies auch so? Können sie sich erklären warum?

Warum die Schweiz nicht enger zusammenarbeitet mit der NATO, das müssen Sie beantworten, oder Experten für die Schweiz, das kann ich nicht sagen, aber es stimmt wohl, dass Österreich enger mit der NATO zusammenarbeitet, als die Schweiz es tut. Die Schweiz ist ja auch nicht Mitglied der Europäischen Union aus verschiedenen Gründen.

Also der Schweizer Neutralitätsstatus, der ja auch schon sehr viel älter ist als der Österreichische, eine sehr viel längere Tradition hat, ist sicherlich in der globalen Perzeption unangefochtener als der österreichische Neutralitätsstatus, auch wenn natürlich auch die Teilnahme der Schweiz und den westlichen Sanktionen gegen Russland einige Kratzer dieser Perzeption eines neutralen Staates zugefügt haben.

Was denken Sie, wie viel sowjetische Abschreckung aus der Vergangenheit, Österreich hat eine längere Vergangenheit durch Besatzung usw.

Man ist natürlich auch leicht näher an Russland als die Schweiz.

Was denken Sie, wie viel steckt da noch in der heutigen Sicherheitspolitik Österreichs von diesen Erfahrungen?

Die Neutralität war zwar nicht rechtlich, aber politisch eine Entscheidung, die Österreich aufgezwungen wurde durch die Sowjetunion, um die Unabhängigkeit zu erlangen. Das wird zwar in der österreichischen Politik immer dementiert, dass es da einen Zusammenhang gegeben habe, aber natürlich war dieser Zusammenhang da. Sowohl die Sowjetunion als auch die westlichen Alliierten, die Österreich besetzt hielten, haben diese Neutralität sehr geschätzt. Der

Westen hat natürlich auch sofort verstanden, dass Österreich schon seit dem Beschluss dieses Neutralitätsgesetzes politisch nicht neutral ist, sondern im Westen integriert ist, nur militärisch neutral ist.

Das war aber für die Sowjetunion eigentlich für lange Zeit genug. Es gab nur dann Kontroversen, als Österreich den Antrag auf einen Beitritt zur Europäischen Union stellte. Da gab es in der sowjetischen Regierung doch Stimmen, dass das mit dem Neutralitätsrecht nicht vereinbar sei.

Aber die Sowjetunion ist dann auseinandergebrochen und dann war das letztlich irrelevant. Österreich hat dann zwar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion versucht, durchzusetzen, dass sie Russland nicht als Rechtsnachfolger der Sowjetunion akzeptiert

und damit auch nicht als Partei des Staatsvertrages mit dem Österreich seine Unabhängigkeit erlangt hat.

Aber Österreich blieb damit alleine die westlichen Staaten haben, Russland alle als Rechtsnachfolger anerkannt.

Als Österreich dann am 1. Jänner 1995 Mitglied der Europäischen Union wurde, galt diese Ansicht auch dann für die österreichische Außenpolitik.

Ein sehr interessantes Zitat, das ich gelesen hatte von einem Bericht unseres Bundesrates, wäre, dass man glaubt, dass das Partnership for Peace Programm gerade eine große Bedeutung für die Sicherheit hätte oder habe, weil darin eben auch

neutrale Staaten vorhanden wären, die gute Dienste erweisen können und so weiter. Wie bewerten Sie diese Aussage?

Das ist, glaube ich, eher eine politische Zweckbehauptung.

Das Partnership for Peace Programm wurde eigentlich von den USA entwickelt, um den osteuropäischen Staaten, die dringend die NATO gewollt hatten, sozusagen eine Zwischenlösung zu bieten und eine Basis für die Vorbereitung auf den Beitritt zur NATO.

Dass andere Staaten, wie Österreich das auch unterzeichneten ist dem Beschluss oder dem Entschluss der (österreichischen) Regierung zu verdanken. Jedenfalls führte dieser Beschluss dazu, dass Österreich sagte, wir wirken daran mit, weil wir darin auch eine Verstärkung unserer militärischen Fähigkeiten sehen durch gemeinsame Ausbildungsprogramme, durch gemeinsame Übungen und daher unseren Neutralitätsauftrag besser erfüllen können.

Aber so ehrlich muss man sein: Partnership for Peace war anders gedacht und das war auch der Hauptzweck und die wirkliche Stoßrichtung dieser US-amerikanischen und dann NATO-Initiative.

Glauben Sie denn, die Bedeutung für den Frieden, das heißt Partnership for Peace, hat sich seit der Gründung, also die Bedeutung des Programmes für den Frieden, hat sich seit der Gründung 1994 in einem Aspekt verändert, oder wie hat sich diese Bedeutung für den tatsächlichen Frieden verändert?

Ich würde sagen, Partnership for Peace ist nichts, was wirklich zur Konfliktfreiheit oder zur Vermeidung von Krieg beiträgt. Das wäre die Abschreckungs- und Verteidigungskapazität des Militärbündnisses des Westens der NATO.

Also diese ideologische Überhöhung, dass damit das Friedensprojekt Europa weiter vorangebracht werden würde. Das ist eine politisch-ideologische Argumentation. Aber faktisch sind die Länder, die PFP betreiben mit der NATO, aber außerhalb der NATO, sicherlich nicht relevant dafür, ob es in Europa Frieden gibt oder nicht.

Glauben Sie nun, dass in der Zukunft durch die neue geopolitische Lage, Krieg in der Ukraine und so weiter, Blöcke, die sich bilden, China, es häufiger wird, dass sich neutrale Staaten positionieren müssen. Also dass wir an solchen Übungen teilnehmen werden, auf Sicherheitsgründen?

Ja, ich glaube schon, dass unter den neuen geopolitischen Bedingungen der Druck auf neutrale Staaten zunimmt. Zumal jetzt nur noch wenige europäische Staaten neutral sind, in der Europäischen Union eigentlich nur noch vier mit Österreich. Auch weil Konfrontation zwischen Russland und dem Westen sehr intensiv

ist und sehr lange andauern wird, nehme ich sehr stark an, dass der Druck auf die neutralen Länder stärker wird, hier noch enger mit der NATO zusammenzuarbeiten.

Für Österreich bedeutet das, die österreichische Regierung würde weiterhin sagen, diese Zusammenarbeit mit der NATO ist eben keine Mitgliedschaft im Militärbündnis und daher neutralitätsrechtlich völlig in Ordnung.

Aber wie gesagt, man müsste an sich eine ehrliche öffentliche Debatte führen, dass die Neutralitätspolitik dadurch schon Schaden nimmt und die österreichische Außenpolitik dadurch einen anderen Charakter bekommt.

Im Rahmen von Partnership for Peace werden auch Übungen und Manöver durchgeführt.

Die Schweiz nahm bis jetzt nur an Cyber- und Luftwaffenübungen teil. Ich sehe nicht ganz die Begründung, warum man sich in dem Fall so weit aus dem Fenster lehnt, sich aber Bodentruppen weigert.

Sehen Sie da eine Erklärung dafür?

Nein, nein, eine wirklich vernünftige Erklärung dafür gibt es nicht. Es ist im Wesentlichen dann doch eine politische Ausrede auch zur Beruhigung der Schweizer Bevölkerung, denke ich.

Aber grundsätzlich, wenn man eine Schwelle überschreitet, und das hat die Schweiz getan, das hat Österreich getan, dann nimmt die Glaubwürdigkeit neutralitätspolitisch jedenfalls ab. Das gilt für Österreich mehr noch als für die Schweiz, aber eben auch für die Schweiz.

Man macht ja bei dieser Zusammenarbeit bis zu einem gewissen Grad immer eine Gratwarnung zwischen sich abhängig machen, aber auch vom Know-how profitieren. Cyber ist, denke ich, das beste Beispiel, da wir gleichzeitig nicht auf dem neuesten Stand sind, aber umgekehrt auch große Gefahr laufen, wenn wir uns mit fremden Technologien abhängig zu machen.

Gibt es hier eine Lösung?

Nun ja, es ist sicher zweifellos so, dass die militärischen Fähigkeiten durch Partnership for Peace tatsächlich gesteigert werden. Das gilt für Österreich, das gilt für die Schweiz. Das ist sicherlich richtig, aber wie gesagt, das hat einen Preis, den man offensichtlich bereit ist zu bezahlen: Diese Zusammenarbeit bei Übungen, bei Manövern oder die Übernahme von technischen Systemen etwa zur Garantie der Cyber-Sicherheit durch neutrale Staaten. Denn das sind natürlich alles Dinge, die neutralitätspolitisch schwer erklärbar sind und das damit eigentlich nicht im Einklang steht.

Aber wie gesagt, in Österreich wird die Neutralität de facto immer stärker auf das nackte Neutralitätsrecht reduziert. Nur gegenüber der Bevölkerung wird behauptet, die österreichische Neutralität sei unverändert geblieben durch den EU-Beitritt und durch die Ereignisse der letzten 30 Jahre.

Aber de facto ist das eben nicht so. Und ich nehme an, in der Schweiz ist es ähnlich, aber mit der Schweiz kenne ich mich halt überhaupt nicht aus.

In der Schweiz ist die Neutralität als Mittel zum Zweck definiert.

Laut Bundesverfassung ist es nur in den Handlungskompetenzen des Bundesrates, aber explizit nicht im Zweck-Artikel.

Würden sie sagen es ist in Österreich eher als Mittel oder eher als Zweck definiert?

Politisch und de facto wurde die Neutralität für einen Zweck beschlossen, nämlich für die staatliche Unabhängigkeit. Das war der damalige Zweck und das ist heute längst nicht mehr relevant. Ich würde sagen, für Österreich ist die Neutralität eher ein Mittel als ein Zweck.

Glauben Sie, dass es generell eine Möglichkeit gibt, diesen Zielkonflikt zu lösen: Neutralität, aber auch Sicherheitsgewährleistung durch Kooperation, denn autonom sind wir schlichtweg nicht in der Lage. Aber umgekehrt ist man auch durch das Haager Abkommen verpflichtet, die Neutralität verteidigen zu können. Sehen Sie irgendeine Lösung?

Ich glaube es ist ein grosses unlösbares Dilemma. Wenn man die militärische Zusammenarbeit mit anderen Staaten vertieft, so wie das im PFP gemacht wird, dann steigen zwar die Fähigkeiten, die dann auch genutzt werden können zur Verteidigung der Neutralität sowohl Österreichs als auch der Schweiz. Aber gleichzeitig nimmt man dadurch auch einen Schaden, nämlich in der globalen Perzeption als neutraler Staat. Das ist dieses absurde Dilemma, das dadurch vorgerufen wird: Stärken der Fähigkeiten zur Verteidigung der Neutralität, aber gleichzeitig Glaubwürdigkeitsverlust der Neutralität in der globalen Perzeption. Und diesem Dilemma, dem kann man nicht entkommen. Und es ist dann eine Werteentscheidung, welche Politik man verfolgt.

12.1.3 Interview – Brigadier Martin Eder

Wie schätzen Sie die Bedeutung von PFP für die österreichische bzw. falls genauer informiert, auch die schweizerische Sicherheit und Wehrfähigkeit ein?

Wenn ich an das Bundesheer denke, dann ist die größte Bedeutung die Möglichkeit NATO-Standards kennenzulernen und auch durch Überprüfungssteams der NATO überprüfen zu lassen, wenn man das will. So kann man sich in den internationalen Vergleich begeben. Was ja dann schlussendlich dazu dient, dass man interoperabel in gemeinsam Einsätzen ist. Das ist die militärisch-taktische Bedeutung.

Die strategische Bedeutung liegt in der NATO-Anbindung, die eigentlich von beiden Seiten sehr offen gestaltbar ist. Es gibt zwar Verpflichtungen, aber es hat keine Konsequenzen, falls diese nicht eingehalten werden.

Es gibt ein paar Dinge, die muss man machen, damit man Partner sein kann, aber in Wirklichkeit ist die Handlungsfreiheit trotzdem weiterhin gegeben.

Dies wären Auswirkungen auf die Sicherheit durch Wehrfähigkeit. Wie sehen sie die Auswirkungen auf die internationale Sicherheit durch Peace Support Operations?

Schweizer und österreichische Kontingente sind ja im Kosovo in diesem NATO-Einsatz. Ich bin mir aber nicht sicher, ob es die Partnerschaft für den Frieden wirklich braucht, um an diesem Einsatz teilzunehmen. Ich glaube, diese Einsätze gäbe es sowieso, auch wenn es PFP nicht gäbe. Durch PFP gibt es eine Standardisierung und Interoperabilität. Dies hilft natürlich in diesem NATO-geführten Einsatz. Aber ich weiß jetzt nicht, ob das jetzt wirklich so direkt mit PFP zusammenhängt.

PFP bedeutet aber ein Dialogforum für nicht NATO-Nationen mit der NATO. Und ich glaube, das ist der wesentliche Sicherheits-Benefit.

Wie bewerten Sie dabei die Rolle des Dialogforums EAPC? Wie groß ist dessen Auswirkung auf die europäische oder österreichische Sicherheit?

Was ich für Österreichs beobachtet habe in den letzten Jahren: Relativ gering, weil mein Eindruck war, dass die wirklichen NATO-Formate, wo die NATO-Mitgliedstaaten am Tisch sitzen, viel bedeutender, wichtiger und ernstgenommener sind in der NATO als in den Gesprächen, die es mit den

Partnernationen gibt. Ich habe den Eindruck, dass man vergessen hat, dass es NATO-Partner gibt, weil die Partnerschaft für den Frieden ein Tool ist, um die osteuropäischen NATO-Aspiranten näher an die NATO heranzuführen. Diese wurden nun mehrheitlich bereits aufgenommen. Russland ist ja auch in der PfP. Aber der Hauptzweck war eigentlich mit der Mitgliedschaft der osteuropäischen Länder erfüllt. Die Partnerschaft für den Frieden läuft zwar weiter, aber hat für die NATO damit sehr stark an Bedeutung verloren. Jetzt hat der NATO-Beitritt von Schweden und Finnland zu einer noch größeren Marginalisierung geführt, weil so nur noch wenige Länder dabei sind, die NATO-Mitglied werden wollen und über die PfP an die Mitgliedschaft herangeführt werden.

Wie bewerten Sie die bisherige Kooperation Österreichs, bzw. der Schweiz neutralitätspolitisch?

Ich habe also schon den Eindruck, dass Österreich bis zum Eingriff Russlands auf die Ukraine enger kooperiert hat mit der NATO, weil wir auch weitaus auslandsorientierter sind als die Schweiz. Allerdings war immer die rote Linie der Artikel 5 der NATO. Also wenn wir z.B. NATO-Übungen teilnehmen, dann können das nur Übungen sein, die nicht Artikel 5 beinhalten. Das war auch in den letzten 20 Jahren nicht so das Thema, weil der Artikel 5 oder die Landes- und Bündnisverteidigung in der NATO keine so große Rolle gespielt hat. Jetzt, mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat sich das völlig verändert, weil die NATO jetzt ihre ursprüngliche Aufgabe wahrnimmt, nämlich Europa gegen Russland zu verteidigen. Dadurch ist die Neutralitätspolitik nicht einfacher geworden, weil auch die NATO sich jetzt wieder so stark als das Militärbündnis identifiziert, das sie eigentlich immer war. Und solange es um Stabilisierungseinsätze im Ausland oder außerhalb Europas ging, hat die Neutralität ja keine Rolle gespielt. Aber wenn es uns wieder um Landes- und Bundesverteidigung geht, ist der Artikel 5 für unsere beiden Länder eine dauernde Linie.

Wo sehen Sie da den Hauptgrund, wenn Sie jetzt militärisch vergleichen, wie man in der Schweiz oder in Österreich mit der NATO kooperiert? Da gibt es ja enorm viele unterschiedliche Faktoren.

Ich glaube, der Hauptunterschied ist sicher, dass Österreich Mitglied der EU ist und die meisten EU-Mitgliedsstaaten in der NATO sind.

Wir wären durch die EU-Mitgliedschaft auch in einer Art Bündnisverpflichtung. Dann gibt es wieder diese irische Klausel, mit der man sich aus dieser Pflicht quasi herausreklamieren könnte. Die EU ist kein Militärbündnis und ist nicht die NATO. Aber wir sind natürlich dadurch sehr militärisch eng geworden mit vielen NATO-Nationen. Und ich glaube auch, dass man die Kooperation mit der NATO wahrscheinlich gar nicht so sehr bewerten sollte. Ich glaube, es geht vielmehr um bilaterale Kooperationen.

Wenn jetzt die Schweiz F-35 kauft, heißt das natürlich, dass die Schweiz sehr eng mit den USA als Hersteller hier zusammenwirken wollen und müssen wird.

Und uns ging es zum Beispiel mit dem Eurofighter genauso. Wir wirken hier hingegen zusammen mit Italien und Deutschland.

Also da würde ich sagen, die NATO ist da gar nicht so sehr das Thema, sondern da geht es dann eher, dass man sich anschaut, was bedeuten bilaterale Kooperationen, die sich aber vor allem aus gemeinsamen Beschaffungsvorhaben eigentlich ergeben haben.

Was ich generell sehe als Unterschied zwischen dem Neutralitätsverständnis unserer Länder ist sicher, dass wir ja auch unsere Verfassung geändert

haben. Wir haben unser Neutralitätsverständnis angepasst an die EU-Mitgliedschaft, was für die Schweiz kein Thema ist.

Sie haben jetzt bilaterale Abkommen erwähnt. Aber wären nicht gerade für europäische Länder wie die Schweiz sinnvoll, die Kooperation im europäischen Rahmen zu suchen, anstatt mit Amerika?

Nun ja, weil es den europäischen Rahmen so eigentlich gar nicht gibt. Also wenn man sich das Sky-Shield anschaut als neuestes Projekt, dann ist das ja wieder eine deutsche Initiative. Deutschland übernimmt quasi die Rolle als Rahmennation dafür. Die EU ist einmal grundsätzlich ein sehr schwammiger Rahmen, weil die Interessenslagen der EU, die Mitgliedstaaten so unterschiedlich sind.

Es gibt ja bekanntlich auch die Europäische Rüstungsagentur, mit der ja auch die Schweiz zusammenarbeitet. Aber da merkt man einfach deutlich: Es geht immer um nationale Interessen, die da wahrgenommen werden. Daher denke ich, dass der bessere Weg für unsere beiden Länder immer bilaterale Zusammenarbeit war. In der Vergangenheit war dies zumindest für Österreich, kann ich sagen der Fall.

Könnten Sie mir einen Überblick über die Neutralitätsrechts-Unterschiede der beiden Länder geben?

Ersten: In Österreich steht die Neutralität im Verfassungsrecht. Soweit ich weiß, ist das in der Schweiz nicht so. Bei uns ist die Neutralität in die Bundesverfassung aufgenommen als Neutralitätsgesetz, das aber eigentlich nur drei Punkte anspricht:

Österreich nimmt an keinen Kriegen teil, Österreich wird keinem Militärbündnis beitreten und es ist nicht erlaubt, dass fremde Truppen in Österreich stationiert sind.

Das ist der Kern der österreichischen Neutralität. Und jetzt, auch im Ukrainekrieg erkennt man, dass die Politik bei uns immer sagt: «Wir haben eine militärische Neutralität, aber keine politische Neutralität.»

Also wir sind solidarisch gegen nur die Ukraine, aber wir liefern halt keine Waffen. Das ist, was von der Neutralität noch übriggeblieben ist. Aber das Neutralitätsverständnis der Schweiz ist traditionell tiefer und jenes Österreichs eher flexibel.

Es gibt ja glaube ich meines Wissens auch noch diese Fonds in der EU über welche Waffen finanziert wurden, in welche Österreich ebenfalls eingezahlt hat. Das wird jetzt also offenbar von der österreichischen Regierung noch als militärisch neutral angesehen?

Also der Ausweg ist, dass mit der Europäischen Union vereinbart wird, dass keine österreichischen Gelder für Waffen verwendet werden. Das heißt österreichische Gelder werden nur für Schutzausrüstung, Helme, Splitterschutzwesten und ähnliches verwendet werden, aber nicht für Waffen. Das ist der eine Aspekt. Der zweite Aspekt ist, dass bei all diesen Beschlüssen, welche die EU gemeinsam trifft, Österreich nicht mehr zustimmt, sondern sich konstruktiv enthält. Also wir stehen dem nicht im Wege, aber wir stimmen damit auch nicht zu.

Wie stehen das Haager Friedensabkommen und das Österreichische Neutralitätsrecht in Verbindung? Welches geht vor?

Grundsätzlich ist bei uns die Diktion: EU-Recht schlägt nationales Recht. Auch wenn sich unser nationales Recht sich neutralitätspolitisch sehr stark am Völkerrecht orientiert, würde trotzdem EU-Recht das nationale Recht

schlagen. Im Artikel 42.7 der EU, wo es um die Beistandsverpflichtung geht, gibt es diese irische Klausel. Dort steht, dass auf die spezifischen nationalen Gesetzgebungen auch in dieser Beistandsverpflichtung Rücksicht genommen werden muss. Das bedeutet, dass Irland, Malta und Österreich, immer ein Opt-out haben bei der Beistandsverpflichtung.

Ein Dogma in Österreich ist, dass wir nur an Einsätzen beteiligt sind, die ein UN-Mandat haben. Das heißt, dass hier die Vereinten Nationen supranational entscheiden.

Eine Frage bezüglich der Unterschiede in der Rechtslage: Sehen Sie das Recht als eine Ursache für die Sicherheitspolitik oder eine Folge davon, weil man das Recht eben wegen der Sicherheitspolitik festgelegt hat?

Bei uns ist es ganz stark eine Folge des EU-Beitrittes. Durch den Beitritt bei der Europäischen Union und die Verträge von Maastricht und durch Artikel 42,7. Wegen der Bündnispflicht musste sich Österreich etwas länger überlegen. Es ging weniger um Sicherheitspolitik, sondern darum: Wie können wir als EU-Mitglied trotzdem den Rechtsstatus des Neutralen aufrecht behalten?

Weil Sie meinten, die NATO hat das Interesse in dem Sinne an diesem Projekt verloren oder man hätte weniger Fokus darauf gelegt: Sehen Sie da eine Gefahr für die Schweiz und für Österreich?

Man kann sich sicher bilateral helfen. Es wäre natürlich auch Aufgabe der Schweizer- oder österreichischen Politik, wenn es unbefriedigende Grundlagen seitens der NATO gibt, in den PfP-Gremien aufzustehen und zu sagen: «Wir brauchen bessere Bedingungen!» Das findet auch statt, soweit ich das mitbekomme. Es gibt jährlich große Konferenzen, wo die Partner nicht eingeladen werden. Dann weisen also Schweden, Finnland, früher, Schweiz und Österreich immer drauf hin: «Hallo, wir werden auch gerne eingeladen.» Es gibt ja in der PFP auch eine Mehrklassengesellschaft. Es gibt in der PFP immer wieder Aktionen oder Dokumente, die nur für Länder wie die Schweiz, Österreich, Schweden, Finnland freigegeben werden.

Also die NATO ist da sehr selektiv, aber legt natürlich auch großen Wert darauf, dass klar ist: Es gibt eine Abgrenzung, wenn man nur Partner ist. Aber manchmal schießt die NATO aus meiner Sicht ein wenig über das Ziel. In Wirklichkeit spielen die Schweiz und Österreich strategisch für die NATO kaum eine Rolle. Die einzige Rolle, die wir haben, ist dann, wenn es Überflüge oder Durchmärsche gibt. Bisher, in den letzten 30 Jahren, ist am Bundesheer so gespart worden, dass die militärischen Fähigkeiten des Bundesheeres zwar in Kosovo gerne gesehen wurden, aber das sind ja keine wirklichen konventionellen Hardware-Fähigkeiten. Die Schweiz hat sicher einige Fähigkeiten, die für die NATO nicht uninteressant sind. Aber da wird akzeptiert, dass die Schweiz diese nicht immer anbieten will.

Die Milizarmee der Schweiz bietet ja ein relativ grosses Know-How. Welches Know-How kann Österreich anbieten?

Also, da merke ich schon, dass es ein Interesse gibt, aber im Kern konzentriert sich die NATO jetzt völlig auf das Wiedererstarren der Verteidigungsfähigkeiten. Diese wurden ja in allen Ländern stark runtergefahren bis auf Finnland oder die USA. Aber alle anderen NATO-Nationen sind ja fast nackt militärisch.

Und alle anderen Themen sind für die NATO weniger wichtig.

Dass ich Sie richtig verstanden habe:

Sie hatten das Gefühl, dass die NATO mehr Interesse am Know-How der Schweiz oder am Austausch mit der Schweiz hätte, als mit Österreich?

Das habe ich so nicht gesagt. Ich hatte eher den Eindruck, dass unsere beiden Länder nicht wirklich im Fokus des Interesses der NATO gelegen sind in den nächsten Jahren. Es gibt ja alle zwei Jahre diese Zielvereinbarungen der einzelnen Nationen mit der NATO. Da gibt es natürlich einen Dialog, der stattfindet, bilateral zwischen der NATO und der Schweiz oder bilateral zwischen NATO und Österreich. Das ist mit Sicherheit ganz interessant, aber beruht halt sehr auf Freiwilligkeit der einzelnen Nationen.

Sie meinten die Schweiz würde eher weniger ihres Know-Hows anbieten?

Ich glaube der große Unterschied ist, dass wir bei den großen NATO-Missionen wie im Kosovo eine viel größere Rolle einnehmen. Wir haben größere Kontingente, wir gehen jetzt in den Irak in diese NATO-Ausbildungsmission. Von dem her ist das Interesse oder der Austausch Österreichs mit der NATO enger, weil es hier eine größere Kooperationserfordernis gibt. Wenn man so viele Truppen und höhere Kommandanten stellt, da ist auch ein anderer Dialog und ein anderes Commitment notwendig. Aber das würde sich sofort ändern, wenn die Schweiz größere Auslandskontingente schicken würde.

Im Verlauf der Recherche hatte ich auch Gelegenheit mit Professor Mangott zu reden von der Universität Innsbruck. Er brachte den Punkt auf, dass die österreichische Regierung öfter dieses Bild vermittele, man sei durch die Neutralität geschützt. Dies sei geschichtlich mehrfach widerlegt worden. Da stellt sich die Problematik der Transparenz.

Die Frage an Sie: Wie bewerten Sie das als Akteur vom Bundesheer?

Im Endeffekt ist es so, dass seit Ende des Kalten Krieges, natürlich schon etwas davor, die österreichische Politik das Thema Neutralität nicht zum Thema machen will. Die Bevölkerung fühlt sich durch die Neutralität geschützt und man will an diesem Glauben nichts verändern. In Österreich wie in der Schweiz ist die Mehrzahl der Bevölkerung dafür, dass die Neutralität bleibt, das hat es jetzt mit dem Krieg Russlands noch verstärkt. Man meint, durch die Neutralität kann sich Österreich aus all diesen kriegerischen Konflikten raushalten und damit wird dieser friedliche Weg seit 1945 fortgesetzt. Die österreichische Politik tut auch nichts um diesen Glauben zu verändern.

Also die Haltung, dass man sicher wäre durch die Neutralität, die trägt man auch so nach außen in der Politik?

Die Schweden und die Finnen haben abgewogen: Sind sie sicherer als neutraler oder in der NATO. Sie haben sie sich beschlossen in einem raschen politischen Dialog, wo auch die Bevölkerung offensichtlich stark eingebunden wurde. Man fühlt sich im Bündnis mit den NATO-Mächten im Rücken sicherer. Diese Art des Dialoges findet bei uns überhaupt nicht statt. Dieses Gegenüberstellen, was Vor- und Nachteile der Neutralität, was Vor- und Nachteile eines Bündnisses bedeutet, verhindert Politik auch. Sie verhindert, dass dieser Dialog geführt wird. Es gibt eine Partei in Österreich, die das gerne machen würde, die das offen anspricht. Es gibt eine Initiative von ein paar Journalisten, Wirtschaftstreibenden und außenpolitische Experten, die sagen: «Wir müssten doch mal über das Reden. Was gibt es für Optionen? Ist die Neutralität zukunftsorientiert das beste Modell für Österreich?»

Wo sehen Sie da das größere Risiko: Durch mögliche NATO-Kooperation oder durch die EU?

Naja, in Österreich ist das Risiko ein anderes. In Österreich ist das Risiko, dass man neutral bleiben will, aber die Instrumente der Neutralität nicht weiterentwickelt. Natürlich verliert man durch eine Bündnismitgliedschaft auch Autonomie und kann also viel weniger allein entscheiden. Angenommen man könnte wirklich gegenüberstellen: Wir sind jetzt ein starker neutraler Akteur, der so eine starke Armee hat, dass die umfassende totale Verteidigung des Staates gut vorbereitet ist. Und es gäbe das Risiko, wir verlieren im Bündnis an Autonomie. In Österreich ist in Wirklichkeit das Risiko schon dadurch gegeben, dass in den letzten 30 Jahren die Verteidigungsfähigkeit überhaupt abgebaut wurde. Und von einer gewissen Art der Grundbefähigung zur Verteidigung wird einen auch kein Militärbündnis nicht entbinden können.

Im Bündnis könnte man es besser aufteilen. Da kann man also Für-Punkte setzen. Auch wenn die NATO noch stark verbesserungsfähig wäre, weil trotzdem fast jedes Land seine eigene Armee aufrechterhält. Aber grundsätzlich gäbe es ein Work-Sharing in der NATO, mit dem Risiko, dass man tatsächlich eine gewisse Fähigkeit nicht mehr hat und sich aufs Bündnis verlässt. Das wäre das Risiko.

Würden Sie sagen, dass diese Unterschiede in der Armeebeständen zwischen der Schweiz und Österreich auch ein Faktor dafür sein können, wie eng man mit der NATO kooperieren möchte?

Ich würde mal sagen, dass das Schweizer Milizsystem, dieses sich auf die Miliz abstützen und nur ganz, ganz wenig Berufs- und Militärpersonal zu haben, ist eigentlich einzigartig in Europa. Ich glaube, sogar die Finnen haben es anders organisiert. Das heißt, es wäre wahrscheinlich für die Kooperation mit der NATO mit diesem reinen Milizsystem sehr schwierig, weil die NATO von anderen Voraussetzungen ausgeht. Die meisten NATO-Länder haben Berufsarmeen, haben eine hohe Verfügbarkeit von Personal, stellen viel Personal für Einsätze außerhalb der eigenen Grenzen ab. Das widerspricht ja völlig dem, dass sich die Schweizer Armee aufgestellt hat. Da gäbe es vor allem einen militär-kulturellen Unterschied.

Und Österreich ist ein bisschen in der Mitte. Also wir haben auch ein Milizsystem. Wir haben einen viel größeren Berufskaderanteil. Die Miliz übt dafür wieder weniger und ist weniger einsatzbereit als in der Schweiz. Also man muss da fast wirklich ins Detail gehen um Unterschiede zu erkennen. Auf die NATO-Kooperation bezogen hiesse das: Für die NATO zählt im Wesentlichen, wie viele Soldaten können in welcher Zeit für NATO-Einsätze zur Führung gestellt werden. Ich glaube, dass da die Ambition der Schweiz eine eher geringe ist. Ohne das zu kritisieren, aber das Schweizer System ist nicht darauf ausgerichtet.

Man ist also eh nicht verteidigungsfähig, egal ob man mit der NATO kooperiert oder nicht?

Wenn wir in die Zukunft schauen, habe ich für mich selbst beurteilt, dass kaum mehr ein Land der Größe der Schweiz oder Österreichs künftig in der Lage ist, wirklich umfassend alle Fähigkeiten, die man zur Landesverteidigung benötigt, aufrechtzuhalten. Aber das steht und fällt natürlich auch alles mit der Bedrohungslage. Also die Schweiz ist umgeben von EU-Mitgliedern und Lichtenstein. Österreich ist umgeben von EU-Mitgliedern, Lichtenstein und der neutralen Schweiz. Wer soll jetzt wirklich, vor allem am Boden, eine substanzielle Bedrohung für die Schweiz oder Österreich

darstellen? Russland ist weit weg. Die Russen müssten sehr viele NATO-Länder durchstoßen, um bis in die Schweiz zu kommen.

Was verbleibt ist der Cyber-Bereich, der Luftraum, da wäre zu investieren, denn im Cyber-Raum gibt es keine Grenzen. Ich glaube, viele Länder konzentrieren sich auf das und nehmen auch bei den Landstreitkräften gewisse Lücken in Kauf. Denn es ist kaum politisch dem Steuerzahler gegenüber zu rechtfertigen, dass man jetzt wieder eine richtige Armee aufbaut, wenn in Wahrheit der Feind weit weg ist.

Die Schweiz hat ein anderes Verständnis als Österreichs. Die Schweiz sagt: «Wir müssen grundsätzlich verteidigungsfähig sein.» Die Frage ist, ob selbst ein reiches Land, wie die Schweiz, dies überhaupt finanzieren könnte.

Das Hauptproblem, das wir alle derzeit haben, ist die quälende nachhaltige Versorgung. Wir haben zu wenig Munition gelagert, also wir haben vielleicht die Waffensysteme, aber wir haben nur Munition für einige Tage bis Wochen. Die Ukraine beispielsweise ist völlig abhängig von westlicher Munition.

Haben Sie jetzt bereits Vermutungen oder Ideen, wo die Schwerpunkte der zukünftigen Zusammenarbeit gelegt werden sollten oder sollen oder was der Sicherheitslage entspricht?

Was den ITTP betrifft, habe ich den Eindruck, dass das Schwergewicht der NATO dabei ist, festzulegen mit Österreich und mit der Schweiz, wie viele Truppen kann die Schweiz und will die Schweiz für NATO-Einsätze künftig bereitstellen? Und dann natürlich für diese Truppen die Standards, die Ausbildungsgänge festzulegen. Ich glaube, das ist aus NATO-Sicht das Wichtigste. Österreich versucht die Truppen, die wir einmelden, dann tatsächlich auch so fit zu haben, dass wir unseren Verpflichtungen Folge leisten können. Wir sind sowieso gefordert, dass wir die Truppen fit halten. Daher nutzen wir die NATO-Angebote: Ausbildungslehrgänge, Seminare oder Übungen. Umso mehr man da anbietet, umso mehr ist natürlich hier entsprechend notwendig an Aufwendungen.

Was erachten Sie als essenzielle Punkte für die Kooperation mit der NATO, wo man die Sicherheit des eigenen Staates erhöhen kann?

Ich glaube, es ist wirklich die Standardisierung, dass man sich die Messlatten der NATO vor Augen führt. Welche Anforderungen stellt die NATO an die Truppen ihrer Mitgliedsstaaten? Und dass man versucht, als Nicht-NATO-Mitglied auch an diese Standards heranzukommen, weil das die eigene Qualität sichert. und auf der anderen Seite dann im Fall des Falles, Wenn der Krieg in der Schweiz ausbricht, dann muss man sowieso mit NATO-Staaten kooperieren.

So wäre man entsprechend vorbereitet, dass man gemeinsam mit NATO-Fachbarstaaten, mit europäischen Armeen agieren kann. Die Verfahren, die Standards, die Befehlsformate, die Kooperation wären eingespielt, dass man dann so relativ rasch gemeinsam vorgehen kann.

Das ist wahrscheinlich der größte Sicherheitsgewinn, den man haben kann. Für Österreich waren in der Vergangenheit auch NATO-Missionen im Ausland sehr wichtig. Man hielt die Krisen somit fern von Österreich, damit die eben aus dem Balkan, aus der Afghanistan, die wirklichen Probleme nicht zu uns kommen.

Bezüglich Kosovo habe ich schon Signale gehört, seit letztem Jahr, dass die Schweiz sich da stärker beteiligen möchte.

Gibt es in Ihren Augen eine Lösung für folgenden Zielkonflikt:

Es gibt die Verpflichtung laut Haager Abkommen die Neutralität verteidigen zu können. Die Neutralität würde aber bis zu einem gewissen Grad zur autonomen Verteidigung verpflichten.

Naja, wenn man es ernst nehmen würde, dann nur so, dass man tatsächlich die Streitkräfte so stärkt, dass sie verteidigungsfähig sind. Da ist halt die große Herausforderung, zu definieren, wie schaut der Feind aus?

Wie groß ist der Feind? Welche Fähigkeiten brauche ich, um einem künftigen Feind auch entgegengetreten zu können? Und wenn kein wirklicher Feind erkennbar ist, ist das halt immer sehr schwammig und auch politisch schwer verkaufbar.

Also für mich das grösste Dilemma, aber auch das Positivste ist eigentlich, dass Schweizer und Österreicher relativ bedrohungsfrei sind. Aber das ist für die Streitkräfte eine große Frage, auf was man sich eigentlich ausrichtet.

Sie hatten bilateralen Austausch am Anfang erwähnt.

Sehen Sie da vielleicht eine Chance, dass man sagt, wir kooperieren vielleicht weniger direkt mit der NATO, wo wir uns sicher mal neutralitätspolitisch weit aus dem Fenster lehnen, sondern eher mit einzelnen NATO-Staaten?

Ich glaube, das macht Österreich auch. Wir sind mit sehr vielen Nationen extrem eng verknüpft, tauschen uns aus, bilden gemeinsam aus und üben gemeinsam. Die Grenze ist halt immer dort erreicht, wenn es dann darum geht, dass es so eine Art Bündnisunterstützung geben könnte, weil wir das im Neutralitätsrecht ausschließen. Wir üben mit Deutschland gemeinsam, auch mit der Schweiz übrigens. Auch gemeinsam mit unseren östlichen Nachbarn, gibt es enge Kooperationen, also Tschechien, Slowakei, Ungarn. Da passiert schon viel, aber die Grenze ist halt immer die Kooperation im Verteidigungsfall. Militärisch ist es kein Problem bei gemeinsamen Manövern zu üben. Politisch jedoch kann man nichts vereinbaren. Für uns Militärs wäre es natürlich sehr von Vorteil, wenn wir wüssten: Falls Österreich angegriffen wird, dann kommt von Deutschland eine Division und unterstützt uns. Das geht aber nicht. Also so konkret wird das nie.

Finden diese bilateralen Kooperationen im Rahmen von PFP statt?

Es spielt im Regelfall keine Rolle, außer es ist eine NATO-Übung.

Angenommen die Deutschen machen eine nationale Übung und laden Partnernationen ein, dann ist es eine deutsche Übung mit österreichischer Beteiligung. Wenn die Übung von der NATO veranstaltet wird, von dem der NATO kommandiert, dann ist es nicht bilateral, sondern dann ist es einfach eine NATO-Übung. In Österreich ist es national so: jede Übungsteilnahme im Ausland muss durchs österreichische Parlament genehmigt werden. Und die schauen, was der Übungszweck ist. Wenn im Übungszweck steht: «NATO-Bündnisfall», wird es nicht genehmigt.

12.1.4 Interview – Oberstleutnant Christoph Göd

Bei meiner Recherche konnte ich bis jetzt leider kaum genaue Daten zu Übungen im Rahmen von Partnership for Peace finden. Wissen Sie konkreter darüber Bescheid oder kennen Sie eventuell Quellen, wo diese Daten sein könnten?

Also ich kann Ihnen keine konkreten Zahlen zu den Übungen geben, weil ich diese nicht habe. Und ich glaube auch nicht, dass wir die in einer Art und Weise erfassen. Zumindest nicht meine Dienststelle.

Der Unterschied zwischen der Schweiz und Österreich ist, dass die Schweiz sehr offen kommuniziert, was wir in dem Sinn nicht machen.

Da gibt es, glaube ich, keine tiefgehenden Gründe. Bei uns ist es einfach so, dass wir sozusagen nicht offensiv mit dieser Information hinausgehen.

Also ich kann sagen, wir nehmen regelmäßig an Übungen teil. Wir sind auch vor allem sehr in dem Programm OCC, also Evaluierungen.

Da nimmt das österreichische Bundesheer massiv teil. Da werden mehrere Einheiten immer wieder evaluiert, um die NATO-Standards zu überprüfen und dann auch in den sogenannten Pool-of-Forces angemeldet.

Könnten sie OCC noch etwas genauer erläutern?

Also die NATO verfügt über ein Operational Capability Concept. Das heißt, die NATO gibt Capability Codes and Statements vor und sagt zum Beispiel, ein leichtes Infanteriebataillon muss diese und diese Fähigkeiten haben.

Damit theoretisch, damit jetzt ein Land an einer NATO-geführten Operation teilnehmen kann, müssen deren Elemente nach diesen Kriterien entsprechen.

Das heißt, wenn Österreich oder die Schweiz sagt, wir schicken eine Infanterie-Kompanie, dann müsste die sozusagen diese Capability Codes and Statements erfüllen.

Und das wird überprüft im OCC-Programm. Dort kommen dann zertifizierte Evaluators in das jeweilige Land um dort im Zuge einer Übung und Überprüfung sich anschauen, ob die angemeldete Truppe den Standards entspricht.

Österreich nimmt an diesem Programm einerseits teil, so dass wir evaluiert werden, aber wir stellen auch Evaluators für andere Nationen zur Verfügung.

Sie sprachen die Infanterietruppen an. Die Schweiz hat bis jetzt immer nur an Luftwaffen oder Cyberübungen teilgenommen.

Haben Sie da eine Erklärung?

Da habe ich im Grunde genommen keine Ahnung wieso.

Die Frage ist natürlich, was ist das strategische Ziel der Schweiz? Wo sehen Sie einen Bedarf der Zusammenarbeit? Wo sehen Sie einen Bedarf der Fähigkeitsentwicklung? Für uns ist es so, dass wir ja mit allen Teilstreitkräften an internationalen Operationen der EU, der NATO, aber auch der Vereinten Nationen teilnehmen, unterschiedlich je nachdem.

Die EU hat die capability codes and Statements der NATO übernommen, das heißt, es wird immer von einem «Single Set of Forces» gesprochen. Man soll keine Elemente doppelt verkaufen.

Das heißt, wenn wir Kräfte für EU-Operationen einmelden, dann sind das meistens auch dieselben Kräfte, die auch für NATO-Operationen zur Verfügung stehen. Und je nach Priorität, Bedarf und Verfügbarkeit werden diese Kräfte jeweils eingesetzt.

Dadurch sind gleiche Standards und Verfahren notwendig.

Und dadurch ist es notwendig aus unserer Sicht, eben alle diese Teilstreitkräfte in Übungen an diese Interoperabilität heranzuführen.

Haben Sie Informationen, wo man den Schwerpunkt genau legen möchte bei seinen Kursen, welche man anbietet oder wo man teilnimmt?

Ich glaube, das hängt auch von den jeweiligen Nationen ab.

Also für Österreich kann ich sagen, dass wir viel Erfahrung im Bereich der internationalen Einsätze vor allem UN-Beobachter, aber auch OECD haben.

Und daher haben wir hier viele Angebote in diesem Bereich internationaler Beobachter-Lehrgänge.

Wir haben teilweise für die OECD viel Personal ausgebildet. Also hier haben wir eine gewisse Expertise auf Grund unsere jahrelangen Auslandseinsatzerfahrung, die wir hier anbringen.

Und so ist das für jedes Land zu erkennen. Wo sind deren Expertisen, wo ist deren Schwergewicht und was will man auch anderen Leuten beibringen.

Und vor allem: wo glaubt man einen Wissensvorsprung gegenüber anderen Nationen zu haben.

Im Schweizer Jahresbericht zu Pfp waren auch die Ausgaben aufgelistet, eben für Treuhandfondsbeiträge, für Ausbildungen im Rahmen vom Pfp. Ist das in Österreich auch in irgendeiner Form erfasst worden, die Ausgaben?

Ich glaube es gibt eine Art, also wir erfassen das sicher intern.

Die Budgetabteilung muss natürlich Rechnung gegenüber dem Parlament ablegen, wo wir was ausgeben.

Es gibt auch den sogenannten Landesverteidigungsbericht, der jedes Jahr erscheint. Den letzten können sie online abrufen.²²⁰

Da steht ganz genau drin, wo wollen wir uns weiterentwickeln. Und eventuell gibt es vielleicht in diesem Bundesfinanzbericht einen Punkt dazu.

Ob das jetzt genau aufgelistet ist, wie viel wir für Pfp ausgegeben haben, weiss ich nicht. Denn es ist schwer nachzuvollziehen. Weil wenn ich jetzt Kosten für eine Übung habe, sind das dann Kosten, die für die allgemeine Einsatzvorbereitung zu verzeichnen sind? Oder sind das Kosten, die für PFP zu verzeichnen sind? Das ist schwer, diese Kosten zu trennen.

Also mir ist das jetzt nicht bekannt, dass wir sagen: «So viel geben wir aus für PFP.»

Wir haben natürlich gewisse Mitgliedsbeiträge zu zahlen für die NATO.

Wenn man in Exzellencenter aktiv ist, oder Kurskosten für die NATO-Schule in Oberammergau, die sind da extra aufgelistet, aber ansonsten...

Ich glaube aber nicht, dass dieser Bundesfinanzbericht öffentlich zugänglich ist.

An dieser Stelle eine Verständnisfrage: Es gibt diese Operationen der NATO, wo man als nicht-NATO-Mitglied durch PFP teilnehmen kann.

Und zum einen wird da oft von friedensunterstützenden Operationen gesprochen. Die PSO wie zum Beispiel im Kosovo, die KFOR.

Aber dann gibt es auch Operationen bei denen nicht angegeben war, um was für eine Art Operation es sich handelt.

Zum Beispiel in Afghanistan, die ISAF oder die IFOR in Bosnien und Herzegowina.

Daher habe ich die Begrifflichkeit nicht ganz verstanden. Handelt es sich bei den anderen auch um friedensunterstützende Operationen oder sind das andere NATO-Missionen?

Aus meiner Sicht gibt es bei der NATO nur zwei Unterscheidungen, nämlich Artikel 5 und nicht Artikel 5.

Also Artikel 5 ist die Bündnisverteidigung. Alle Einsätze, die nicht unter Bündnisverteidigung laufen wie Afghanistan, Kosovo, sind als Non-Artikel 5 einzustufen.

²²⁰ Es liessen sich daraus keine genaueren Daten dazu erheben.

Die NATO unterscheidet in dem Sinne nicht danach: «Das ist ein Friedensunterstützender Einsatz. das ist ein Kampf-Einsatz». Die NATO klassifiziert die Operationen nach Charakter.

Also ist der Charakter eher warfighting oder ist der Charakter stabilization und so weiter.

Es kann aber natürlich auch sein, dass eine Operation den Charakter im Zuge ihrer Zeit verändert. Also Kosovo zum Beispiel, zu Beginn der Allied Force war das ein anderer Charakter als jetzt. Und das transferiert sich. Deswegen gibt es diese Einstufung nicht in: «Das ist ein friedensunterstützender Einsatz. Das ist ein stabilisierender Einsatz, oder das ist ein friedensschaffender Einsatz. Sondern aus meiner Sicht wird eingeteilt in Artikel 5 und nicht-Artikel 5.» Wir bezeichnen unsere Einsätze als Stabilisierungseinsätze.

Eine weitere Unklarheit wäre die genaue Anzahl stationierter Soldaten Österreichs im Kosovo: auf der offiziellen NATO-Webseite steht 249 und in den Beiträgen zum Truppenabzug Österreichs stand etwas von 350.

Sie müssen es unterscheiden, da gibt es verschiedene Sachen.

Da gibt es einerseits einmal die Österreich zugeordneten Positionen.

Also wenn Österreich sagt, es gibt eine Kompanie, dann hat diese Kompanie eine Sollstärke, ich sage jetzt 200.

Und aufgrund von Nichtaufbringung, weil Personal fehlt zum Beispiel, oder aufgrund von Rotationen oder aufgrund von temporären Verstärkungen im Einsatzraum schwankt diese Zahl fast täglich.

Und dementsprechend sind diese unterschiedlichen Angaben zu sehen. Das heißt, es stehen nicht sechs Monate lang 400 Leute im Einsatz. Wir selber definieren eine maximale Höchstzahl. Dafür haben wir das parlamentarische «Go». Der Ministerratsbeschluss erlaubt uns, bis zu so und so viel Mann in den Auslandseinsatz zu schicken. Beim österreichischen Bundesheer ist es so, dass nur Freiwillige in den Auslandseinsatz gehen können.

Dementsprechend schaffen wir es nicht immer, zu 100 Prozent die Positionen zu befüllen. Dementsprechend fluktuiert diese Zahl je nach Bedarf, je nach Aufbringbarkeit.

Sie haben jetzt auch noch die Artikel 5 Übungen angesprochen.

In der Schweiz hat unser Außendepartement im letzten Jahr einen Bericht festgehalten, man möchte auch in Erwägung ziehen, ob diese Teilnahme an Artikel 5 Übungen geprüft werden soll.

Ist es in Österreich auch in irgendeiner Weise angedacht, dass man prüfen möchte, ob man an solchen Übungen teilnehmen kann?

Also die österreichische rechtliche Linie ist die, dass eine Teilnahme grundsätzlich möglich ist.

Weil eine Teilnahme an einer Artikel 5 Übung ja noch keine Verpflichtung im Sinne einer Bündnispflicht eingeht. Und, sofern keine rechtliche Verpflichtung besteht, eine Bündnispflicht einzugehen, ist da aus der Neutralitätssicht kein Problem.

Wir können üben. Wir können unsere Fähigkeiten, uns selber zu verteidigen, dadurch verbessern. Und solange es zu keiner permanenten Stationierung von ausländischen Truppen auf dem eigenen Staatsgebiet kommt und solange wir keine Bündnisverpflichtung eingehen, spricht rein rechtlich nichts dagegen. Die andere Sache ist natürlich die öffentlichkeitswirksame Auswirkung einer solchen Übung. Dementsprechend behält sich Österreich vor, im Einzelfall das konkret zu überprüfen. Angenommen wir nehmen jetzt an dieser Artikel 5 Übung teil: Was hat das für eine Außenwirkung? Was für einen Zweck erfüllt das? Ist das für uns überhaupt sinnvoll? Dementsprechend kommt das immer zu einer Einzelfallprüfung.

Wir haben hier bis jetzt auch an Artikel 5 Übungen teilgenommen. Nicht immer mit Truppenkontingenten, sondern mit Beobachtern oder teilweise mit Einzelpersonal. Und die Übungen in Zukunft werden davon abhängen, ob sich ein Mehrwert für Österreich ergibt.

Okay, das habe ich tatsächlich in einem Interview, das ich geführt habe, schon anders gehört. Also, dass solche Artikel 5 Übungen bis jetzt noch nicht stattgefunden hätten.

Naja, die Frage ist, wie Sie eine Artikel 5 Übung definieren. Also eine Übung, wo es zu einem Bündnisfall geht, das kann ja auch eine reine Planübung sein in einem fiktiven Szenario, wo durchaus Artikel 5 aktiviert wird. Da gibt es schon die eine oder andere Übung wo teilgenommen wird.

Aber die NATO legt in dem Sinne nicht konkret fest: «Das ist jetzt eine Artikel 5 Übung», oder?

Na ja, eine Artikel 5 Übung ist es immer dann, wenn es zu einem Bündnisfall kommt. Also in dem Moment, wo bei diesem Szenario ein Angriff auf ein Bündnisland vorgenommen wird. Dann handelt es sich dabei, nach meinem Verständnis, um eine Artikel 5 Übung. Also alles, was kein stabilisierendes Szenario hat.

Jetzt noch einmal kurz eine Rückfrage zu Auslandseinsätzen.

Sehen Sie einen Grund dafür, dass die Schweiz eher eine kleinere Stationierung hat im Balkan oder in Afghanistan verglichen mit Österreich?

Liegt es für Sie beispielsweise einfach bloss an der geografischen Nähe zum Balkan?

Ich kann nur sagen: Für uns ist der Balkan ein Schwergewichtsraum unserer Außenpolitik. Und dementsprechend versuchen wir hier durch Truppenpräsenz die Wichtigkeit dieses Raumes auch den betroffenen Staaten zu zeigen. Das ist sozusagen wesentlich die Begründung, wieso wir dort sind. Wieso die Schweiz nicht gleich stark vor Ort ist, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Eine persönliche Vermutung wäre vielleicht, dass man versucht darzustellen, dass man neutral ist und dementsprechend die Beteiligung an internationalen Einsätzen der NATO so gering wie möglich hält.

Das Wesentliche an diesen Sachen ist ja, dass man bei so einer Operation Zugang zu speziellen Informationen oder Sachen bekommt. Man bekommt Zugang zu gewissen elektronischen Systemen oder Vorschriften, weil es ja notwendig ist, wenn man dort in dem Raum agiert.

Das heißt, durch die Teilnahme an Operationen kann man wieder Know-how für sich selbst gewinnen, welches für die Interoperabilität notwendig ist.

Da ist es letztendlich egal, ob ich einen Zug oder ein Bataillon dorthin schicke.

Vielleicht noch kurz eine Rückfrage zu dieser Interoperabilität der Systeme und so weiter. Was ich jetzt auch schon vermehrt bei der Recherche gefunden habe, ist dieser Vermerk auf die Gefahr von Abhängigkeit. Beispielsweise im Cyber-Bereich, wo oft Daten nicht lokal im eigenen Land gelagert werden können, sondern auf NATO-Servern. Sehen Sie da auch eine Gefahr?

Also ich sehe nicht die Gefahr der Abhängigkeit. Das ist eine generelle Sache, das hat in dem Sinn nichts mit der NATO zu tun. Wenn ich ein ausländisches Rüstungsprodukt kaufe, bin ich natürlich abhängig von dem Land.

Wenn Sie heute ein amerikanisches Rüstungsprodukt kaufen, dann ist da geistiges Eigentum der USA drin verbaut.

Das heißt, die USA entscheidet: wohin geht das Ding. Und die USA wird gewisse Sicherheitsvorgaben erstellen. Das heißt, der Staat, der das kauft, muss diese Sicherheitsvorgaben erfüllen, muss gewisse Daten an den anderen Staat abliefern.

Diese Abhängigkeit ergibt sich aus meiner Sicht aus dem Rüstungskauf und nicht dadurch, dass man jetzt die Interoperabilität mit der NATO erhöht. Denn Interoperabilität besteht ja nicht nur aus gleicher Datenverbindung, sondern Interoperabilität liegt ja auch in gleicher Definition von Begriffen, in der gleicher Verwendung von Vorschriften, Taktiken und so weiter. Da entsteht natürlich keine Abhängigkeit, aber es ändert sich die nationale Militärkultur.

Im Bereich des angel-sächsischen Raumes ist natürlich das Commander-driven-Führungsmodell stärker gegeben, während für Österreich und wahrscheinlich für Deutschland auch eher mehr das stabsgetriebene Führungsverfahren Standard ist.

Das heißt, bei den Amerikanern z.B. oder bei vielen NATO-Staaten, sagt der Kommandant: «Ich möchte grob den Einsatz so führen.

Stab, plant mir das aus!»

Während, nach österreichischem und deutschem Modell, der Stab mehr oder weniger sagt: «Herr Kommandant, das sind die Optionen. Wir sagen, Option A ist die bessere. Ich schlage ihnen vor, dass sie das tun.»

Das sind Staff-driven und Commander-driven.

Und wenn Sie jetzt hier NATO-Vorschriften haben, die natürlich einen Konsens aus allen Nationen bilden, dann können sich da gewisse Nationen durchsetzen. Dann ist die Frage natürlich, inwieweit muss ich meine eigene Militärkultur an die Militärkultur der NATO anpassen, um hier kompatibel zu sein.

Da sehe ich aber jetzt nicht die große Gefahr, dass da, es gibt natürlich Elemente, wo das hineinkommt, aber man kann sich durchaus eine eigene Militärkultur dann noch halten.

Also im Europäischen Raum, ich spreche jetzt deutsch-österreichischen Raum, dort ist man eher Staff Driven.

Commander Driven ist doch eher USA, Großbritannien.

Es gab vermehrt auch NATO-Übungen im Baltikum, die Sie jetzt angesprochen haben, wo ab und zu ein gewisser politischer Beigeschmack dabei war. Bereits 2015 gab es nach der Ukraine-Krise diese Arctic Challenger-Exercise, welche durchaus Abschreckungsmanövern gegenüber Russland gewertet wurde.

Daher frage ich: Hatten Sie bei Ihrer Zusammenarbeit mit der NATO je den Eindruck, dass die Neutralität ein Hindernis darstellt oder umgekehrt, dass die Neutralität gefährdet wurde durch solche Einsätze? (Durch die politische Botschaft)

Das ist das, was ich vorher mit der Einzelfallprüfung gemeint habe.

In dem Moment, wo wir beurteilen, dass durch die Teilnahme einer Übung eine Gefahr für unsere Neutralität entsteht, im Sinne von, dass wir wahrgenommen werden als nicht mehr neutral, wird diese Übung nicht bestätigt.

Das heißt, meine Vermutung ist: Dort wo das Szenario der Übung fiktiv ist oder keine Einwirkung auf unsere Neutralität hat, dort wird es wahrscheinlich zu keiner Einschränkung unserer Teilnahme kommen.

Aber dort, wo eben genau diese Verstärkung der NATO-Ostflanke symbolisiert wird, da wird Österreich alle Voraussicht nach nicht teilnehmen, weil eben durch die Botschaft hier eine Gefährdung der Wahrnehmung unserer Neutralität entsteht.

12.1.5 Interview – Professor Martin Senn, Universität Innsbruck

Wie bewerten Sie bis jetzt die Kooperationen von Österreich oder auch der Schweiz mit der NATO neutralitätspolitisch?

Am Ende des Tages ist es ja eigentlich kein großartiges Problem, sich im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden zu engagieren, weil es da im Endeffekt auch eher um Fragen wie NATO-Standards und solche Dinge geht. Das hat ja de facto auf ein Verhalten im Kriegsfall keine Auswirkung. Ein neutraler Staat darf ja nur Dinge machen, die sich Kriegsfall nicht verunmöglichen neutral zu bleiben.

Solange Österreich oder auch die Schweiz kein Mitglied in der NATO ist und auch keine Mitgliedschaft anstrebt, sehe ich da kein Problem.

Da sehe ich keinen großartigen Konflikt.

Neben der politischen Seite gibt es auch die rechtliche Seite. Anders als bei der Schweiz gilt in Österreich neben der Haager Friedensabkommen auch noch ein eigenes Neutralitätsrecht. Welches Recht entscheidet das schlussendlich in Österreich?

Ich glaube, das sind zwei unterschiedliche Dinge, die Sie da ansprechen. Das eine: Die Haager Konventionen beschreiben ja die Rechte und Pflichten neutraler Staaten im Konfliktfall oder im Kriegsfall.

Und das andere ist ja im Endeffekt die Frage der rechtlichen Verankerung der Neutralität der Staaten.

Das sind schon zwei unterschiedliche Dinge, auch wenn sie zusammenhängen.

Für beide Staaten, für Österreich und die Schweiz, wäre im Konfliktfall, weil sie permanent neutrale Staaten sind, das Haager Recht relevant.

Also dahingehend ist immer das Gleiche vorhanden.

Der wesentliche Unterschied ist, wie Sie auch schon richtig gesagt haben, dass in der Schweiz die Neutralität nicht direkt rechtlich festgehalten ist und nur indirekt rechtlich darauf Bezug genommen wird.

In Österreich hingegen haben wir ein wirkliches Neutralitätsgesetz in Form des Bundesverfassungsgesetzes.

Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Gleichwohl muss man sagen, dass das Bundesverfassungsgesetz zur Neutralität oder das Neutralitätsgesetz relativ allgemein formuliert ist.

Es ist so, dass das Neutralitätsgesetz bei uns ja auch durch den Artikel 23 J des Bundesverfassungsgesetzes entsprechend eingeschränkt worden ist.

Das Artikel 23 J des Bundesverfassungsgesetzes in Österreich ist verbunden mit dem Beitritt der Europäischen Union.

Und da steht im Wesentlichen drin, dass Österreich in allen Bereichen der gemeinsamen Außensicherheitspolitik der Europäischen Union mitwirken kann.

Ich glaube, wenn man, wenn man verstehen möchte, ob man ungefähr in Österreich da Flexibilität hat oder haben könnte,

da muss man auf diese beiden Rechtsakte schauen. Nicht so sehr die Haager-Konvention, sondern mehr auf die Frage, was steht im Neutralitätsgesetz drinnen und vor allen Dingen, in was steht im Artikel 23 J.

Nun hat sich ja Österreich im Vergleich zur Schweiz gerade in den 90ern relativ stark verändert in Sachen der Neutralitätskonzeption. Man reduzierte die Neutralität enorm auf das rechtliche. Wiese legte man sie nicht gleich ab?

Das ist eine gute Frage.

Punkt Nummer eins:

Der Kalte Krieg hat dahingehend noch nachgehallt in der Zeit, weil die Bevölkerung in der Zeit mit dem Narrativ sozialisiert worden war, dass die Neutralität etwas über Gutes ist. Das heißt, selbst als sich die

geopolitischen Rahmenbedingungen geändert haben in Österreich blieb die Neutralität bis heute in der Gesellschaft verankert. Sie ist Teil unserer Identität, sie hilft uns, sie schützt uns, sie ermöglicht uns, internationale Organisationen anzuziehen. Das kann man jetzt von heute auf morgen quasi umschalten und sagen: «Okay, geopolitisch schaut die Situation jetzt anders aus, deswegen braucht man die Neutralität nicht mehr.»

Punkt Nummer zwei:

Was man auch nicht unterschätzen darf, ist, dass gerade auch in den 90er Jahren in Österreich die Wahrnehmung war: «Es kann schon sein, dass wir in unserer Umgebung auch Konflikte haben, Stichwort Balkankriege, und da ist es gut, dass wir neutral sind, dann können wir uns raushalten.»

Faktor Nummer drei:

Es wurde in den 90er Jahren auch durch die NATO-Intervention im Kosovo ein sehr negatives Bild der NATO geworfen. Das hat dazu geführt, dass die Neutralität nicht angegriffen wurde. Und sie hat auch politische Fürsprecher, gerade auch in der sozialen Demokratie.

Warum glauben Sie dann, dass in der Schweiz noch viel weniger so ein Umdenken stattgefunden hat, wo man die Neutralität reduziert?

Ich würde es ähnlich sehen, wie in Österreich. Auch hier spielt das Narrativ in der Bevölkerung eine Rolle. Die Neutralität hatte gerade in der Schweiz eine sehr starke Funktion nach innen gehabt, als integratives Mittel. Es hängt auch mit der Gründungsidee der Schweiz zusammen. Es gab diese spezielle Konstellation, dass durch die verschiedenen Sprachgruppen, welche sich auch den Europäischen Grossmächten hätten anschliessen können, aber neutral blieben.

Was in der Schweiz natürlich noch als etwas dazu kommt, was in Österreich weniger ausgeprägt ist, ist auch diese Tradition des Sich-Herausnehmens aus internationalen Organisationen, aus der Weltpolitik im Breiteren. Österreich trat beispielsweise auch schon viel früher der UNO bei.

Vielleicht auch noch eine kurze Rückfrage.

Sehen Sie die Stärke der Armeebestände auch als ein Faktor, weil man sich für allein stark genug hält?

Die Frage ist, was Ursache und Symptom ist.

Ich würde nicht sagen, dass die Verteidigungspolitik der Schweiz aus dieser Wahrnehmung entstanden ist. Also, dass man sich von der Weltpolitik zurücknimmt und sich deswegen verteidigen muss.

Ich würde eher sagen, dass das Dinge sind, die auf gleicher Augenhöhe spielen. Die Schweiz hat halt auch stets diesen Gedanken gelebt dass eine Neutralität, die glaubwürdig ist oder glaubwürdig sein möchte, auch entsprechend militärisch verteidigt werden muss.

Das war in Österreich nicht der Fall. Also Österreich hat bei der Neutralitätspolitik stärker auch auf das agierende internationalen Kommunikationen gesetzt, auch auf die Standortpolitik des Anziehens von Organisationen. Man hat weniger auf die militärische Dimension gesetzt.

Ich würde jetzt aber nicht sagen, dass diese militärische Stärke die Vorbedingung für das Herausnehmen aus der Weltpolitik war.

Würden Sie sagen, dass die EU eher eine Folge war von der gelebten Neutralitätspolitik oder dass dann durch den EU-Beitritt die Neutralitätspolitik eingeschränkt wurde?

Die Motivation zum Beitritt zur EU war ja in Österreich auch wirtschaftlicher Natur. Man hat einfach auch Angst gehabt, dass man von diesem integrierenden Markt abgehängt wird. Die Neutralität hat man am Anfang noch gehabt, als

etwas, was man unbedingt aufrechterhalten möchte. Das war dieser sogenannte Neutralitäts-Vorbehalt,

Aber die Reaktionen aus Brüssel waren dann relativ skeptisch bis ablehnend. Und bis dann zum bekommen ist, weil eigentlich die Neutralität nicht wirklich ein Thema ist.

Und dann hat es eben dazu geführt, dass Österreich in der Situation konfrontiert war, dass sich auch Europa im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik stärker integriert hat. Darauf musste man reagieren. Dies geschah in Form von Artikel 23 J.

Der Artikel sagt grob: «Wir nehmen an der gemeinsamen Auslandssicherheitspolitik teil. Das heisst de facto, dass wir für diesen Bereich die Neutralität aussetzen.

Also ich würde sagen, durch den Beitritt wurde eben die Neutralität eingeschränkt.

Stört sie die Tatsache eher, dass man nicht mehr neutral ist oder dass man immer noch behauptet, dass man neutral wäre. Was ist für sie das größere Problem in der österreichischen Politik?

Ich glaube das große Problem in der österreichischen Politik ist, dass man nicht ausreichend über die Neutralität spricht. Man erweitert aber gleichzeitig den Handlungsspielraum.

Dies passiert genau durch diesen Artikel 42.7. Durch diesen könnten wir im europäischen Beistandsfall relativ viel tun im Rahmen unserer nationalen Rechtsordnung. Aber es redet niemand drüber, oder die wenigsten. Das ist das Problem. Wir sind nicht vorbereitet.

Angenommen, Polen wird von Russland angegriffen, dann würde dieser Artikel 42.7 wahrscheinlich greifen. Österreich könnte auf Basis des EU-Rechts sagen: «Ja, wir haben zwar die Beistandspflicht, aber es gibt ja auch die irische Klausel.» Diese besagt man müsse nicht bei der gemeinsamen Verteidigung mitmachen.

Das kann man sagen, rechtlich wäre das gedeckt vom EU-Recht.

Politisch wäre das natürlich ein Problem, denn Österreich würde sich wahrscheinlich im Beistandsfall auch Hilfe von anderen europäischen Staaten erwarten.

Österreich aber im Beistandsfall zögerlich oder nicht oder nur mit sehr wenigen Dingen reagiert, dann ist man auch ein restlicher Partner mehr in Europa.

Und das Problem, um auf Ihre Frage zurückzukommen, das ich sehe, ist, dass in Österreich die Bevölkerung auf das nicht vorbereitet ist.

Das heißt, wenn es zum Solidaritätsfall kommt, dann ist das etwas, mit dem die Menschen nicht umgehen können werden.

Diese Thematik wird auch in der Schweiz recht häufig behandelt.

Es gibt beispielsweise Thierry Burkart, Mitglied der Verteidigungspolitischen Kommission. Er ist jetzt eher einer der Vertreter, der sagt, wir müssen die Kooperation mit der NATO suchen, denn Bedrohungen kommen generell immer auf ganz Europa.

Andere Teile bei uns, eher die konservativen Kreise, sagen jetzt, wir brauchen eine Distanzierung zur NATO, um nicht in Konflikte gezogen zu werden. Welche Position vertreten Sie eher?

Im Falle von Österreich muss man sich überlegen, wie man Solidarität in der Europäische Union gestalten möchte.

Das hat man gemerkt. Bei uns hat es ja eine Diskussion gegeben über Entminungsmaßnahmen.

Und die ist auch ein bisschen eskaliert, weil gesagt wurde, ja, Österreich darf in die Entminung nicht eingreifen, in der Ukraine, denn wir sind neutral und so weiter.

Da hat man schon ein ungutes Gefühl bekommen, was passieren würde, wenn es wirklich ernst werden würde.

Ich sage das als Wissenschaftler, der die österreichische Politik beobachtet. Meine Meinung als Staatsbürger ist in dem Kontext nicht wirklich relevant.

Unser Bundespräsident Ignazio Cassis hat ja am WEF den Begriff der kooperativen Neutralität geprägt, also, dass Schweiz kooperativ sei, ein neutrales Land, welches sich für die Sicherung der eigenen Werte, für gemeinsame Friedensbemühungen einsetzt.

Ist das wirklich realistisch?

Das ist schon das Spannende an der Neutralität, dass es da so viele Adjektive gibt: die differenzelle, die umfassende, die engagierte, die positive... Da gibt es ja zig Labels, die dafür verwendet werden, wo man auch sieht, wie flexibel dieses Konzept ist.

Wie gesagt, man muss sich natürlich überlegen, als neutraler Staat, wie man es eben mit Fragen der internationalen Solidarität hält. Die neutralen Staaten Schweiz, Österreich, Irland, haben sich relativ lange damit begnügt, zu sagen: «Ja, wir sind solidarisch, aber eben nur in manchen Bereichen.» Entwicklungshilfe oder Blauhelme, dahingehend sind wir solidarisch. Das geht auch bis zu einem gewissen Punkt. Aber was ist im Fall eines militärischen Angriffs? Da tut sich die Schweiz natürlich ein bisschen leichter, weil sie nicht Teil der Europäischen Union ist.

Aber bei uns stellt sich die Frage ganz dramatisch, rechtlich und politisch. Es ist neutrale Staaten eine ethische Frage. Vor allen Dingen auch für die Schweiz. Am Ende des Tages weiß die Schweiz ja auch ganz genau, dass sie sich nur bis zu einem gewissen Punkt alleine verteidigen kann. Und da muss man sich auch die Frage stellen, wie geht man mit der Situation umgeht. Die Schweiz wird an einem gewissen Punkt auch auf NATO-Hilfe zurückgreifen müssen.

Ich behandle die Neutralität im Bezug auf das PFP-Programm:

Da gibt es verschiedene Aktivitäten: Übungen, Kurse, friedensunterstützende Operationen oder Treuhandfonds.

Von diesen vier Beispielen, was sehen Sie da noch am ehesten als problematisch für die Neutralität?

Gute Frage. Eine Maßnahme würde dann problematisch für die Neutralität werden, wenn sie dazu führt, dass man in einem Konfliktfall in einen Automatismus hineingelangt. Das heißt, da wo man dann nicht mehr allein verteidigen kann. Dann wäre es wahrscheinlich mit der Neutralität nicht mehr vereinbar.

Umgekehrt gefragt: Was sehen Sie von diesen vier Punkten als besonders essentiell für die Sicherheits- oder Verteidigungspolitik? Wo ist es nötig mit der NATO zu kooperieren?

Für Österreich waren immer die NATO-geführten Missionen relevant auf Balkan. Das war wichtig für Österreich dort teilzunehmen, denn dort konnte man einen guten Beitrag leisten.

Neben der Neutralität gibt es ja auch immer die Diskussion darüber, ob man an Souveränität verliert, weil man in Abhängigkeit gerät.

Wie bewerten Sie ungefähr das Verhältnis zwischen Profit durch Verteidigungsfähigkeit, aber auch Verlust an Eigenständigkeit im Fall NATO-Kooperation?

Ja, Verlust an Eigenständigkeit, das sehe ich derzeit nicht wirklich als Problem, weil es keine Österreichischen Streitkräfte gibt, die irgendwie im NATO-Kontext stark integriert sind. Also ich glaube es ist nicht so, dass da irgendeine Eigenständigkeit nicht mehr gegeben ist.

Als kleines Land ist an einem gewissen Punkt die eigenständige Verteidigungsfähigkeit ohnehin ein Problem.

Gibt es in Ihren Augen eine Lösung für folgenden Zielkonflikt:

Es gibt die Verpflichtung laut Haager Abkommen die Neutralität verteidigen zu können. Die Neutralität würde aber bis zu einem gewissen Grad zur autonomen Verteidigung verpflichten.

Gibt es in Ihren Augen eine Möglichkeit dieses Dilemma zu umgehen?

Also im Endeffekt ist das ja auch die große Tragik der neutralen Staaten. Am Ende des Tages kann man das Argument machen: Ein neutraler Staat kann nur dann glaubwürdig sein, wenn er eine Großmacht ist. Die Geschichte hat ja auch gezeigt, dass neutrale Staaten, wenn Großmächte ein Interesse daran haben, die Neutralität zu verletzen, dann werden sie das auch tun.

Also anders gesagt: Man darf sich von der Neutralität keine Wunder erwarten, man darf sich von der militärischen Landesverteidigung keine Wunder erwarten. Umgekehrt: Ohne Landesverteidigung wäre es noch problematischer, weil diese auch die Eintrittskosten für Grossmächte erhöht.

Dies zeigte sich auch im Falle der Schweiz. Dass die Schweizer Neutralität in dem Zweiten Weltkrieg nicht verletzt wurde, hängt nicht nur mit der Neutralität zusammen. Es sind andere Faktoren auch gewesen, die da eine Rolle gespielt haben.

Punkt Nummer eins: Die geografische Beschaffenheit der Schweiz. Das Territorium ist einfach hart zu bekämpfen.

Punkt Nummer zwei:

Die Streitkräfte Deutschlands waren stark ausgelastet, so dass ein Angriff auf die Schweiz schwierig gewesen wäre.

Ich möchte sagen: Verteidigungsfähigkeit ist aus meiner Sicht ein wichtiges Element der Neutralität, dass auch einen Beitrag dazu leisten kann, dass die Neutralität gewahrt bleibt. Aber man darf sich eben nicht davon erhoffen, dass sie tatsächlich den ausschlaggebenden Punkt bringt außer man ist eine Großmacht und neutral. Es kann einen Beitrag leisten und es wäre problematisch, wenn man sich gar nicht verteidigen kann. Aber es wird jetzt nicht das Allheilmittel sein.

Wenn ich Sie jetzt konkret frage, Sie müssten entscheiden zwischen:

A) Wir sind als Österreich ehrlich nicht neutral. B) wir sind in Anführungszeichen unehrlich weiterhin neutral. Welcher Weg wäre Ihnen lieber?

Das würde implizieren, dass wir nicht neutral sind. Wir sind schweigsam neutral. Wir reden zu wenig über die Neutralität. Wir haben nicht klar kommuniziert, dass wir für den Bereich der europäischen Außensicht nicht neutral sind. Wir sind differenziell neutral. Aber für alle anderen Bereiche sind wir neutral. Also wir haben im Endeffekt einen dualen Status.

Also aus meiner Sicht, wenn ich mir was wünschen würde, dann wäre dies, dass in Österreich diskutiert wird: Was heißt das jetzt? Was kann uns die Neutralität noch bringen? Haben wir sie, weil wir uns damit gut fühlen? Weil es für uns ein Identitätsmerkmal ist? Haben wir sie, weil wir uns damit erhoffen, gewisse Dinge zu ermöglichen? Das muss man unterscheiden. Ist Neutralität für uns ein Instrument der Außenpolitik, das wir einsetzen können, um X, Y, Z zu erreichen? Oder ist es für uns ein Ziel der Außenpolitik, dass wir uns quasi aus kriegerischen Ansetzungen zurückziehen? Solche Sachen haben wir zu diskutieren.

Da kann man aber irgendwo an einen Punkt fragen: Sind wir jetzt eigentlich noch neutral oder sind wir es nicht mehr? Wo wollen wir hin damit?

Damit ich das richtig verstanden habe:

Für Sie ist die EU eine größere Gefahr oder eine größere Problematik für die österreichische Neutralität als jetzt PFP?

Ja, Gefahr würde ich nicht sagen, aber es ist ein Relevant für Österreich, weil in der NATO man keine Beistandsverpflichtung hat.

Wenn die Vereinigten Staaten angegriffen werden, dann soll es so sein. Das betrifft uns jetzt als neutraler Staat nicht. Das ist tragisch, weil wir uns

im Bereich der Werte und der Kultur mit den Vereinigten Staaten eher identifizieren als mit anderen Staaten. Aber wir haben keine Beistandspflicht mit den Vereinigten Staaten. Wenn jetzt aber Polen oder die Slowakei angegriffen werden als EU-Staaten, nicht als NATO-Staaten, als EU-Staaten, dann haben wir eine Beistandspflicht über diesen Artikel 42.7. Und dahingehend müssen wir handeln. Tum wir dies nicht, dann sind wir natürlich politisch unter Druck. Dahingehen, sehe ich das als etwas mit dem Österreich dringender umgehen müsste als mit der Partnerschaft für den Frieden.

12.2 Korrespondenzen

12.2.1 E-Mail des VBS 23. August 2023

Einleitend erlauben wir uns, Ihre Aufmerksamkeit auf den Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 über die Folgen des Krieges in der Ukraine zu lenken. Dieser unterstreicht die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit der Schweiz mit der NATO, und dies im Interesse der eigenen Sicherheit. Der Bericht zeigt auch konkrete Wege auf, wie dies geschehen könnte.

Ihre Fragen können wir wie folgt beantworten:

1. Individuelles Partnerschafts- und Kooperationsprogramm

Mit der NATO wird zurzeit der Abschluss eines individualisierten Partnerschaftsprogramms (ITPP) finalisiert. Darin werden die strategischen Ziele der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der NATO festgelegt. Es definiert verschiedene konkrete Ziele: allgemeine Ziele wie der politische Dialog oder spezifische Ziele wie die Zusammenarbeit im Cyber-Bereich. Dieses Dokument ist aber rechtlich nicht bindend. Da die Verhandlung mit der NATO noch nicht abgeschlossen sind, darf dieses Dokument nicht geteilt werden. Ein Abschluss wird vor Ende 2023 erwartet.

2. Teilnahme an Übungen

In der Vergangenheit – auch vor 2018 - hat die Armee jedes Jahr an etwa fünf bis zehn Übungen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden teilgenommen. Diese Grössenordnung gilt auch heute noch. In Zukunft wird es jedoch darum gehen, den Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 auch in dieser Hinsicht umzusetzen. Dieser schlägt den Weg zu einer verstärkten Zusammenarbeit auch in diesem Bereich vor: die Teilnahme an Übungen auf dem ganzen Spektrum (inkl. Prüfung, unter welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln eine Beteiligung an Übungen für gemeinsame Verteidigung gemäss Artikel 5 möglich ist). Mit der Neutralität vereinbar ist grundsätzlich jede Kooperation, die keine Verpflichtungen zur gemeinsamen Verteidigung enthält, sei dies durch rechtliche Vereinbarungen oder Sachzwänge. Dies wird in jedem Fall geprüft.

3. PfP-Kurse

Die Schweiz bietet den Partnern jährlich rund 40 Ausbildungsaktivitäten an, darunter auch Kurse an den Genfer Zentren (GCSP, GICHD, DCAF), und nimmt an rund 200 von anderen Staaten angebotenen Aktivitäten teil, hauptsächlich in den Bereichen Streitkräfteentwicklung, Ausbildung und Rüstungskooperation.

12.2.2 Anhang im E-Mail des Bundesheeres 01. September 2023

- PfP Mitglied seit 1995
- Mitglied des EAPC seit 1997
- Mitglied der Interoperability Platform (IP) seit 2014
- Mitglied der PIAG (Partnership Interoperability Advocacy Group) seit 2015
- Vor dem Abschluss des Individually Tailored Partnership (ITPP) Programme 2021-2024 war AUT aktiv im Rahmen des PARP (Partnership Review Process) und hat bis dato bereits 54 PARP Ziele erfolgreich abgeschlossen
- Langjähriger Teilnehmer am Operational Capabilities Concept Evaluation & Training Programme (OCC E&F) der NATO inklusive Abstellung von PSP (Partnership Staff Posts) in die NATO Kommandostruktur und regelmäßigem internationalen Austausch von Evaluatoren
- Teilnehmer an NATO Kursen (SG NATO Schule Oberammergau) und Übungen (laufend)
- Missionsbeteiligungen bei KFOR seit 1999 (laufend); SFOR (1996-2004); ISAF (2002-2014); RSM (2015-2021); NMI in Vorbereitung ab frühestens 2024
- AUTINT (internationale Bezeichnung für die Auslandseinsatzbasis – AusIEBa) ist ein anerkanntes PTEC (Partner Training und Education Centre)
- AUT nimmt an FMN (Federated Mission Network) und DEEP (Defence Education Enhancement Programme) teil
- AUT ist Teilnehmer an den Framework Nation Concepts DEU (SG Fähigkeiten Entwicklung; und ITA (unter dem Rahmen DECI mit SG Stabilisierung)

„Liste“ der Zusammenarbeit:

Die NATO bedient sich für Partner eines PCM (Partnership Cooperation Menu) wo alle Aktivitäten der NATO Partner zusammengefasst werden. Auch AUT meldet seine Aktivitäten (Ausbildungen, Konferenzen, Work Shops, Übungen) dort ein. Für 2024 sind von AUT ungefähr 300 Aktivitäten im PCM eingemeldet (von Einzelpersonen bis Übungen). Diese Liste ist jedoch auf Grund der Klassifizierung nicht öffentlich zugänglich. Für weitere Informationen zum PCM erlaube ich mir Sie auf eine Open Source Recherche zu verweisen.

Übungen:

AUT übt auch mit der NATO, wobei jedoch die Masse der Übungen nicht als „NATO Übung“ abgehalten werden, sondern von NATO Ländern durchgeführt werden, die bi-national eine Einladung an AUT zur Teilnahme aussprechen.

Theoretisch und rechtlich ist es sogar möglich, dass AUT an Artikel 5 Übungen der NATO teilnimmt, eine solche Teilnahme ist jedoch an eine Einzelfallprüfung des BMLV gekoppelt und wird von Fall zu Fall entschieden.

Individual Tailored Partnership Programme (ITPP):

Warum ITPP?

Die grundsätzlichen Partnerformate der NATO (Partnership for Peace (PfP), Mediterranean Dialogue (MD), Istanbul Cooperation Initiative (ICI), Partners across the Globe (PaG)) haben nach wie vor ihre Gültigkeit, doch auf Grund der letzten Entwicklungen und dem 360° Ansatz der NATO ist die NATO vermehrt an individuellen Partnerschaften interessiert, die nach dem Prinzip „One Partner, One Plan“ neben einer Vereinfachung auch den maximalen Nutzen für die Organisation und den Partner bringen.

Die Umsetzung dieser Idee führt zum Abschluss von ITPP's mit dem jeweiligen Partner. Im Laufe der nächsten Jahre (bis Ende 2023 ursprünglich geplant) sollen ITPP's mit allen Partnern (momentan 36, Nationen, nach Beitritt SWE 35) abgeschlossen werden. Österreich wurde als einer der ersten Partner 2022 (April 2022) vom Partnership Review Process (PARP) in das ITPP (Zyklus 2021-2024) umgeleitet.

Das AUT – NATO ITPP ist ein klassifiziertes Dokument und besteht aus 3 strategischen Zielen der Zusammenarbeit und aus momentan 22 Partnership Goals (Detailziele der Kooperation), die Ziele im Detail können auf Grund der Klassifizierung hier leider nicht angeführt werden. Das Dokument wird während des Zyklus von 4 Jahren evaluiert und danach neu verhandelt, somit besteht die Möglichkeit nach 4 Jahren weitere Partnership Goals hinzuzufügen.

Neutralität / Interoperabilität:

Warum ist eine NATO Partnerschaft mit der Neutralität vereinbar bzw. warum spricht die Entwicklung der Interoperabilität nicht gegen die Neutralität:

- Es ist eine Partnerschaft und keine Mitgliedschaft (**KEIN** Artikel 5 – somit **keine Beistandspflicht**)
- Die NATO gilt auch als eine Wertegemeinschaft westlicher Werte
- Ziel der Partnerschaften ist somit eine Steigerung der nationalen und internationalen Sicherheit
- Partnerschaften bringen Erfahrungs- und Informationsgewinn

- Für die Streitkräfteentwicklung unerlässlich (auch neutrale Staaten haben Interesse an einer gut ausgebildeten Armee)
- Solidarische Beitragsleistung von Partnern zum int. Krisenmanagement im Rahmen von NATO geführten Operationen ist möglich
- Abgreifen und Implementierung von internationalen Standards in das nationale System (OCC E&F für Partner); die EU bzw. die UN hat keine vergleichbaren Tools
- Auch andere neutrale Staaten sind NATO Partner
- Enge Verflechtung der EU und NATO als Beitrag zur globalen und nationalen Sicherheit; nach dem bevorstehenden Beitritt von SWE verbleiben nur 4 EU Nationen von 27, die nicht auch NATO Mitglied sind (Österreich, Irland, Zypern, Malta)
- **Der Partner kann selbst entscheiden, wie weit die individuelle Partnerschaft gehen soll – es besteht somit kein wie auch immer gearteter Zwang seitens der NATO**

Die Bürgerservicestelle des BMLV hofft, Ihre Anfrage ausreichend beantwortet zu haben und bedanken uns für Ihr Interesse am Österreichischen Bundesheer. Sofern Ihrerseits Rückfragen bestehen, dürfen wir Sie ersuchen mit der Bürgerservicestelle des BMLV (Email: buergerservice@bmlv.gv.at, oder telefonisch unter der TelNr. +43 (0) 50201 1021160 in der Zeit von Mo-Fr 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr) mit Bezugnahme auf obenstehende Geschäftszahl Kontakt aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen.

WIEN, am 01.09.2023
 Für die Bundesministerin:
 ZORKO

12.2.3 E-Mail Christoph Göd 18. Oktober 2023

Das Bundesheer stellt zur Zeit folgende Elemente bei KFOR:

- 1 Infanteriekompanie (bis März 2024)
- 1 Transportkompanie (bis März 2024)
- 1 Aufklärungskompanie
- 1 LMT
- 1 EOD Team
- Stabsoffiziere auf Ebene HQ KFOR
- nationales Element (Verwaltung und Logistik)

Die Kräfte im Kosovo wurden angepasst, d.h. die Kräfte vor Ort wurden reduziert, dafür wurde eine Infanteriekompanie als Reservekraft eingemeldet.

12.2.4 E-Mail Christoph Göd 06. November 2023

ad 1) Die österreichischen Kompanien sind nach dem folgenden Schema organisiert: Kompaniekommando, Kommandogruppe, Versorgungsgruppe (Fachpersonal im Bereich Nachschub, Kraftfahrwesen, Sanität), sowie in der Regel drei Züge der jeweiligen Waffengattung. Österreich stellt KFOR zurzeit keine Elemente der Luftstreitkräfte zur Verfügung.

ad2) Wie im Interview und im anschließenden Telefongespräch mitgeteilt verfüge ich leider über keine Auflistung welche Elemente an Übungen der NATO teilgenommen haben. Wie gesagt ist eine Teilnahme an Art 5 Übungen grundsätzlich möglich, wird jedoch im Einzelfall geprüft. Meines Wissens hat Österreich auch bereits an solchen Übungen mit Beobachtern teilgenommen.

12.2.5 E-Mail des VBS vom 06. November 2023

Concernant vos questions, veuillez trouver ci-après les indications pertinentes :

1. La Suisse participe effectivement principalement à des exercices dans les domaines des forces aériennes et cyber. Il ne s'agit pas prioritairement de considérations liées à la neutralité qui conduisent à cette situation, mais plutôt les spécificités liées à notre armée de milice. Il est ainsi plus aisé de participer à des exercices internationaux avec les parties professionnelles de l'armée, notamment les Forces aériennes. A terme, une participation avec des formations de milice pourrait être envisageable.
2. A l'avenir, une participation à des exercices s'appuyant sur des scénarios art. 5 est envisageable. Dans un premier temps, de telles participations se feraient, le cas échéant, avec des éléments individuels (état-major) ou des formations professionnelles, mais, à terme, également avec des formations de milice. Une participation à des exercices de défense commune devront cependant faire l'objet d'une approbation au cas par cas par l'OTAN et n'est donc aucunement garantie.
3. Dans le cadre de la collaboration militaire en matière d'instruction, l'Armée suisse prend régulièrement part à des exercices internationaux, également hors du cadre fourni par le Pfp. Un programme des activités envisagées est soumis chaque année au

Conseil fédéral. Pour 2023, quatorze activités d’instruction ont été annoncées dans ce programme, dont une dizaine ayant lieu à l’étranger.